

Materialien - KPÖ - innerparteiliche Dokumente - Oktober 1923 bis Februar 1924

26 Dokumente, 64 Seiten, Faksimile

Die hier zusammengestellten Dokumente umfassen den Zeitraum vom Oktober 1923 bis Februar 1924, wobei der Beginn die KPÖ-interne Analyse der Nationalratswahlen vom 21. Oktober 1923 darstellt.

Im Mittelpunkt der Dokumentation stehen Texte, die sich kritisch mit der Rolle des Parteivorstandes auseinandersetzen. In diesem gaben Parteigänger/innen von Karl Tomann und Franz Koritschoner den Ton an. ZU beachten ist, dass im hier gegebenen Zeitraumes Josef Frey nicht mehr in Österreich tätig war: Er war am 23. Oktober 1923, sicher nicht zuletzt, um einen Wortführer des Fraktionskampfes auszuschalten, wie Aloius Neurath als Komintern-Vertreter in Österreich gehofft hatte, nach Deutschland und Frankreich in die Abteilung militärischer Nachrichtendienst der Roten Armee geschickt worden. In dieser Funktion blieb er bis 25. August 1925. Dass trotzdem die erbitterten Flügelkämpfe in der KPÖ weitergingen, zeigt wohl nur zu deutlich, in welcher schweren Krise sich die Partei befand.

Dazu trug natürlich auch der Ausgang der Nationalratswahlen bei: Die KPÖ verlor gegenüber 1920 an die 5.000 Stimmen, nur mehr 20.000 Wähler/innen stimmten am 21. Oktober 1923 für die KPÖ.

Manfred Scharinger, 29.4.2026

KPÖ - innerparteiliche Dokumente - Oktober 1923 bis Februar 1924

Nr.	Autor/innen	Dokument	Zeit	Seiten
1	xxx	Die Ereignisse auf der Landstraße in der Mitgliederversammlung am 24. Oktober [Bericht]	[Ende Oktober 1923]	1
2	xxx	Resolution zum Ausgang der Wahlen und zur Lage in der Partei	[ca. Ende Oktober 1923]	1
3	xxx	Materialzusammenstellung über die Ursachen des Wahlausganges	[ca. Ende Oktober 1923]	1
4	xxx	Rededisposition [betreffend Wahlniederlage, Versagen in der deutschen Frage, Hauptfehler des Parteivorstandes, Zusammenfassung, Zielsetzungen etc.]	[ca. Ende Oktober 1923]	2
5	xxx	[Brief] an den Vertrauensmann der Exekutive der Kommunistischen Internationale in Wien [mutmaßlich gemeint: Alois Neurath]	29.10.1923	1

6	KPÖ-Lokalorganisation Deutsch-Wagram	[Brief] Werte Genossen!	29.10.1923	1
7	KPÖ - Deutsch-Wagram - Lokalausschuss und Gemeinderatsfraktion	In ernstester Stunde [Rundschreiben an alle Lokalorganisationen Niederösterreichs]	30.10.1923	2
8	Franz Honner	Brief an Alois Donauer	1.11.1923	1
9	KPÖ-Lokalorganisation Grünbach am Schneeberg (gezeichnet Franz Honner / Johann Winkler / xxx [unleserlich])	Resolution an den Parteivorstand der KPÖ [Ergebnis der Nationalratswahlen]	1.11.1923	1
10	[unbekannter Frey-Anhänger]	[Brief] an das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale	2.11.1923	3
11	Karl D.	Die Obmännerkonferenz von N.Ö. am 4. November 1923 [Bericht]	[4.11.1923]	1
12	[Frey-Fraktion]	W.G. [Werte Genossen] - [Rundschreiben betreffend die Tagung der Reichsvertretung und Einsetzung einer neuen Parteileitung am 11.11.1923]	14.11.1923	1
13	Alois Donauer (Schriftführer)	Protokoll über die Einvernahme des Gen. Forst am 15. Dez. 1923	[15.12.1923]	3
14	KPÖ-Parteivorstand	Protokoll der P.V. Sitzung am 15.12.1923 [Fragment]	[15.12.1923]	4
15	KPÖ-Parteivorstand	Protokoll der a.o. P.V. Sitzung am 20.12.1923 [beschädigt]	[20.12.1923]	4
16	KPÖ-Parteivorstand	Protokoll der P.V. Sitzung am 29.12.1923 [beschädigt]	[29.12.1923]	3
17	KPÖ-Parteileitung	Protokoll der Sitzung der Parteileitung am 31.12.1923	[31.12.1923]	2
18	KPÖ-Parteileitung	Protokoll über die Sitzung der Parteileitung am 4.1.1924 [beschädigt]	[4.1.1924]	2
19	KPÖ-Parteileitung	Protokoll der Parteileitungssitzung am 19.1.1924	[19.1.1924]	4
20	KPÖ-Parteileitung	Protokoll der Parteileitungssitzung am 2.2.1924 [beschädigt]	[2.2.1924]	3
21	KPÖ-Parteileitung	Protokoll der Parteileitungssitzung am xxx [Fragment]	[xxx 1924]	1
22	KPÖ-Landesorganisation Nieder-Österreich	Jahresbericht der Landesorganisation Nieder-Österreich der Kommunistischen Partei für das Berichtsjahr vom 1. Oktober 1922 bis zum 30. September 1923	[Anfang 1924]	8
23	xxx	Die Bedeutung der Kommunistischen Parteipresse (Rededisposition) [beschädigt]	[Anfang 1924]	5

24	xxx	Welche revolutionären Faktoren sind gegenwärtig in Österreich vorhanden?	[Anfang 1924]	6
25	Viktor und [Magda] Stern	Brief an Josef Frey	16.2.1924	1
26	xxx	Protokoll der Schiedsgerichtssitzung in der Angelegenheit Stava - Maresch am 21. Febr. 1924	[21.2.1924]	2
				64

Die Ereignisse auf der Landstrasse in der Mitgliederversammlung
am 24. Oktober.

Obmann der L.O. ist das P.V. Mitglied Paukert der durch seine faschistischen Methoden die Lokalorganisation zerstört und in den
letzt stattgefundenen Mitgliederversammlungen mit seinen Gewalt
akten jeden Genossen der Opposition am Sprechen verhinderte und die
wütendsten Szenen heaufbeschwört. Auf seine Initiative wurden die
Gen. Bierschneider und Stift suspendiert, als die Gen. in der Vollversa-
mlung Aufklärung verlangten, erteilte er ihnen nicht das Wort und
bechluss die Versammlung, die Mitglieder ohne Ausnahme fürten die
Versammlung weiter und wählten eine Deputation aus vier Gen. welche
mit einer Protestresolution die von allen in der Versammlung anwesende
Genossen 24 an der Zahl unterschrieben war zum P.V. entsendet wurde.
Das Resultat der Vorsprach beim P.V. war----Suspendierung
der vier Genossen durch den Lokalausschuss, der aus Tomannleuten
zusammengesetzt ist und sonst nichts leistet als Fraktionspolitik und
dabei die organisati n zugrunde richtet.

Die Mitgliederversammlung am 24. Oktober.

Tomann spricht über den Wahlausgang und erklärt folgendes:

(kurze Inhaltsangabe)

Die Partei hat ihre Aufgabe im Wahlkampf erfüllt, wenn wir keine
Mandate bekommen haben so sind die Wahlschläger der S.P. schuld, die
Massen sind noch zu sehr für den Parlamentarismus eingestellt im
Gegensatz zu den Betriebsratswahlen wo wir 20.000 Stimmen auf uns ver-
einigten. Schuld das wir so wenig Stimmen bekommen haben ist die Partei
krisis (Zwischenruf: Wiederaufnahme der ausgeschlossenen und Suspendier-
ten) nein!!! nicht nur Suspendierung sondern Ausschluss aller die gegen
den P.V. sind, schuld ist die Opposition, ist Frey.

Darauf meldet sich Gen. Kindermann zum Wort:

Der Vorsitzende Paukert erklärt Kindermann, ~~Adler~~ Adler, Zitter und Fehn
Paul sind suspendiert und haben nichts zu sprechen." Gen. Kindermann
fragt aus welchem Grund, er wisse bis jetzt nichts davon?"

Paukert verweigert Auskunft. Es entsteht Unruhe, und andere Genossen ver-
langen des Wort. Paukert verweigert ~~den~~ auch den nicht Suspendierten
das Sprechen und die Paukert Tomanngarde stürzt sich auf die sich
zum Wort gemeldeten Genossen; es entstehen tumultuöse Szenen, Beschimpf-
ungen, der Kellner verschwindet mit den Biergläsern, Paukert dreht das
Licht ab. Nachdem sich die Empörung der Genossen geleert hatte versuchen
die Genossen sich neuerlich zum Worte zu melden um auf die Ausführungen
Tomanns zu antworten und anzufragen warum die Genossen Suspendiert
wurden----Da springt Tomann auf und erklärt:

Diese Vorgangweise zeigt wo die Ursachen der Wahlniederlage zu suchen
sind, wir ~~wären~~ werden mit allen Mitteln aufräumen, jeder der gegen
den P.V. ist wird ausgeschlossen, wir werden die Ruhestörer und die hinter
ihnen stehen ausschliessen (Erregung und Zwischenruf: das sind 24, wir
lassen uns nicht vergewaltigen, wir wollen unsere Mitgliedsrechte")

Tomann: Dann werden wir 3r ausschliessen, wir werden für diennechste
Versammlung die Okdnor aufbieten, wir werden ~~den~~ jeden der gegen den
P.V. ausschliessen, wir werden aufräumen und Ordnung machen; auf meine
Verantwortung erkläre ich die Versammlung für geschlossen.

Das ist diese wahrheitsgetreue Schilderung mehrerer in dieser Versammlung
anwesenden Genossen.

Disposition!

1. Die Wahlniederlage!!!

a) Die Ursachen. a) Falsche Involvierung der Internationale daher hatten wir kein Wahlprogramm, günstige Wahlplattform.

b) Schlechte politische Vorbereitung, ohne Weg und Ziel.

c) Kein Anknüpfen an die täglichen Bedürfnisse der Massen und ihrer Ideologie, schlechte Flugblätter, keine Kommunalpolitik, missverständliche schlagwortartige Propagierung der Parole Arbeiter und Bauernregierung, Wahlhandbuch.

d) Die gehässige fast nur gegen die S.P. gerichtete Schreibweise der roten Fahne ihre Geist, Ziel und planlosigkeit.

e) Schlechte organisatorische Vorbereitungen, Ausschaltung der Kräfte, statt Wahlpolitik und Wahlvorbereitungen: Fraktionspolitik. (Favoriten)

2. Die Folgen der Wahlniederlage. a) Die Partei hat durch die Politik des P.V. den letzten Rest des Vertrauens unter den Massen verloren. Die Massen sind abgestossen, die Partei ist bis zum Spott und zur Lächerlichkeit herabgesunken. Die Parole der Einheitsfront, die Schanzen für die Parole Einheitsfront sind der Partei auf lange Zeit aus der Hand geschlagen. Die Partei ist zur Passivität verurteilt. Die Partei hat ihre politische Autorität eingebüßt.

b) Mutlosigkeit, Aussichtslosigkeit unter den Mitgliedern, Auflösungsbestrebungen, Übertritt zur S.P. (Siska Terantz, Breichendorf.)

3. Schuldfrage! Der P.V. will die Schuld auf die Mitglieder, Opposition und Genossen schieben und die Niederlage dazu benutzen um alle oppositionellen Gewerkschaftsorganisationen, Landesorganisationen auszuschließen, ja die ganze Partei zu verstümmeln. (Tomann auf der Landstrasse: Wir werden alle und wenn es zehn Gewerkschaftsorganisationen sind, wenn sie gegen den P.V. sind ausschließen, wir werden aufrauen!) Tomann will alles was gegen ihn gerichtet ist vernichten und wenn die Partei dabei zugrunde geht, Tomann vertritt die Partei, Favoriten, Oberösterreich.

2. Versagen in der Deutschen Frage. 1. Schlageterrede. 2. Beim Generalstreik in August. 3. Schlechte und unzureichende Stellungnahme in der roten Fahne, verbrecherische Passivität des P.V.

4. Es fehlt völlig das Aufzeigen der Politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge und daran knüpfend im Zusammenhang die Verhältnisse in Oesterreich und die Aufgaben der Oesterreich. Arbeiterklasse und ihrer Organisationen.

5. Statt, durch eine spezialisierte, gesteigerte, grossangelegte Propaganda die Gewerkschaften, Konsumvereine, Österreicherorganisationen und anderer proletarischer Organisationen für eine sofortige wirtschaftliche, politische und militärische Unterstützung der deutschen Arbeiterschaft mit Zähigkeit gewinnen zu suchen, schreibt die rote Fahne für keinen Arbeiter verständliche Hatzartikel gegen seine Führer, statt sie durch konkrete für jeden Arbeiter leicht durchführbar erscheinende Forderungen sie für die Entscheidung zu stellen.

3. Hauptfehler des P.V.
a) Statt, die schlechten und nur scheinbar guten Seiten des Reformismus an der Hand von Beispielen einerseits, unterlässt es die Partei andererseits, von Fall zu Fall im Zusammenhang die Schäden des Reformismus aufzuzeigen und positive Vorschläge zu machen. b) Statt anknüpfend an die reformistische Ideologie, schürt die Partei und die R.F. in einem Teil der unzufriedenen Arbeiter des Hass gegen die S.P. Führer ohne sie von der reformistischen Ideologie und Taktik überzeugt zu haben und ebnet dadurch den Geist der Hoffnungslosigkeit, des Misstrauens zum Sozialismus und der Kraft der Arbeiterklasse die Wege, ohne das Vertrauen zur S.P. nur im geringsten geweckt zu haben. c) Der P.V. und der P.G.R. ist seit Monaten vollständig passiv, die R.F. und der P.G. sich über alle gewerkschaftlichen Organisationen aus, die Blocks sind durch die Passivität des Gewerkschaftsrates zur Passivität verurteilt.

4. Zusammenfassung!
Die Politik des P.V. ist eine Politik, ist ziel und planlos ohne Perspektive ohne den täglichen Kampf dialektisch mit dem Ziel zu verbinden, sie gleicht einer stinkenden Ass. Der P.V. versteht es nicht, Situationen zu erfassen und Situationen zu schaffen. Die Partei ist in völliger Auflösung begriffen, der P.V. hat die Partei ruiniert, desorganisiert und zur Bedeutungslosigkeit verurteilt.

~~XXXXXXXXXXXX~~

5. UNSER ZIEL!!!

- A. Der P.V. Muss Weg!!! Absetzung des P.V.!!! Dieser P.V. gibt ins nicht die geringste Gewähr für die Aktionsfähigkeit der ~~XXXXXXXXXXXX~~ Partei in den für das Weltproletariat so bedeutungsvollen Entscheidungen in Deutschland und die sich daraus ergebenden Aufgaben für die österreichische P.Partei, unter Führung dieser Partei Vorstand. Diesem P.V. darf man die Führung und das Schicksal der österreichischen Partei keine Stunde länger in der Hand lassen.
- B) Dieser P.V. zerstört den revolutionären Geist, die Opferwilligkeit und die Freude zur Parteiarbeit.
- C) Der P.V. desorganisiert die Partei und hat sie zur politischen Null herabgewirtschaftet.
- D) Dieser P.V. hat weder das Vertrauen der Mitglieder noch der übrigen Arbeiterschaft.
- E) Die Hauptschuldigen müssen von der Leitung der Partei entfernt werden. (Tomann Polzer, Paukert, Brodzig und Anhang)

Zu diesem Zwecke fordern wir:

- 1.)
~~Absetzung des Partei Vorstand. Der Kampf um die sofortige Absetzung des P.V. und die Einsetzung eines Provisorischen Komitäs bis zum Parteitag Mus.~~
geführt werden in sofort zu verlangenden Vertrauensmännerkonferenzen, Obmännerkonferenzen, Mitgliederversammlungen, Landeskongressen. (in Wien Erweiterte allgemeine Vertrauensmännerkonferenz.

2.)
Tomann muss weg!!!

Anmerkung: Genosse Frey wurde von der Zentrale der K.P.D. im Einvernehmen mit der der Internationale zu einem der verantwortungsvollsten Posten nach nach Deutschland

berufen, Gen. Stern ist Chefredakteur des Vorwärts in Reichenberg und in Oesterreich werden sie suspendiert und ausgeschaltet.

Kein Genosse darf mit dieser Disposition in Partei instenzen sprechen sondern muss sich Aufzeichnungen machen.

Kein Genosse soll den Stoff auf einmal bringen wollen sondern soll sich Aufzeichnungen machen.

Diese Disposition darf niemand zu Gesicht bekommen und ist gut aufzubewahren.

Wien, 29. Oktober 1928.

An den

Vertrauensmann der Exekutive der Kommunistischen Internationale

Walter Weissel

in Wien

Übersende Ihnen beiliegend einen Brief an den Parteivorstand der Kommunistischen Partei Österreich, der den Zweck hat, die Ursache der nun auch von Gen. Tomarzi fraktionell gegen die Rote Fahne geführten Hetze rückwärtslos aufzuklären. Es handelt sich um Angelegenheiten die zeitlich zurückliegend, die sich aber noch jetzt weiter auswirken. Während der Wahlbewegung war es unmöglich in der Parteipublizität das nun im Briefe bekanntgegebene Material zu übersmitteln, da die Zustände, die durch dieses Material beleuchtet werden beim Bekanntwerden in den Gruppen die Irrung gesteigert und sod die Wahlarbeiten unmöglich gemacht hätten. So konnte ich nur im politischen Büro in einer kombinierten Sitzung mit den Reaktoren der Roten Fahne während der Wahlbewegung darauf hinweisen, dass von seiten des Gen. Tomarzi und ihm fraktionell bestehender Genossen durchaus unsachlich gegenüber der Roten Fahne vorgegangen wird. Ich erklärte bereits damals mit Dokumenten den Beweis für diese Behauptung nach der Wahlbewegung durch einen Brief an den internationalen Vertrauensmann und den Parteivorstand aufzutragen wollen.

Ich will keineswegs mit diesem Schreiben gegen die notwendige sachliche Kritik an der Roten Fahne Stellung nehmen. In Interesse der Partei wird eine sachliche Kritik aller Wähler und ihrer Ursachen notwendig sein. Um aber einer solchen politischen Auseinandersetzung den Weg zu bahnen, ist es notwendig, die unsachliche Kritik im vornherein auszuschalten. In dieser Richtung versuche ich durch mein Schreiben zu wirken.

Mit kommunistischem Gruss

2 Hefen

VERLAUTBARUNGEN

FOR ORGANISATOREN U. REFERENTEN IM VIERTEL UNTER DEM MANHARTSBERG

Werte Genossen.

Die ganzen unhaltbaren Zustände in der Leitung der Partei, sind durch den ~~KATASTROPHALEN~~ katastrophalen Ausgang der Wahlen in einer auserst~~EN~~ traurigen Weise illustriert worden. Der lahrende Eintrick dieser Niederlage auf die Arbeitsfreude und Opferwilligkeit unserer Mitglieder ist ein Solcher, das die Grundlage der Partei schier erschüttert ist. Zu dieser Tatsache gesellt sich, das krampfhaft Bestreben der bankrotten Führung, die Schuld auf die Mitglieder abzuwälzen; obwohl der Gröste Teil der Mitglieder in aufopfernder Arbeit bei Tag und Nacht das äüesste leisteten.

Mann konstruiert Schuldbeweise um opositionelle Genossen, Lokalausschüsse ja selbst ganze Landesorganisationen auszuschliessen.

Um die wahren Schuldigen zur Verantwortung zu ~~ZIEHEN~~ ziehen, die Einheit, Geschlossenheit und Kampfkraft nicht g a n z zertrümmern zu lassen fordern ~~unsere~~ Bezirksausschüsse auf, sofort zu dieser wichtigen Lebensfrage n der Partei Stellung zu nehmen.

Wir fordern euch auf unseren Antrag auf sofortige Einberufung einer Obmännerkonferenz von Niederösterreich auf das tatkräftigste zu unterstützen, bei der Landesleitung.

Sendet daher so schnell als möglich eure Forderung auf sofortige Einberufung der Obleute von N. Oe. an die Adresse: Maresch, W. Neustadt. Seamt nicht, jeder Tag ist kostbar im Interesse der Partei.

Wir schlagen als Termin für die Obmännerkonferenz..... vor.

Deutsch-Wagram, den 29. Oktober 1923

Mit kommunistischen Gruss
die Lokalorganisation Deutsch-Wagram:

VERLAUTBARUNGEN

FÜR ORGANISATOREN U. REFERENTEN IM VIERTEL UNTER DEM MANHARTSBERG

Deutsch-Wagram, 30.X.1923.

Eilt sehr!

Ergeht an alle Lokalorganisationen
Niederösterreichs.

In ernstester Stunde.

Die deutsche Arbeiterklasse, geführt von der KPD steht am Vorabend der Revolution. In allen Ländern sind die Fronten des Klassenkampfes hoch angeordnet; wo die Gegenrevolution triumphiert, allüberall dort, wo sozialpazifistische Reformapostel durch ihre illusionäre Kampffähige Bürgerfriedenspolitik den Faschismus den Weg geebnet und das Proletariat ins Verderben geführt - überall in jenen Ländern haben die Söldnerscharen der Bourgeoisie die kommunistische Bewegung niedergetrampelt

In den anderen Ländern Mitteleuropas, in Deutschland, der Tschechoslowakei, in Frankreich sind die Kommunisten die Preisfechter der Arbeiterklasse. In diesen Ländern sehen wir trotz aller Unterdrückungsmaßnahmen wirkliche straff organisierte revolutionäre Parteien, deren Aktionen gründlich vorbereitet, die Gesamtarbeiterklasse und gleichlaufend damit die kommunistische Bewegung von Erfolg zu Erfolg führen. Der persönliche Opferwille der Führerschaft dieser ausländischen Bruderparteien, die richtige Taktik und revolutionäre Strategie, der Blick aufs Ganze, der unermüdliche Kleinkampf um die tatsächlichen Lebensforderungen, der das Vertrauen der breiten Massen erringt, die unerbittliche Selbstkritik - all das zusammengefasst gibt die Bürgschaft, dass dem Haufe dieser Bruderparteien das gesamte Proletariat wie ein Mann im Kampfe um die Macht folgen wird

So stehen die Dinge!

+ + +

Und nun soll - nach harter Tagesarbeit (auf Aufforderung aller Parteigenossen von Deutsch-Wagram) in flüchtig hingeworfenen Sätzen das ausgesprochen werden, was ausgesprochen werden muss!

Im ureigensten Interesse der Komm. Internationale,
im ureigensten Interesse der deutschen Revolution,
- und im ureigensten Interesse der KPD!

+ + +

Die Nationalratswahlen haben der KPD eine katastrophale Niederlage gebracht. Die Genossen in den ländlichen Organisationen, die seit Jahren in der Partei unermüdliche Kleinarbeit leisten, haben insbesondere diesmal agitierend von Hütte zu Hütte, von Betrieb zu Betrieb sich die Füße wund gelauert um weit mehr zu erringen als 1920. Die Arbeitsfreude, die Opferwilligkeit der Genossen, die trotz Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit Alles gaben - steht einzeln da in der Geschichte der Partei. Der Erfolg all dieser Opfer: Gleich Null! Weit unter Null.....Weit hinter 1920! Ja, sprechen wir die reine Wahrheit: Weit hinter dem Sauhaufen von 1920! Wir, die alles opfern - Zeit, Geld, Existenz und viele, viele halbe Nächte - sind durch die kluge Feldherrntaktik unseres Parteivorstandes zum Hohngelächter und Gespötte der in- und ausländischen Arbeiterschaft geworden! Es ist nicht unsere Schuld. Wir haben Disziplin gehalten. Diese schwere Niederlage, die in der Mitgliederschaft einen lähmenden Eindruck hervorruft, die beweist, konkret beweist, dass seit dem letzten Parteitag allüberall - politisch, gewerkschaftlich, organisatorisch und kommunalpolitisch, sowie Presse - Rückschritt zu verzeichnen ist - muss uns Niederösterreichern zu denken geben..... Rasches Handeln tut not!
Bemessen!

Es gilt die KPD zu retten. Den Suspendierungen, Ausschlüssen, Organisationsausschließungen muss ein Ende gemacht werden. Ziehen wir die Schuldigen zur Verantwortung und retten wir damit die Einheit, Geschlossenheit und Kampfkraft der Partei; der deutschen Revolution kann kein größerer Dienst geleistet werden. + + +
Wir fordern Euch auf unseren Antrag auf Politisches Anberufung über Obmännerkonferenz (einschliesslich Genossenschaft) von Niederösterreich

ner Obmännerkonferenz (einschliesslich Gemeinderäte) von Niederösterreich auf das tatkräftigste zu unterstützen. Sendet daher so schnell als möglich Eure Forderung auf sofortige Einberufung der Konferenz an das n.-ö. Landessekretariat: Genossen Leopold Maresch, Wr. Neustadt, Günzerstrasse 3.

+ + +

Als Konferenztermin schlagen wir Euch den „Nationalfeiertag“, Montag den 12. November 1923, 9 Uhr vormittag in Wien vor.

+ + +

Bereits überholt!

Trotzdem Forderung!

Mit kommunistischem G r u s s :

Der Lokalausschuss und die Gemeinderatsfraktion Deutsch-Wagram.



Worte gewisser Genossen!

Bestimmend eine Resolution die an
heutigen Tage an den P. V. abgelehnt wird,
bei Zustimmung der gesamten Mitgliederschaft
wird es ja schon zu einer ^{Zeit} abm. Konferenz für N. Ö.
ich werde Sonntag 4./XI. im Brück auf
der Bergarbeiter Konferenz versuchen, die
Genossen gewisser für uns zu interessieren.

So. 1/XI. 1923 viel kommt laut Heum

W. Abschnitz

An den

Partei Vorstand der K.P.Oe.

in W i e n VIII.,

Resolution I

Der Ausgang der Wahlen und die damit verbundene Niederlage der K.P.Oe. hat die Partei in eine verzweifelte Lage gebracht. Eine ungeheure Depression lastet auf den Mitgliedern. Flucht von Mitgliedern und sogar von ernstesten Vertrauensmännern aus den Reihen der K.P.Oe. sind die Folgen einer gänzlich verfehlten Wahlpolitik seitens des Parteivorstandes.

Nicht allein, dass die Wahlen in den Nationalrat vollkommen ungenügend propagandistisch und organisatorisch vorbereitet und durchgeführt wurden, hat der Parteivorstand auch eine Reihe anderer, wichtiger und für die Wahlen Erfolg versprechende Momente auszunützen nicht verstanden -- wir verweisen dabei auf die Ereignisse in Bulgarien, in Deutschland und nicht zuletzt auf die ungenügende Propaganda der Frage der Arbeiter- und Bauernregierung - und hat abgewichen von der politischen Linie - die Partei an den Rand des Abgrundes gebracht.

Wir halten es für ausgeschlossen, dass der Parteivorst. in seiner jetzigen Zusammensetzung der inneren Krisen und der durch den Wahlausgang hervorgerufenen kritischen Lage in der Partei Herr zu werden vermag.

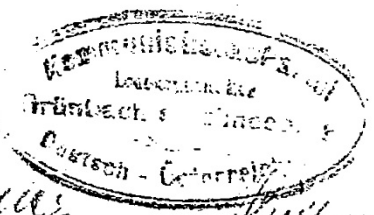
Indem wir die bisherige politische und taktische Führung in der Partei auf das schärfste missbilligen, verlangen wir, dass der Parteivorstand aus den Vorfällen die Konsequenzen zu ziehen und seine Mandate unverzüglich zur Verfügung stellen. In diesem Sinne die Resolution der Partei.

f.d.

i.A.

Grünbach, am 1. November 1923.

Heuer
Wittgen



An das
Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.
Werte Genossen !

Die katastrophale Niederlage der K.P.Oe. bei den Nationalratswahlen, Landtags- und Wiener Gemeinderatswahlen, am 21. Oktober, hat vor aller Welt gezeigt, wie es um die K.P.Oe. steht: Sie ist eine Eiterbeule. Die Schuld an der Wahlniederlage darf nicht nur im Illusionismus der österreichischen Massen gesucht werden, sondern ein grosser Teil der Schuld fällt dem Parteivorstand und seinen Organen zur Last. Der P.V., das heisst die Mehrheit des P.V. hat die K.P.Oe. durch seine Unfähigkeit, durch sein lediglich vom persönlichen Interesse geleitetes Verhalten in die Wahlniederlage hineingeritten. Er trägt die Verantwortung für das Versagen der Partei. Die Mitglieder der Partei haben zumeist ihr Äusserstes im Wahlkampf geleistet. Aber es war angesichts der Haltung des P.V. vergebliche Arbeit. Dies ruft in der Mehrheit der Mitglieder begreiflicherweise die äusserste Erbitterung, teilweise Enttäufung hervor.

1. Das Präsidium des P.V. hat die Exekutive der Komintern in der Frage der Wahltaktik falsch informiert. Die überwiegende Mehrheit der Partei, verhasst, damit die notwendige Verbindung mit den österreichischen Massen hergestellt werde, dass die K.P.Oe. beim Eintritt in den Wahlkampf ihren Willen zur Einheitsfront des Kampfes durch eine Aufforderung an die S.P. kundgeben sollte, auf Grund der von der K.P. formulierten Wahlplattform, Arbeitsregierung, Beseitigung des Genier Vertrages, Erlassung der Sachwerte usw., gemeinsam in den Wahlkampf zu treten. Es war vorauszu-sehen, dass die S.P. schon auf Rücksicht auf ihre kleinbürgerlichen Wähler, das Angebot der Einheitsfront glatt zurückweisen würde. Dann aber wäre die K.P. unter unwiderruflich günstigeren Umständen in den Wahlkampf getreten. Auch die sonstigen Informationen des P.V. an das Ekki über die Wahlchancen, über die "Disziplinlosigkeit" der in Opposition gegen den P.V. stehenden Genossen, war unrichtig und irreführend.

2. Die Mängel einer politischen Führung, die völlige Unfruchtbarkeit des politischen ~~Einflussbereichs~~ Reichssekretariats (Gen. Wertheim), das keine konkreten Programme der Partei für die Wahlen ausgearbeitet hat, hat die Partei gegenüber der S.P. die mit einer Reihe schlagender Forderungen operiert hat, ins Hintertreffen gebracht. Die K.P.Oe. hat an die täglichen Bedürfnisse des Proletariats so gut wie gar nicht angeknüpft. Das Reichswahlkomitee, Polzer, Rothe, Wertheim, hat so gut wie gar keine politische Arbeit geleistet. Die Rote Fahne spiegelt die Unfähigkeit der Leitung wieder. Der grösste Teil der Schuld hierfür trifft die politische Leitung der Partei und den Chefredakteur. Der P.V. hat keinerlei Direktiven für die Führung der Roten Fahne gegeben. Seitens des pol. Reichssekretariats (Wertheim) wurde das Zusammenarbeiten mit der Redaktion direkt sabotiert. Die wiederholte Forderung nach einem Kommunalprogramm für den Wahlkampf wurde nicht erfüllt.

3. Die grösste Schädigung der Partei als auch des Wahlkampfes wurde von der organisatorischen Leitung der Partei geübt, und zwar systematisch. Die Verantwortung hierfür trägt der Vorsitzende des Organisationsbüros, Tomana, dem der Reichssekretär f. Organisation Polzer und der Wiener Sekretär Brodnig.

Der Wahlkampf wurde von den angeführten Genossen im P.V. in rein fraktionellem Interesse geführt. Es wurden systematisch eine Reihe aktiver Mitglieder und Organisationen provoziert, planmässig in Disziplinbrüche hineingetrieben und suspendiert. Wir können detaillierte Beweise dafür bringen. Darüber, dass die organisatorische Vorbereitung und Durchführung des Wahlkampfes unter aller Kritik war, besteht in der ganzen Partei nur eine Meinung.

Wirtschaft

4. Zu diesen schweren Fehlern kommen noch andere, wie unzulängliche Stellungnahme und Passivität der Partei in der deutschen Frage und völliges Versagen der roten gewerkschaftlichen Propaganda in Oest erreich. Der Rote Gewerkschafter ist noch schlechter redigiert als die Rote Fahne., und knüpft überhaupt nicht an die brennendsten Frage und Kämpfe der österreichischen Arbeiter an. Auch die seitens der Gewerkschafts-
~~abteilung redigierte Gewerkschafts~~ *abteilung* in der R.F. geht an den wirtschaftlichen Tagesnöten und Kämpfen der Arbeiter fast ganz vorbei. Das Ablaufen des Kollektivvertrages der Metallarbeiter und die daraus entstehenden Folgen wurden im Roten Gewerkschafter überhaupt nicht erwähnt.

5. Nach der Wahlniederlage richten Tomann und seine Fraktion ihre ganze Kraft auf die weitere Verstümmelung der Partei und treiben ihre parteiverderbende Fraktionspolitik auf die Spitze. Tomann hat erklärt: "Wir werden alle und wenn es zehn Lokalorganisationen sind, wenn sie gegen den P.V. sind, ausschliessen, wir werden austräumen." Bereits sind neuerliche Ausschliessungen und Suspendierungen willkürlich erfolgt. Sämtliche Angestellte der Partei werden Hals über Kopf gekündigt. Nur die engere TomannklIQUE will auf ihren Posten bleiben. Mitten in der schärfsten Krise der Partei erkühnen sich Tomann und Anhang über die Köpfe der Mitgliedschaft hinweg, sich der Partei als ihres fraktionellen Apparates ermächtigen.

Teil 2.7.

6. Die Vertrauensmännerkonferenz wurde seit dem Parteitag im März nur zweimal einberufen. Das letzte mal, einige Wochen vor den Parteitagswahlen, wurde sie als die Majorität gegen die Vorgangsweise des P.V. stürmisch Stellung nahm, durch den P.V. vorzeitig aufgelöst und jede Abstimmung verhindert. Die jetzt einzuberufene Vertrauensmännerkonferenz soll nach dem Willen rein fraktionell zusammengesetzt werden. Den unliebsamen Vertrauensmännern soll aus nichtigen Gründen entgegen den Organisationssatzungen die Legitimation entzogen werden. Wir haben den Eindruck, dass die Mehrheit des P.V. jeder Funke ehrlichen Parteiinteresses und kommunistischen Empfindens erloschen ist.

7. Es ist bezeichnend, dass einige Organisationen, deren Funktionäre blinde Anhänger Tomanns waren zusammengebrochen und zur S.P. übergetreten sind. Gegenüber gerade all diesen Organisationen, die im scharfen Gegensatz zum P.V. stehen, nicht nur bei den Wahlen verhältnismässig gut bestanden haben, sondern auch jetzt aufrecht und fest stehen,

8. Was wollen wir? Aufbau der Partei! Schluss mit Fraktionen und Fraktionspolitik! Sofortiges Demissionieren des P.V., der die Partei desorganisiert und die Partei politisch null herabgewirtschaftet hat. Sofortige Einsetzung eines aus den zuverlässigsten und fähigsten Funktionären bestehenden Komitees, welches die Geschäfte des kommenden Parteitages zu führen hat.

Ende

Die Hauptschuldigen müssen aus der Leitung der Partei entfernt werden. Tomann, Polzer, Faulert, Brodnig! Aufhebung der Suspendierungen, Massregelungen, Ausschaltungen! Herstellung der Rechtszustände in der Partei! Konsolidierung der Partei, Zusammenfassung der besten Kräfte in der Partei, unter Ausschaltung Tomanns! Keinen falschen Hinweis von aussen! Die Abberufung Tomanns durch das Ekki ist deshalb zweckmässig, weil diese Abberufung im Sinne der Majorität der Mitglieder und im Parteiinteresse gelegen ist. Die von Gen. Riha im P.V. beantragte Einsetzung des Gen. Strasser als Chefredakteur, mit seitens des Ekki, wäre ein schlesierellerischer Art, weil Strasser bei der überwiegenden Mehrheit der Mitglieder entgeltlich abgewirtschaftet hat und seine Wiedereinsetzung eine Krise mehr bedeuten würde. Wir würden es sehr begrüessen, wenn das Ekki nun darin unterstützt wird, wenn die Mitglieder selbst die Ordnung in der Partei herstellen und die Besetzung der Parteionene entscheiden.

Daraus ersuchen wir um sofortige Entsendung zweier Vertreter des Ekki, die objektiv sind und Autorität geniessen

und deren Aufgabe darin bestünde, die Mitgliedschaft in der Vorbereitung und Durchführung eines Parteitages, der den Willen der Mitglieder getreu zum Ausdruck bringt, zu unterstützen.

Wien, 2. November 1923

Mit kommunistischem Gruss

Die Obmännerkonferenz von N.Oe. am 4. November 1923

Verlaufsbericht.

Der erste Punkt der Tagesordnung Die Wahlen beanspruchte acht Stunden der Tagung. Der O.K. ging voran ein samftes Fundschreiben der L.L. gegen den P.V. und seiner Wahlaktik; desweiterm ein gutes Runrschreiben der L.O. Deutsch-Wagräm welches geschickt und gut, anknüpfen an die Gemüter der Genossen und den Grubenhunden des P.V., eine O.K. vordernt, an alle L.O. versendet wurde.

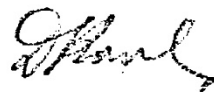
War die Stimmung schon auf der letzten, vor den Wahlen, stattgefundenen O.K. kritisch, so war diese O.K. ein Flammender Proteststurm. Wenn auch aus verschiedenen Motiven und noch nicht ziehbewusst, so doch gegen den P.V., die Unfähigkeit ist klar aufgezeigt worden. Unsere Genossen haben die Sache in ein uns näherntes Geleise gebracht. Durch die Ungeschicklichkeit, und des dogmatischen Verhaltens Koritschoners in der Wahltaktik, hat sich der P.V. und KOR, eine schwere Niederlage erlitten. Ja, auch gewerkschaftlich war die Niederlage katastrophal, Ketzlich wurde erledigt wie eine Fliege. Das P.V. Mitglied Maier (Baden) rückte scheinbar ganz vom P.V. ab, auch Stömer.

Alle Redner haben gegen die P.V. Stellung genommen. Die Resolution der L.L. welche dem P.V. das Misstrauen ausspricht und den ausserordentlichen Parteitag noch dieses Jahr vordernt wurde einstimmig angenommen. Die Resolution unseres Gen. Killich welche die sofortige Absetzung des P.V. und ein zu einsetzendes Komitee vordernt wurde mit acht gegen vierzehn Stimmen abgelehnt. Mann verwarf es als nicht legales Mittel!!!! An der O.K. haben 22 Obmänner teilgenommen. Das Ergebniss kann als sehr Günstig bezeichnet werden. Ihre Hochburg ist verlohren, sogar Stava in Lising ist gegen den P.V.

In Wien wagt der Kampf hin und her, um jeden Mann muss gerungen werden, doch es geht vorwärtz.!!! Der Kampf Tomann gegen Koritschoner-Spitz wird immer scharfer und kommt uns zu gute, während die KOR. Leute uns erbittert bekämpfen, daher haben wir in Wien gegen mehrere Richtungen die unter der verschiedensten Losungen auftreten zu kämpfen. Dazu noch die immer sich ergänzende Verläumdungstaktik der Tomaniten die aus den letzte Loch pfeifet.

Also dieses Material gut ausnützen und Verbindung suchen. Beiliegende Abschrift ist ein Keulenhieb gegen Tomann und Anhang und muss sehr gut verwedet werden. Alle Originale sind in unsern Händen. Dieser Brief wurde bereit in P.V. verlesen und hatt in der N.Oe. O.K. seine Wirkung ausgelöst. KOR. hat die im Schreiben angeführten Tatsachen im P.V. Bestetigt, indem er sagte: der Brief spricht für dich selbst.

Ausdauernt arbeiten, sie nicht zum Athmen kommen lassen, vorwertzdrängen, sie müssen überrannt werden. Nur weiter nicht ruhen und rasten.



Die Parteivorstandsmehrheit hat ein neues fraktionelles Manöver ausgeführt, das von grösster Tragweite ist. Sie hatte die Reichsvertretung einberufen, damit diese die Parteikrise erledige.

Woraus besteht diese Reichsvertretung? Wer hat in ihr Sitz und Stimme?

1.) Der unfähige kompromitierte P.V. selbst, der die verschwindende Minderheit der Partei vertritt,

2.) die Vertreter der einzelnen Länder, die am letzten Parteitag nach fraktionellen Gesichtspunkten gewählt wurden und gleichfalls nicht die Mehrheit der Partei vertreten.

Beispiele: Für Oberösterreich sitzt in der R.V. Gen. O e p e k, der sowohl ohne Zustimmung der seinerzeitigen oberöstr. Delegierten auf dem Parteitag gewählt wurde, als auch gegenwärtig die gesamte oberöstr. Mitgliedschaft gegen sich hat,

Für Wien sitzen in der R.V. 4 Vertreter, darunter 3 scharfe Tomanniten.

Vor diesem Forum, das keineswegs das Recht hat, im Namen der gesamten Mitgliedschaft wichtige Entscheidungen zu treffen, hat der P.V. demissioniert. Dass dieser P.V. zurücktritt, ist selbstverständlich. Wir fordern es seit vielen Wochen als die Voraussetzung für die Gesundung der Partei. Aber wer an die Stelle des P.V. zu treten hat, darüber darf einzig und allein in der gegenwärtigen Lage der Partei von unten, von der Mitgliedschaft entschieden werden.

Trotzdem hat diese R.V. eine neue sechsgliedrige Parteileitung gewählt, in der der alte kompromitierte P.V., bzw. dessen Mehrheit wieder die Oberhand hat. Rihs, Ketzlik, Fiala, die in alten P.V. waren und drei geschworene Fraktionsgenossen von Tomann sind, sind in dieser Parteileitung. Ausserdem Richter, Schrath, und Stava.

Der P.V. ist also nicht tatsächlich zurückgetreten, sondern nur scheinbar. Er hat sich mit Hilfe der im Dienste der Tomannfraktion stehenden R.V. wieder gewählt. Die Tomannfraktion führt nach wie vor die Partei.

Dagegen muss der allerschärfste Kampf geführt werden. Es kann absolut nicht geduldet werden, dass eine unfähige und kompromitierte Clique die gesamte Mitgliedschaft an der Nase herumführt und ihr jedes Selbstbestimmungsrecht raubt. Selbst wenn diese neue Leitung einen Parteitag vorbereitet, was sie einstweilen garnicht zu beabsichtigen scheint, so wird sie ihn nach fraktionellen Gesichtspunkt vorbereiten.

Dagegenüber fordern wir:

1.) Schluss mit dieser parteiverderben den Fraktionspolitik! Rascheste Beendigung der Krise von unten durch den Willen der Mitgliedschaft!

2.) Weg mit dieser neugewählten Leitung, den wir jede Kompetenz absprechen, weil sie vom alten P.V. und der R.V. gewählt wurde, die nicht die Mehrheit der Mitglieder darstellt und weil diese neue Leitung wiederum nach fraktionellen Gesichtspunkten und aus kompromitierten Vorstandsmitgliedern zusammengesetzt ist.

3.) Die neue Leitung, die den Parteitag vorbereitet hat, muss von unten gewählt werden.

Mit Parteierneuerung.

Protokoll

Über die Einvernahme des Gen. Forst am 15. Dez. 1923.

Forst: In der "Roten Fahne" wurde zum Bericht der Vertrauensmännerkonferenz gesagt, dass ein einziger Genosse es gewagt hat, den Fraktionszwang neuerdings heraufzubeschwören. Demgegenüber stelle ich fest, dass ich weder Fraktionist noch Tomannist bin, weil ich überhaupt keine persönliche Einstellung kenne. Gen. Neurath hat auf der Vertrauensmännerkonferenz so gesprochen, dass er jeder Kritik das Wort abgeschritten hat. Ich wusste aber, dass in der Partei Leute sind, die mit seinen Ausführungen nicht einverstanden sind. Was ich gesagt habe, habe ich mit guter Überlegung und bewusst getan. Gen. Neurath hat einen alten Anhänger Freys aufgenommen, der eine sehr dunkle Vergangenheit hat. Gerade in der letzten Zeit hat er sich sehr unständig benommen. Er hat Gelder der Partei vergessen abzurechnen, es ist dies Gen. Kalischer. Am 15. Juni 1919 hat er gänzlich versagt, in der Levi-affaire sabotiert. Wenn er jetzt als Chefredakteur eingesetzt ist, muss man zu ihm Misstrauen haben. Es ist selbstverständlich, dass wir gegen ihn eingestellt sind, und haben daher auch Misstrauen gegen jede Anstellung, die Gen. Neurath unternimmt. Was den Levi-Artikel betrifft, den Kalischer veröffentlicht hat, so hätte er einen Teil davon bringen können. Er hat aber den ganzen Artikel gebracht und dies ist für diejenigen, die die Sache kennen, eine Provokation.

In Meidling hat sich folgendes zugetragen: Ich kenne Donauer nicht. Die Gruppe Meidling hat vor den Wahlen eine politische Erpressung begangen. Der Führer dieser Sache war Donauer. Derselbe Donauer ist jetzt angestellt. Damit können wir nicht einverstanden sein. Wir sind auch gegen Sarroth eingestellt. Nachdem der neue P.V. eingesetzt wurde, haben wir uns oft über ihn ausgesprochen. Ich selbst habe in meiner Lokalorganisation erklärt, dass wir ihn unterstützen müssen. Die Meidlinger haben eine Resolution verfasst und wurden wegen dieser Resolution vor den Parteivorstand geladen. Einige Tage darauf, wurde mir bekannt, dass Donauer angestellt ist. Ich halte dies für eine politische Korruption. Wer die Opposition führt, kann eventuell die Regierung stürzen, aber er kann nicht dafür bezahlt werden. Der Sekretär ist dem Parteivorstand unterstellt. Der P.V. muss daher zu ihm Vertrauen haben. Dies ist aber hier nicht der Fall. Man hat in der S.P. immer den Führer der Opposition eine gute Stelle verschafft und damit der Opposition das Maul gestopft. Ich halte das für eine politische Korruption. Gen. Albrecht hat nach dem Parteitag eine Reihe von Genossen empfangen, die der Opposition angehört haben und sie dadurch moralisch gestärkt. Der P.V. wurde abberufen. Die Hauptschuld aber hat der Vertreter der Internationale. Er hat nach Moskau geschrieben um die Abberufung des B.V., er selbst aber hat sich gehalten. Wenn er diesen abberufen liess, müsste auch er zurücktreten. Ich halte auch heute noch aufrecht, dass ein Genosse, der in der Partei einen Fehler begeht, dafür zur Verantwortung gezogen werden muss.

Mri ist bekannt von mehreren Genossen des P.V., dass sie nicht mit allem einverstanden sind. Ketzlik, Rihs, Fiala. Ich erkläre dies deswegen, weil Neurath sagte, ~~XXXXX~~ im P.V. ist eine einheitliche Front. Deswegen, weil dieses nicht richtig ist, bin ich ihm gegenüber getreten. Ich meine, dass ich das erklärt habe und dafür auch eintrete. Von einer Diktatur habe ich nicht gesprochen. Ich habe erklärt, ich anerkenne die Vertreter, aber ich bin mit ihren Handlungen nicht immer einverstanden. In dem Moment, wo die Vertreter hier sind, werden sie einen gewissen Druck ausüben. Ich war früher Kassier der Partei. Ich musste oft dem Gen. Bronski in einer Art und Weise gegenüber treten, wie ich es privat nicht getan hätte. Ich weiss, dass dies wiederholt in Oesterreich angewendet wurde und oft Beschlüsse der Meinung des Vertreters angepasst wurden. Ich gehe so weit, zu behaupten, dass Gen. Frey in einer Sitzung erklärt hat, man müsse in diesem Punkt Bronski nachgeben, weil man sonst keine Gelder bekommt. Das zeigt also, dass die Partei in gewisser Hinsicht von Moskau abhängig wird. A. beeinflusst die Partei. Aus dieser Erfahrung ist für mich klar, dass nur eines uns retten kann: Selbsterhaltung der Partei. Auch die Genossen meines Bezirkes sind der Auffassung, dass, wenn dies nicht sofort durchgeführt werden würde, so werden Fälle vorkommen wie die Fälle Donauer. ~~+++++~~ *Kalischer*

Das war der Gedankengang, von dem ich mich leiten liess auf der Vertrauensmännerkonferenz um ich stehe ganz dafür ein. Ich gebe zu Protokoll, dass ich von meiner Einleitung vom Parteitag ausgegangen bin und meinte den Vertreter der Internationale zu dieser Zeit. Ich betone, dass ich in der Bezirksorganisation für die Parteileitung eingetreten bin, ich habe mir aber vorgenommen, auf der Vertrauensmännerkonferenz offen die Krise zu beleuchten. Das Protokoll ist an und für sich lügendhaft. Ich habe auf der Vertrauensmännerkonferenz nicht erklärt, dass wir unter dem Diktat der internationalen Vertreter stehen, sondern akribisch gesagt, ich bin Anhänger des Dritten Internationale, aber ich bin nicht mit allen Handlungen der Vertreter einverstanden.

Was den Fall Donauer betrifft, so halte ich die politische Korruption aufrecht. Nachdem Gen. Donauer nicht infolge seiner geistigen Qualität sondern als Vertreter der Opposition angestellt wurde. Ich habe richtig gesagt, dass zuerst die Resolution der Meidlinger Genossen zurückgezogen wurde, dann erst Donauer angestellt wurde. Ich habe die Namen der drei Mitglieder des P.V. nicht genannt, aber davon gesprochen, weil Gen. Neurath auf der Konferenz erklärte, in der Parteileitung herrsche Einhelligkeit.

Ich stehe in der Partei schon seit fünf Jahren, ich weiss dass die Partei einmal 18000 Mitglieder hatte, jetztaber auf dreitausend herabgesunken ist. Ich weiss auch, dass wenn diese Fülle fortgesetzt werden, die Partei ganz zertrümmert wird. Es nützt nichts, wenn Einheitspredigt, die Partei aber weiter zerstört wird.

Rieha richtet an Forst die Anfrage, ob die drei Genossen zu ihm tatsächlich sagten, dass sie aus der Parteileitung ausscheiden wollen, da sich ihre weitere Arbeit dort mit ihren proletarischen Interessen nicht decken.

Forst: Ich habe mit mehreren Genossen darüber gesprochen und einmal erklärt, ich hätte den Eindruck, dass in der Partei eine bewusste sozialdemokratische Opposition arbeite. Gen. Fiala hat damals erklärt, auch auf ihn mache es einen solchen Eindruck und er sehe aus dieser Situation keinen Ausweg. Ich erklärte damals, dass der Herd dieser Opposition Meidling sei. Landler, der damals anwesend war, hat dem zugestimmt. Mit Genossen Riehs und anderen Genossen komme ich sehr häufig zusammen und wir sprechen oft über die Zustände in der Partei.

Donauer richtet an Forst die Anfrage, wie so er behaupten könne, dass Meidling der Herd einer sozialdemokratischen Opposition sei.

Forst: Ich habe tatsächlich davon gesprochen und erklärt, ~~XXXXXXXXXXXX~~ sie sei auf jene zurückzuführen, die später in die Partei gekommen sind. Als Frey in die Partei gekommen ist, hat tatsächlich eine Opposition begonnen.

Schlamm fragt an, ob die Aeusserungen Fialas über eine sozialdemokratische Opposition nach der Reichsvertretung gefallen sind.

Forst: Ja, es war vor ungefähr drei Wochen.

Fiala: In erster Linie ist es unrichtig, dass Neurath Kalischer in die Redaktion geschickt hat. Kalischer wurde einstimmig vom Parteivorstand als Redakteur nominiert. Auch Gen. Donauer ist nicht von Neurath angestellt worden, sondern vom P.V. Es stimmt vollständig nicht, wenn Forst die ~~XXXXXXXX~~ Zahl der Parteimitglieder mit 3000 ansetzt. Das ist falsch und viel zu niedrig. Was die sozialdemokratische Opposition betrifft, so habe auch ich diese Meinung gehabt, niemals aber gesagt, dass der Herd dieser Opposition in Meidling zu suchen sei.

Max: Forst hat durch sein Auftreten gegen die Vertreter der Internationale Misstrauen erweckt. Es müssen beide Teile, die im Fraktionskampf gestanden sind, aufs Neue aufeinanderstossen. Die prov. zentrale sollte die Partei gesunden und die Möglichkeit schaffen, zu einem Parteitag zu kommen, auf dem keine persönlichen Zwistigkeiten möglich sind. Wir müssen gegen ein Auftreten, das gegen die Richtlinien der Internationale verstösst, mit den schärfsten Massnahmen vorgehen.

Ein solches Auftreten ist ein Parteiverbrechen. Ich meine doch, wir alle sind hier verpflichtet, den Weg und die Möglichkeit zu finden, die Fraktionstätigkeit einzustellen. Entweder Sie müssen die Erklärung zurückziehen oder es kann Ihre Tätigkeit in der Partei weiter nicht mehr möglich sein. Ich möchte daher am Schluss an Sie die Bitte richten. Wenn Sie die Sache heute etwas anders sehen oder auf Verpflichtung sich überzeugen konnten, dass Ihr Auftreten falsch war, so müssen Sie Ihre Worte zurückziehen. Sie sollen sich diese Sache überlegen, ob Sie dies tun wollen. Ich glaube, Sie können und müssen es tun.

Donauer erklärt, dass im P-V. beschlossen wurde, nur den Gen. Forst zu hören, aber ihm keine Bedingung zu stellen.

Max: Ich spreche hier nur im Namen der Vertreter.

Forst: Ich bin hier vor den Parteivorstand gerufen worden und die Erklärungen eines Sekretärs, der hier nur als Angestellter sitzt, sind mir nicht massgebend. Auch ich war im P.V. Aber es ist niemals vorgekommen, dass ein Angestellter Belehrungen erteilt. Was die Erklärung betrifft, so kann ich hier keine abgeben. Ich muss erst mit meinen Genossen im Bezirke sprechen. Ich werde sie zusammenberufen und ihnen sagen, was die Genossen hier aufgeworfen haben. Wie immer aber eine Erklärung ausfällt, bleibt die Anstellung des Gen. Donauer eine politische Korruption. Ich selbst habe mit Gen. Donauer nichts zu tun. Es haben Genossen in meinem Bezirke, z. Bsp. der Gen. Krenl, als sie von der Anstellung erfuhren, erklärt, dass sie ihre Funktionen zurücklegen. In der Partei ist die Situation nicht so rosig, wie Neurath sagt. Es fragt sich, ob man darüber schweigen soll. Die Partei ist jetzt klein und schwach, meiner Ansicht nach ist jetzt die Gelegenheit, gründlich aufzuräumen, wenn ~~XXXXXXXX~~ aber die Internationale sagt, ich muss die Konsequenzen ziehen, so werde ich es tun und keine Opposition machen.

Schroth: Ich muss für Donauer erklären, dass er das Recht hat, als Sekretär des P.V. nur Geschäftsordnung zu sprechen, da er überhaupt die gestrigen Beschlüsse kennt.

Max: Sie haben erklärt, Sie müssen erst Rücksprache halten mit dem Ausschuss. Wenn Sie mit Ihren Freunden beraten wollen, so stimme ich vollständig zu. Wenn Sie aber in einer Versammlung darüber sprechen wollen, so verbiete ich das im Namen der Internationale, auch nicht im Ausschuss. Das würde bedeuten, dass Sie weiterhin im Bezirke zufragen Stellung nehmen, zu denen Sie nicht das Recht haben.

Forst: Ich werde den Genossen nur sagen, die Vertreter verlangen, dass ich die Angelegenheit bereinige.

Max: Ihre Erklärung ist nur massgebend für den Vertreter der Internationale. Wie sich die Parteileitung dazu stellt, weiss ich nicht.

Forst: Ich erkläre noch einmal, dass ich mich erst mit meinen Genossen besprechen muss. Wie immer aber die Sache ausfällt, ich werde keine Opposition machen.

Schroth: Es muss protokolliert werden, dass Forst seine Erklärung abhängig macht von der Stellung des Bezirkes. (Forst Zwischenruf: Den Vertretern der Internationale gegenüber). Also noch mehr, die Meinung des Bezirkes höher stellt, als die Meinung der internationalen Vertreter!

Schroth: Die Erklärung, dass Forst erst mit dem Bezirksausschuss sprechen muss, ist hinterhältig.

Forst erklärt, bis Montag in dieser Beziehung die Antwort zu geben. Da auch der Parteivorstand zu den Ausführungen des Gen. Forst Stellung nehmen muss, wird die Einvernahme abgebrochen.

Schiffner:

Alain Donauer

Protokoll.

---.---.---.---.---.---.---.---.---.---

der P.V. Sitzung am 15. Dezember 1923. (Fortsetzung von Freitag).

Anwesend: Sejroth, Ketzlik, Fiala, Rihs, Richter Donauer, Schlamm, Wax
Genossin Schorr.

Fiala: Es hat sich seit gestern nichts wesentliches geändert. Die Erklärung des Gen. Max zwingt uns bis Montag zu warten.

Rihs: Ist nicht dieser Ansicht. Es kann Klärung herbeigeführt werden. Das Verhalten des Genossen Neurath ist sonderbar. Es ist sonderbar, dass Neurath bei derartigen Anwesenheit des Gen. Donauer die Korrektur des Protokolls über Meidling verlangte. Ich war von allem Anfang an dagegen, dass Donauer als Exponent einer Richtung in der Partei angestellt wird. Ich habe damals schon gesehen, wohin der Kürse steuert, dass Neurath den Freykurs in der Partei unterstützt. Ich habe damals schon gesagt, dass ich das nicht mitmache und auch dagegen gestimmt.

Donauer: Es ist bezeichnend, dass die persönlichen Ausfälle Forst nur von einem Genossen zurückgewiesen wurden. Ich habe vom Anfang an gewusst, dass man mir nicht mit besonderen Vertrauen hier in der Partei zentrale entgegenkommen wird. Ich habe auch dieses Misstrauen schon einige Male gefühlt. Dass aber einige Genossen der Meinung sind, dass in der Partei eine bewusste sozialdemokratische Opposition besteht, deren Herd Meidling sei, dass erfahre ich heute hier zum ersten Male. Forst hat dies hier erklärt und gesagt, dass Gen. Landler dem zugestimmt hätte. Dass ist eine ungehauerliche Zumutung. Dann wäre der Vertreter dieser bewussten sozialdemokratischen Opposition hier angestellt, als Sekretär des P.V. Dieses Gerücht ist die neue Methode, mit der gewisse Leute in der Partei den Kampf weiterführen wollen gegen die frühere Opposition. Was die Sache Forst selbst betrifft, so ist uns klar, dass sein Auftreten auf der Vertrauensmännerkonferenz einen fraktionellen Vorstoß bedeutet. Die Vertreter müssen zeigen, dass sie dafür sorgen werden, dass die Beschlüsse der Internationale auch eingehalten werden.

Schlamm: Das Benehmen des Gen. Forst der Parteileitung gegenüber war einfach skandalös. Er hat hier aufgeklärt, wie weit die Rechte des Gen. Donauer gehen und diese nicht dem Vorsitzenden überlassen. Mir scheint das was Forst hier ausgeführt hat nicht als eine Absegelung sondern eher als eine Verschärfung der ganzen Sache, dazu kommt noch sein Verhalten vor der Parteileitung. Ich nehme die Sache sehr ernst. Er könnte der ganzen Parteileitung Korruption vorwerfen und den Vertretern das sie bestochen sind, wenn man diese Dinge durchgehen lässt. Was den Fall Donauer betrifft, so ist richtig, dass Rihs gesagt hat das gehe über die Hutschnur. Er hat aber gewartet, bis auf der Konferenz das Wort Korruption gefallen ist und erklärt sich jetzt damit einverstanden. Donauer hat die Anstellung abgelehnt. Man kann nicht glauben, dass er nicht gewusst hat, dass man ihm dies vorwerfen wird. Es zeigt nur von seiner Disziplin, dass er dieses Opfer auf sich genommen hat. Die Partei kann sich nicht politisch Korruption vorwerfen lassen, die Partei wäre einfach erledigt. Da ist besser die Partei währt die Disziplin und gibt nicht nach.

Schorr: Das Auftreten des Gen. Forst und seine Erklärung bedeutet die erste Belastungsprobe der Partei. Es zeigt sich, dass unter uns selbst schon vollständige Uneinigkeit herrscht. Aus dem Benehmen des Gen. Forst ist klar hervorgegangen, dass ein Zusammenhang besteht zwischen Ketzlik Rihs und Forst. Da bedeutet die Mobilmachung des Fraktionskampfes. Drei bis vier Wochen war Ruhe und nun kommt ein Genosse und streut Misstrauen nicht nur gegen die Partei, sondern auch gegen die Vertreter

Ueber die Presse gibt es keine Diskussion. Die RYF. ist das einzige Blatt das gegenwärtig legal in deutscher Sprache erscheint. Es muss aufrecht erhalten bleiben. Wir dürfen hier nicht neues Misstrauen säen. Wenn ihr Euch deckt mit der Auffassung Forst, so sagt es, dann werden wir die Mitglieder fragen. Entweder wir sind korrupt, da dann weg mit uns! Oder Eure Auffassung ist nicht richtig, dann weg mit Euch! Wir haben uns die Hände gereicht zu gemeinsamer Arbeit, so aber geht die Sache nicht weiter. Man beginnt wieder zu wählen, jetzt gegen Neurath und wenn sich Max exponieren würde, auch gegen Max. Es ist gut dass wir diese Aussprache haben. Wer jetzt in dieser Zeit einen Streit vom Zaune bricht, den trifft mit voller Wucht die ganze Verantwortung. Viel hat die Partei nicht mehr zu verlieren. Wir müssen uns aussprechen und auf der Vertrauensmännerkonferenz muss ein einheitlicher Wille zum Ausdruck kommen.

Ketzlik: Meines erachtens verkennt ihr die Individualität des Gen. Forst. (Kallischer: Dass es ein Verbrecher ist.) Wann wir jeden von uns unter die Lupe nehmen würden, so würde sich gegen jeden etwas einwenden lassen. Was ist austössig in diesem Falle? Seine Offenheit, die mir immer gefallen hat? Er ist einer jener starken Menschen, die immer offen das aussprechen, was sie meinen. Und daher hat er erklärt nicht dass der P.V. korrupt ist, sondern die Handlung. Hier wurde festgestellt vom Gen. Forst, dass die Handlungsweise korrupt ist. Er hat dies gesagt, ohne im Detail gewusst zu haben, wie sich die ganze Sache ~~xxxxxxx~~ verhält. Ich muss erklären, dass der Ausdruck des Gen. Forst ein schwererer Ausdruck ist, der aber von Euch nicht ~~xxxxxx~~ widerlegt werden kann. Meine Auffassung war vom Anfange an dieselbe. Dass dies eine Taktik ist, die die Sozialdemokratie immer der Opposition gegenüber angewendet hat. Es handelt sich darum, die Genossen festzulegen, die von der Mitgliedschaft loszulösen. Für mich ist dies ein taktischer Schachzug, der von einigen Mitgliedern als politische Korruption angesehen werden kann. Aber ich muss selbst sagen, dass ich keinen anderen Weg gesehen habe als diesen, der zur politischen Korruption führt. Donauer hat ja selbst zugegeben, dass er eine andere Meinung hat, jetzt aber nicht davon spricht. Ich habe mich in Genossen Donauer getäuscht, ich muss sagen, dass ich nicht glaubte, dass man mit ihm so arbeiten kann als es sich tatsächlich gezeigt hat. Im Grunde aber kommen wir darüber nicht ~~xx~~ hinweg, dass dies ~~xxxx~~ an politisch korrupt ion grenzt. Forst ~~xxxx~~ hat erklärt, dass er keine Opposition machen wird. Man kann aber von ihm nicht verlangen, dass er gegen seine Ueberzeugung eine Erklärung abgibt. Gen. Max hat Forst verboten im Interesse der Partei, mit ~~xx~~ seinem Ausschuss über die Sache zu sprechen. Es wäre gut, wenn er das tun könnte. Wenn wir es so weit bringen, dass Forst die Erklärung abgibt, so wäre es gut. Aber ich glaube, dass wir es nicht so weit bringen werden, da auch Donauer eine Erklärung auf der Vertrauensmännerkonferenz abgeben will. Im Interesse der Partei bleibt kein anderer Weg, als am Montag zu schweigen. Donauer hat erklärt, er kann den Vorwurf der sozialdemokratischen Opposition nicht auf sich sitzen lassen. Gerade die frühere Opposition ist für eine gemeinsame Liste bei der Wahl eingetreten. Man musste sich daraus erklären, dass sie die Brückfinden wollen zur S.P., dass sie den G. glauben an die K.P. verloren haben. Ich habe mir selbst gesagt, dass Frey nicht die Absicht haben kann, eine neue Partei zu gründen. Zur Befriedigung des Gen. Donauer muss ich erklären, dass ich nicht daran glaube, dass er im Sufrage der S.P. hier sitzt. Wir müssen lernen persönliche Angriffe zu tragen und darüber hinweg zu kommen. Gen. Donauer sagt, man muss ihm die Möglichkeit geben, nach Hernalz zu gehen und dort die Angriffe des Gen. Forst zurückzuweisen. Dies ist nicht möglich, denn es würde aufs neue die ~~xxxxxx~~ verschärfen. Ich sage zum Schlusse noch einmal: Schweigt am Sonntag über diese Angelegenheit und wenn Neurath kommt, so sprechen wir uns noch einmal darüber aus.

Fiala: Wir können die Sache nicht hinausschieben, ich will nicht einver-
standen, unter das Vergangene einen dicken Strich zu ziehen. Aber diese
Linie ist jetzt eingeschlagen. Wir haben uns bemüht und sind an einen
Punkt gekommen, wo es uns gelungen ist, die Genossen in den Bezirken zu
überzeugen. Von der jetzigen Parteileitung ist niemand persönlich ange-
griffen worden. Wir können in der Sache Forst nicht zum Lavieren anfan-
gen. Man kann den 16. und den 17. Bezirk nicht als einen Herd der jetzi-
gen Opposition ansehen. Ich sage, wenn diese Parteileitung aus irgend
einem Grunde auseinanderfällt, dann fällt auch die Partei auseinander.
Aber wenn wir zu dieser Sache nicht Stellung nehmen, so verlieren
wir das Vertrauen der ganzen Partei. Ich bin für Forst früher eingetre-
ten. In diesem Falle aber handelt es sich um das Prestige der Partei.
Wenn Gen. Forst ~~XXXXXX~~ die Handlungsweise der Parteileitung als
korrupt bezeichnet, so muss ich, der ich für die Anstellung des Gen.
Donauer eingetreten bin, die Vertrauensfrage stellen. Es ist kein
Zweifel und protokollarisch festgelegt, dass meine Stimme den Ausschlag
gegeben hat. Ich habe die Mitarbeit des Gen. Donauer bis heute nicht
bedauert. Als Forst auf der Vertrauensmännerkonferenz von den drei
Genossen sprach, wusste jeder, wer damit gemeint sei. Ich für meine
Person habe bereits zu der Sache Stellung genommen. Was die sozial-
demokratische Opposition betrifft, so habe ich in einem Gespräch erklärt,
dass es den Eindruck erwecke, dass in unserer Partei eine bewusste so-
zialdemokratische Fraktion arbeite. Ich habe aber nicht gesagt, dass der
Herd dieser Opposition Meidling sei. Selbstverständlich war ich bei der
Anstellung des Gen. Donauer dafür eingetreten, dass man sich zuerst über
ihn erkundigen müsse. Wir müssen heute zu einer Einigung kommen. Wenn wir
heute die Angelegenheit Forst ungestraft lassen, so kann sich jeder
andere dasselbe erlauben. Ich stelle für den Fall Donauer die Ver-
trauensfrage, ob dies eine politische Korruption ist oder nicht. Wenn
sie das verneinen, so ist die letzte Konsequenz der Ausschluss Forst.

Max: Prinzipiell möchte ich zur sozialdemokratischen Opposition sagen,
es kann unserer Partei nicht schaden, wenn wir sozialdem. Zellen haben.
Wir wollen doch Sozialdemokraten für unsere Idee gewinnen und müssen
daher auch damit rechnen, dass sozialdem. Tendenzen uns gegenüber treten
werden. Wir müssen unsere Arbeit so einstellen, dass wir die besten
Elemente der S.P. zu uns herüberziehen, dürfen aber dabei niemals die
kommunistische Linie verwischen - Ich kenne den Unterschied zwischen
Freyten und Tommanniten nicht. Ich habe auch gehört, dass Tommann sich
in verschiedenen Fragen als Opportunist gezeigt hat. Wir werden nicht
vollkommene Einstimmigkeit in allen Fragen herstellen, aber die eprsch-
lichen Kämpfe müssen aufhören. Die Anstellung des Gen. Donauer betrachte
ich als eine sehr wichtige Sache. Wir können uns nicht gestatten, dass
Gen. Donauer auf der Vertrauensmännerkonferenz eine Erklärung abgibt.
Es muss ihm genügen, dass hier gesagt wird, dass er im Interesse der
Partei arbeitet. Wir haben eine gute Kraft gefunden und politisch

Antrag der Genossinn Schorr : Dem Gen. Donauer soll verboten werden, auf der vertrauensmännerkonferenz eine Erklärung abzugeben.
Wird nach längerer Debatte abgelehnt.

Antrag Schlamm: Auf die Anwürfe des Gen. Forst soll Gen. Fiala im Namen der Partelleitung für Gen. Donauer erwidern. Dafür stimmen Schlamm, Schroth, gegen Ketzlik, Rihs. Fiala entscheidet für den Antrag.
Der Antrag ist angenommen.

Auf Grund dieses Abstimmungsergebnisses stellt Gen. Donauer die Vertrauensfrage. Alle Genossen stimmen für ihn.

Die Verfassung der Erklärung des Gen. Forst wird dem Büro zugewiesen.

Gen. Kalischer ersucht, in der Frage der Redaktion endlich Klärung zu schaffen, da er seine jetzige Doppelstellung nicht lange halten kann. Wird in einer der nächsten Sitzungen behandelt.

Die Sitzung wird um 1/4 12 Uhr geschlossen.

Vorsitzender:

Schifführer:

Christ Donauer

Protokoll

der ausserordentlichen Parteivorstandssitzung vom 20. Dezember 1923.

Anwesend: Ketzlik, Fiala, Stava, Schroth, Schorr, Richter, Donauer, Schlamm
und die Genossen Max und Neurath.

Tagesordnung: 1. Die Rückkehr der Gen. Wertheim und Tomann.

Fiala verliest die von den Gen. Wertheim und Tomann der Parteileitung zugegangenen Briefe.

Neurath: Auf einen einfachen Satz zusammengedrängt, muss man sagen, dass dies ein schamloses Attentat auf die Partei ist. Zum ersten Mal haben wir den erfolgreichen Versuch gemacht, die Partei zu sanieren und wir sehen die ersten Anzeichen des Aufstieges. Ich sehe aus der jetzigen Situation keinen Ausweg. Die letzten Konsequenzen können nicht wir ziehen. Den Ausweg ~~wir~~ müssen die Genossen uns zeigen.

Riehs: Es ist ein grosser Fehler, dass über die Sache nicht schon früher gesprochen werden durfte. Man hat sich zu grossem Optimismus hingelassen. Wäre es nicht möglich gewesen, dass sich die Partei selbst reinigt? Mussten erst ein paar Genossen kommen, um dies durchzuführen? Die Arbeiter selbst müssen zur Erkenntnis kommen und werden dazu kommen. Man kann nicht einen dicken Strich ziehen unter die Fehler und Disziplinbrüche und sagen: was jetzt geschieht, wird streng bestraft. Man hat früher sogar die Fraktionstätigkeit gestützt. Gen. Albrecht hat die Fraktionen nicht bekämpft, sondern ist selbst als gefährlicher Fraktionist aufgetreten und hat mitgeholfen, die Autorität des Parteivorstandes zu untergraben. Wir haben nach dem Parteitage gewusst, dass wir als einfache Arbeiter mit grossen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten. Dies wäre einer andern Leitung unter Frey ebenso ergangen. Der Vertreter ist nach dem Parteitage wochenlang nicht zu den Sitzungen des P.V. gekommen. Er hätte, da er an den jetzigen Verhältnissen die Hauptschuld hat, selbst die Konsequenzen daraus ziehen müssen. Es sind Genossen gekommen und haben in der Frage der Kandidaturen dem Parteivorstande gegenüber direkt Erpressungen ausgeübt. Albrecht erklärte damals, man müsse nachgeben, nach den Wahlen aber werden diese Genossen ausgeschlossen. In Ober-Oesterreich wurde die Disziplin in noch grösserem Masse gebrochen. Albrecht war für das// schärfste Vorgehen. Gen. Frey wurde vor den Wahlen die wichtigste Funktion übertragen. Auf der Sitzung der Reichsvertretung wirft er alles weg. Albrecht war damals ebenfalls für den Ausschluss. Keiner dieser Disziplinbrüche ist geahndet worden. Frey wurde knapp vor den Wahlen weggeschickt und hat sich so einem Verfahren entzogen. Frey sitzt draussen auf exterritorialem Boden, während die beiden Genossen Tomann und Wertheim auf sich selbst angewiesen waren. Man hat die Genossen hinausgeschickt, aber nicht für sie gesorgt. - Wir waren der Meinung, dass nun andere Genossen herkommen, sehen aber, dass Gen. Neurath die Linie des Gen. Albrecht verfolgt. Max ist in dieser Hinsicht etwas neutraler. Wenn er Aeusserungen macht von gewisser Bedeutung, so wissen wir, woher der Einfluss kommt. Nun sind die beiden Genossen hier und Sie tun, als ob das das ärgste Verbrechen wäre. Was Sie tun wollen, die beiden Genossen auszuschliessen, heisst, der Partei den letzten Rest zu geben. Die beiden Genossen haben den Auftrag durchgeführt. Sie wären auch bereit gewesen, nach München zu gehen. Wenn Sie von Frey verlangt hätten, nach Deutschland zu gehen und er nicht gewusst hätte, dass er sicher fährt, so wäre er nicht gegangen. Wenn Tomann erklärt, dass er in seinem Betrieb Arbeit suchen will, so können Sie darin keine Gefahr erblicken. Tomann hat viele Fehler gemacht aber er war es, der noch Alles selbst decken musste. Wir würden es begrüssen, wenn er seine Tätigkeit in einem Betrieb aufnehmen würde. Wenn Sie aber die beiden Genossen ausschliessen wollen, dann verkennen Sie die Situation.

Richter: Es mag vielleicht Genossen geben wie Gen. Neurath, die von der Rückkehr Tomann und Wertheims überrascht sind. Ich gehöre nicht zu diesen. Die ganzen Vorgänge in der letzten Zeit zeigen uns, dass sich wieder Verschiedenes in der Partei vorbereitet. Gen. Neurath hat ganz richtig gesagt, dass dies ein Attentat auf die Partei ist. Gen. Riehs ist als Verteidiger aufgetreten. Er meint, weil die Internationale die

Disziplinbrüche/ bisher geduldet hat, müssen sie auch weiter geduldet werden. Das kann nicht weiter so fortgehen. Die Handlungen Forst wären in einer anderen Partei nicht möglich gewesen. Nun kommen dazu die Rückkehr der beiden Genossen. Neurath meint, die Parteileitung müsse den Ausweg finden. Das ist nicht richtig. Die Genossen wurden nicht auf Geheiß der jetzigen Leitung hinausgeschickt. Wenn auch die Vertreter nicht die Verantwortung tragen können, so müssen sie für die Konsequenzen eintreten. Diejenigen, die an der Spitze der Fraktionen gestanden sind, kehren nach Oesterreich zurück und es ist zu erwarten, dass der Fraktionskampf wieder aufs Neue aufflammen wird.

Schlamm: Die Genossen wussten, dass die Tatsache ihrer Rückkehr den Zwist in der Partei wieder aufs Neue entfesseln wird. Gen. Rihs hat zu den ganzen Vorfällen seit dem Parteitag wieder Stellung genommen. Das zeigt klar, wohin es geht. Wenn hier nicht vorgegangen wird, dann kann sich jeder Genosse einen Disziplinbruch erlauben. Wir stehen vor der Zertrümmerung der Partei. Was Tomann getan hat, ist mit der bewussten Absicht geschehen, die Parteikrise wieder aufzurollen.

Donauer: Gen. Rihs ist vom Parteitag ausgegangen. Ich möchte nur auf die Reichsvertretung zurückkommen. Wie war die Situation damals? Die Mehrheit der Partei war gegen den P.V. eingestellt. Auf jeder Konferenz ist dies zum Ausdruck gekommen. Wir waren damals der Meinung, dass die Krise nur von unten geklärt werden kann und haben dies bis zum letzten Augenblick vertreten. Die Wahl des Komitees auf der Reichsvertretung war der letzte Ausweg. Mit dem ist man dem Schreiben der Internationale zurvorgekommen. Aber die selben Genossen, die dem damaligen P.V. angehörten, unternehmen jetzt Vorstoss auf Vorstoss. Forst hat sondiert. Während man auf der vertrauensmännerkonferenz die Sache zu regeln suchte, Neurath erklärte, dass die Genossen in Deutschland draussen arbeiten, waren Tomann und Wertheim schon wieder auf dem Wege nach Wien. Was die Ausfälle des Gen. Rihs gegen Gen. Frey betrifft, so muss jeder feststellen, dass er ohne die geringsten Einwände von Oesterreich fort ist. Gegenwärtig ist die Situation doch so, dass Frey und Friedländer nicht hier sind, während alle drei Genossen der anderen Richtung sich hier aufhalten.

Gen. Neurath ersucht ums Wort, da er abreisen muss. Genossin Schorr ist dagegen. Es entpinnst sich eine Debatte, in der Ketzlik erklärt, dass dieser Zustand unhaltbar ist. Neurath soll ständig hierbleiben, man kann nicht immer mit Unterbrechungen arbeiten.

Neurath: Auch in bin dafür, dass meine Sache endgültig geklärt wird - Was Rihs sagt, sagt er im Interesse der Partei. Aber ich muss hier erklären: Wenn Sie auf dem letzten Parteitag einen 90 %igen Sieg davontrugen, so ist dies ein Sieg, an dem ich zu 90 % beteiligt war. Niemals hättet Ihr die Briefe herbekommen zur oesterreichischen Frage, wenn ich nicht in Moskau gesessen wäre. Man hatte zu mir Vertrauen und wenn ich jemals einseitig war, so war ich es damals, aber nicht zu Gunsten Freys. Ich bin auch heute zu keiner andern Meinung gekommen. Wenn gewisse Genossen es glauben, dann ist es eine Erfindung von Ihnen. Ich muss mich schon fragen, steht dann die Sache dieser Genossen wirklich so schlecht? Ich werde jederzeit dagegen protestieren, dass Frey hier die Führung übernimmt. Ich halte ihn nicht für fähig dazu. Die betrifft den Gen. Frey, aber nicht die Genossen, die seiner Richtung angehören. Jetzt gilt es, die Partei zu retten. Von dem Grundsatz lasse ich mich leiten. Es war niemals meine Absicht, die Genossen einer andern Richtung vorzuziehen. Ich war dafür, nicht nur die Genossin Strasser, so darn auch den Gen. Strasser herzubrufen, habe aber gesehen, dass dies nicht geht. Tomann habe ich vor seiner Abreise erklärt, dass jetzt die Situation so ist, dass er weg muss. Aber wenn die Verhältnisse anders sein werden, wird sich ja reden lassen. Auch für Polzer habe ich getan, was möglich war. Was die Abfahrt Freys betrifft, so ist das, was Rihs sagt, nicht richtig. Ich war selbst der Meinung, dass Frey, wenn er wo anders arbeiten soll, tausend Differenzen haben wird. Aber er arbeitet jetzt doch. Was die Exterritorialität betrifft, so ist das eine Fabel. Es gibt/ in der Frage Tomann-Wertheim noch einen Ausweg. Wenn Sie uns aber auch hier entgegen-treten werden, dann sagen wir, dass die Vertreter mit den gesunden Elementen in der Partei den Kampf aufnehmen werden. Wir werden die Tatsachen der Rückkehr der Komintern mitteilen. Sie soll die Genossen

nach Moskau zu ihrer persönlichen Verantwortung berufen. Bis dahin verbieten wir den Genossen jede Einmischung in die Angelegenheiten der K.P.Oe. Wir werden nur jenes Material nach Moskau schicken,

das von allen Genossen der Parteileitung geschildert ist. Für die ganze
Anwesenheit müssen die Genossen verpflichtet werden, jeden Verkehr mit
Parteigenossen zu unterlassen.

Stawa: Meine Empfindung ist, dass die beiden Genossen tatsächlich einen Disziplinbruch begangen haben. Was Frey betrifft, so hätte er damals schon ausgeschlossen gehört. Man hat ihm eine wichtige Funktion anvertraut und er hat sie weggeworfen. Ich habe ihn damals für einen bezahlten Hackenkreuzler gehalten und er ist es meiner Ansicht heute noch. Es wäre Pflicht der Internationale gegen ihn vorzugehen. Wertheim und Tomann hatten kein Recht zurückzukehren. Selbst wenn sie dort im Elend gelebt haben, mussten sie auf ihrem Posten bleiben. ~~MAX~~ Als Kommunisten haben sie meine Achtung verloren. Ich bin für den Ausschluss der beiden Genossen. Aber jetzt haben wir noch einen anderen Genossen. Friedländer wurde in eine Heilstätte geschickt. Nach er wird nach Oesterreich zurückkehren und wir werden wieder dasselbe erleben. Er hat sogar um seine Entlassung aus dem Angestelltenverhältnis angesucht. Erst geht er auf Kosten der Partei auf Urlaub, dann tritt er als Angestellter aus. Auch Friedländer gehört meiner Ansicht nach ausgeschlossen. Ich stimme dem Vorschlag des Gen. Neurath zu, es soll aber auch das Material über Friedländer nach Moskau gesandt werden. Mit solchen Führern hat die K.P.Oe. nichts mehr zu tun. Ich lehne es aber ab, irgend ein Dokument zu unterschreiben.

Katzlik: Zu dem Vorschlag, die beiden Genossen nach Moskau zu senden, habe ich dieselbe Auffassung wie Gen. Fiehs. Es waren schon einmal zwei Vertreter von Fraktionen in Moskau und konnten die Sache nicht regeln. Wenn die Genossen nach Deutschland geschickt wurden, so musste auch Bedarf für sie vorhanden sein. Dies scheint aber nicht der Fall. Wenn die Genossen einverstanden sind, so bin ich dafür, sie wegzuschicken. Aber es muss zuerst mit ihnen gesprochen werden.

Fiala: Unsere Aufgabe ist, die Partei bis zu einem Parteitag hinüber zu retten. Ich bin für das schärfste Vorgehen gegen die beiden Genossen, und mir ist es gleich, ob man mich für umgefallen betrachtet oder nicht. Für ihre Familie war gesorgt. In dieser Beziehung waren sie von jeder Sorge befreit. Es mag sein, dass es sich in Deutschland so verhalten hat wie die beiden Genossen schreiben und ich glaube es sogar. Aber das ändert an der Sache nichts. Die beiden Genossen haben wissen müssen, dass ihre Rückkehr der Auftakt zu neuem Kampfe sein wird. Der Ausschluss der beiden Genossen würde dieselbe Wirkung haben als wenn sie hier bleiben. Der Vorschlag des Gen. Neurath ist der einzig mögliche Ausweg.

Schorr: Wenn Tomann sagt, er wird hier in einen Betrieb eintreten, so ist das ein Unsinn. Niemand wird glauben, dass Tomann ohne weitere Arbeit findet. Man kann von einem Führer doch verlangen, dass sie Opfer bringen und auch hungern, wenn es die Verhältnisse verlangen. Gerade Tomann hat immer erklärt, dass für ihn die Disziplin das Höchste ist. Der Ausschluss Tomanns aber ist nicht ohne weiteres möglich. Er hat fünf Jahre in der Partei gearbeitet. Der Vorschlag des Gen. Neurath ist gut, bis aber die Sache durchgeführt ist, vergehen drei bis vier Wochen. Ich bin der Ansicht, dass die Genossen sofort nach Deutschland zurückzukehren haben und dort ihre Abberufung nach Moskau abwarten sollen.

Max: Wir können die ganze Sache nicht vom Standpunkt der K.P.Oe. betrachten. Es wurde ein Beschluss der Internationale gefasst und was die beiden getan haben, ist ein schwerer Bruch der Parteidisziplin. Der Vorschlag Neuraths erscheint mir sehr milde. Wir waren viel schärfer eingestellt in dieser Frage. Die beiden Genossen müssen nach Moskau und eine Besprechung mit ihnen ist überflüssig. Wenn wir aber einen so milden Beschluss fassen, so muss dieser einstimmig gefasst werden, die Genossen müssen sich ehrenwörtlich verpflichten, sich bis zur Abberufung nicht in die Tätigkeit der K.P.Oe. zu mischen.

Schroth: Mit erscheint vor allem wichtig, was Ketzlik gesagt hat. Er meint, man müsse mit Tomann und Wertheim verhandeln, ob sie einverstanden sind, nach Moskau zu fahren. Das ist bezeichnend.

Durch den passiven Widerstand einiger Genossen kommen wir zu keiner Arbeit. Neurath hat versucht, goldene Brücken zu bauen. Trotzdem ich der Ansicht bin, dass endgültig Schluss gemacht werden muss, bin ich für den Antrag des Gen. Neurath. Wir müssen beweisen, dass wir die letzten Möglichkeiten ausnützen. Wir sind noch nicht am Ende. Es sind hier feste fraktionelle Einstellungen vorhanden. Ich bin überzeugt, dass die Forstgeschichte im Einverständnis mit Tomann gemacht wurde. Man versucht die Parteileitung ins Unrecht zu setzen. Ich bin für den Antrag des Gen. Neurath und zwar nicht aus Ueberzeugung, sondern nur, weil wir beweisen müssen, dass wir bereit sind, den Weg bis zum Ende zu gehen.

Schlamm knüpft an die Aeußerung des Gen. Rihs, welche sagt, dass man Rücksichtslos vorgehen soll, an und sagt, dass dies aber gegen Tomann und Wertheim ~~KEKKE~~ zu gelten hat. Er stellt den Zusatzantrag, dass die Parteileitung der Exekutive den Ausschluss der beiden Genossen vorschlägt.

Rihs spricht dagegen und erklärt, dass es selbstverständlich ist, dass es eine Disziplin geben muss, aber diese hätte schon früher gewahrt werden müssen.

Max stellt nachfolgende Anträge im Sinne des Gen. Neurath:

1. Das Zentral-Komitee sieht in der Anwesenheit der beiden Genossen einen Bruch der Parteidisziplin und fordert ihre sofortige Abreise nach Moskau zum Zwecke ihrer Verantwortung.

2. Das Z.K. verbietet den Genossen jede politische Tätigkeit und Beteiligung in die Partearbeit bis zum Tage der Abreise.

Zusatzantrag Schorr: Die beiden Genossen sollen sich bis zu ihrer Abreise nach Moskau in Berlin aufhalten.

Antrag Schlamm: Ausschlussantrag an die Exekutive wird gegen die Stimme Schlamm abgelehnt.

Für die beiden Anträge Max stimmen die Genossen Stava, Schroth, Schlamm, Fiala, gegen Ketzlik und Rihs.

Zusatzantrag der Genossin Schorr wird abgelehnt.

Schluss der Sitzung am 1/4 12 1920.

Vorsitzender

Schriftführer:
Claschmann

Anwesend: Ketzlik, Stava, Schroth, Fiala, Riens, Schlamm, Donauer, Neurath, Max.
Vorsitz: Schroth

Tagessordnung:

1. Verlesung der Protokolle
2. Bericht des Büros
3. Eventuelles.

Donauer: verliest die Protokolle der letzten P.V.Sitzung.

Ketzlik: bemerkt hierzu, dass er nicht gesagt habe, er habe gegen Neurath von Haus aus Misstrauen gehabt, sondern nur auf Grund seiner Einstellung.

Schlamm: ersucht richtigzustellen, dass er den Antrag der Gen. Tomann und Wertheim nur gestellt habe, weil über ihre Abberufung nach Moskau kein einheitlicher Beschluss zustande kam.
Die Protokolle werden genehmigt.

Runge: erstattet einen Informationsbericht über die Kontrolle in der Administration. Es ist notwendig, den Genossen Kohn aus Reichenberg zur Mitarbeit bei der Kontrolle herüberzuerufen.

Neurath beantragt, zu beschliessen, dass die Kündigungen für Hünecke und Paulik für 31. Dezember aufrecht bleiben und die Gen. mit diesem Tage aus dem Dienstverhältnis treten. Die Gen. Sip und Rothe haben bis zur endgültigen Klärung in der Administration den Dienst zu versehen.

Wird einstimmig angenommen.

Donauer berichtet über die Angelegenheit des Gen. Spitz und verliest eine Zuschrift desselben.

In der Diskussion, die sich daran schliesst tritt Gen. Schrott gegen Fiala für die Beantwortung dieses Schreibens ein.

Gen. Schorr schlägt vor in einem Antwortschreiben richtig festzustellen, dass die Kündigung ihm gegenüber ausgesprochen wurde und ihm mitzuteilen, dass seine verschiedenen Anwürfe in der Sitzung der Partelleitung richtiggestellt wurden.

Ketzlik ist dafür, dass man seine Erklärung von dieser Partelleitung keine Beiträge anzunehmen, zur Kenntnis nimmt und daraus die Schlussfolgerungen zieht.

Vorschläge Schorr und Ketzlik werden angenommen.

Donauer verliest die Zuschriften der Gen. Tomann, Wertheim und Friedländer.

Ketzlik erstattet bei dieser Gelegenheit einen Bericht über die Vorgänge auf der letzten Blockkonferenz, der von den Gen. Max und Riens ergänzt wird. Einige Gen. stellten dort die Anfrage, was mit Tomann geschehen soll und verlangten, dass er hier bleibe. Es kam zu Tumultszenen und die Konferenz musste geschlossen werden.

Max stellt fest, dass Ketzlik versucht habe beide Teile zu beruhigen. Max ist der Meinung, dass der fraktionelle Kampf von einigen Genossen wieder aufgenommen wird.

Neurath: wir sind so weit als möglich gegangen, aber die Grenze ist jetzt erreicht. Die Partelleitung muss zeigen, dass sie die Kraft hat die Verbrecher an der Partei zur Verantwortung zu ziehen. Ueber Tomann und Wertheim hat Moskau zu entscheiden, wir müssen den Termin für ihre Abreise festsetzen. Wenn Genosse Koritschoner nicht beweisen kann, dass er krank ist, so muss auch er sofort weg. Ebenso hat Friedländer sofort nach Deutschland abzureisen. Ich bin der Meinung, dass der Parteitag so rasch als möglich einberufen werden muss. Es muss sich zeigen, ob die Wahrheit der Partei mit jenen ist, die die Partei gesunden whnen oder mit jenen Verbrechern, die die Partei zerschlagen wollen. Ich habe mit Gen. Brandler Verbindung hergestellt, er teilte mir mit, dass die Aussagen der Genossen Tomann und Wertheim das Gegenteil der Wahrheit sind. Er stellte fest, dass die Gen. zwei Tage nach ihrer Ankunft mit Brandler sprachen, und Tomann

Die Gewerkschaftsabteilung, weiterhin der Propagandaabteilung zugeweiht werden. Genosse Brandler hat mir diese Erklärung schriftlich bestätigt. Auch die Darstellung über die finanzielle Seite ist unrichtig. Ich beantrage, dass ein Rundschreiben an die Mitglieder ergehen soll, worin dieselben über den Zustand der Partei unterrichtet werden.

Ketzlik schlägt vor, den beiden Gen. den Betrag der Arbeitslosenunterstützung zu geben, wie es auch für die anderen gekündigten Genossen beschlossen war. Auch ich bin für die sofortige Einberufung eines Parteitag. Wenn die Mitgliedschaft entschieden hat, dann soll die Majorität rücksichtslos handeln. Ich bin dagegen die Genossen nach Moskau zu senden. Ich fordere noch einmal und beantrage, dass die Parteileitung beschließen soll, dass Genosse Neurath ständig in Oesterreich bleiben und hier mitarbeiten soll.

Schlamm polemisiert gegen Ketzlik. Ein Parteitag soll einberufen werden, aber es kann nicht geduldet werden, dass man schon von vornherein erklärt, dass die Majorität die Minorität vergewaltigen wird. Ich bin dafür, dass die Gen. Tomann und Wertheim innerhalb einer kurzen Frist abzureisen haben, Friedländer soll gleich den beiden anderen Genossen behandelt werden.

Stava erklärt, dass er den Eindruck habe, dass auf der Blockkonferenz ein arrangierter Vorstoss unternommen wurde. Da die Mitglieder über die Abberufung Tomanns unterrichtet waren, so war eine Anfrage ganz überflüssig. Ich habe den Eindruck, dass Genossen am Werke sind, die die Partei zerschlagen wollen. Sollte in den nächsten P.V. Sitzung wieder diese Sache behandelt werden, so werde er weiterhin nicht mehr erscheinen. Ich beantrage, dass die Genossen Tomann und Wertheim innerhalb 10 Tagen nach Moskau abzureisen haben. Bis dorthin soll den Gen. der halbe Lohn ausbezahlt werden.

Fiala: Wir müssen nur uns voll und ganz auf den Boden der Moskauer Resolution stellen. Friedländer muss sofort nach Deutschland geschickt werden, ebenso Koritschoner, wenn es möglich ist. Ich bin gegen einen Parteitag in der jetzigen Situation. Um unsere Arbeit bewältigen zu können beantrage ich; Alle aussergewöhnlichen Vorfälle sollen in ausserordentlichen P.V. Sitzungen behandelt werden.

Donauer unterstreicht die Ausführungen Neuraths und die Unterredung mit Brandler, tritt für den Ausschluss Friedländers ein, man kann aber gegen ihn jetzt nicht anders vorgehen als gegen Tomann und Wertheim. Wenn er aber nicht sofort nach Deutschland fährt, muss er ausgeschlossen werden. Tomann versucht so wie Friedländer das Anstellungsverhältnis zu lösen um dann in Wien zu bleiben. Das muss zurückgewiesen werden. Ich bin für die Einberufung des Parteitages.

Riehs: In der Sache Tomann steht Behauptung gegen Behauptung. Man kann Disziplin verlangen in organisatorischen, taktischen und politischen Fragen, aber nicht in allen persönlichen Fragen. Tomann hat fünf Jahre in der Partei gearbeitet. Seine Verwicklung werden die Arbeiter nicht verstehen. Ich bin für die Einberufung des Parteitages, aber gegen die Anträge des Gen. Stava.

Kallischer ist dafür, mit den Gen. zuerst zu sprechen und tritt für die Einberufung des Parteitages ein. Wendet sich gegen die Ausführungen des Gen. Ketzlik über Majorität und Minorität. Gegen das Rundschreiben habe ich Bedenken, es könnten die Gegner Gelegenheit haben, dasselbe auszunutzen.

Schrott hält das Rundschreiben für wichtig, aber nicht genügend. Beantragt, dass Mitgliederversammlungen abgehalten werden, in denen über die Situation in der Partei gesprochen werden. *voll*

Schrott ist gegen die Einberufung eines Parteitages, obwohl er der der festen Überzeugung ist, dass die Gen. Ketzlik und Riehs auf einem solchen glatt geschlagen würden.

Max tritt für den Antrag des Genossen Stava ein. Ketzlik ist einige Male gegen die Vertreter aufgetreten, jetzt beantragt er, dass Neurath ständig hier bleibe. Wir müssen die Demission des Gen. Neurath der Internationalen vorschlagen.

Es wird hierauf zur Abstimmung geschritten.

Antrag Neurath: ein Rundschreiben soll an die Lok. Org. ergehen, dass die Mitglieder über die Krise unterrichtet- wird einstimmig angenommen.

Ketzlik: Die Parteileitung beschliesst, dass Gen. Neurath ständig in der K.P.Oe. mitzuarbeiten hat. einstimmig angenommen.

Stava: Die Gen. Tomann und Wertheim haben innerhalb 10 Tagen nach Moskau abzureisen. Bis zu ihrer Abreise beantrage ich, den Gen. den halben Lohn zu bezahlen. Für den Antrag stimmen: Schrott,

Schlamm; gegen: Ketzlik und Riehs.

Fiala: In Zukunft sind ausserordentliche ~~R.V.~~~~Sitzungen~~ Vorfälle in
ausserordentlichen P.V.Sitzungen zu behandeln. Einstimmig angenommen

Schorr: Es soll in Mitgliederversammlungen über die Krise in der Partei
gesprochen werden Einstimmig angenommen

Max: Ketzlik ist nicht ganz offen. Wir müssen erklären, wenn alle unsere
Massnahmen illegal durchkreuzt werden, so werden wir den Kampf bis zu Ende
führen.

Die Sitzung wird um 11 Uhr geschlossen.

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

der Sitzung der Parteileitung am 31. Dez. 1923.
(Fortsetzung vom 29.)

Anwesend: Schrott, Ketzlik, Fiala, Rihs, Richter, Schorr, Donauer, Neurath und Max; später Kallischer. Vorsitz: Rihs

Fortsetzung des Berichtes des Büros. Nach einer längeren Diskussion wird der Vorschlag des Büros, den Gen. Ketzlik als Angestellten der Partei zu übernehmen, angenommen. Nach aussen gilt Gen. Ketzlik als Angestellter der revolutionären Blocks.

Vorschlag der Landesorganisation Steiermark, in Obersteiermark eine Versammlungscampagne durchzuführen, wird im Prinzip zugestimmt. Über die Einzelheiten soll vorher eine gründliche Aussprache erfolgen. Die Referenten ~~XXXXXX~~ werden von der Zentrale gestellt, die Kosten vom Reich gedeckt.

Bericht des Gen. Fiala über die Erledigung der Wr. Neustädter Angelegenheit wird zur Kenntniss genommen.

Vorschlag des Büros bezüglich der Änderung der Zusammensetzung der Kommission zur Vereinigung der J.K.P. und J.A.G. wird zur Kenntniss genommen. Genossin Schorr beantragt, dass diese Sache Anfangs der nächsten Woche erledigt wird. Wird angenommen.

Zuschrift des Gen. Meth welche die Verleumdungen die Gen. Schlessinger gegen Meth und Hümeke vorgebracht haben soll, behandelt, wird dem Parteiweg zugewiesen. Sollten nach der Untersuchung der Misstände in der Administration gegen Schlessinger eine Untersuchung eingeleitet werden, so wird dieses Schreiben der betreffenden Kommission zugewiesen, wenn nicht so muss Meth selbst ein Schiedsgericht gegen Schlessinger ~~XX~~ verlangen.

Es wird beschlossen, dem Gen. Schönhof einen Teil des zu fordernden Betrages zu bezahlen.

Gen. Paulik ersucht die Parteileitung, im den Betrag der ~~XXXXX~~ Arbeitslosenunterstützung für die drei Monate auf die er Anspruch hat, im Voraus zu bezahlen. ~~Gen.~~ Neurath schlägt vor, dass Gen. Rihs mit Paulik sprechen soll nachher soll diese Angelegenheit vom Büro erledigt werden.
Wird angenommen.

Gen. Runge berichtet über das Resultat der Untersuchung in der Administration.

Fiala fragt an, ob Runge den Eingrük habe, dass hier Gelder weggekommen seien. Runge verneint dies. Sip spricht über den Belstand, dass beim Beschickung der Trafiken sogrosse Verluste zu verzeichnen sind. Dies ist nur dann zu beiseitigen, wenn wir die Auflagen in den Trafiken erhöhen. Dies kann aber nur durch die in Aussicht genommene Aktion für die Presse geschehen.

In der sich entwickelnden Debatte fordert Max, dass festgeste werde, was die Partei insgesamt an Rückständen zu bezahlen ~~XX~~ habe, betont Rihs, dass Schlessinger selbst um seine Entlassung angesucht habe und erklärt Neurath, dass die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden müssen. Den grössten Teil der Schuld habe aber der frühere P.V.

Fiala stellt fest, dass einigemale berichtet wurde wie über die Administration und alles für richtig befunden wurde. Nachdem vier Genossen in der Administration gebraucht werden, und nur zwei gegenwärtig arbeiten, müssen noch zwei Genossen aufgenommen werden. Der Vertrag mit Lang bezüglich der Rotationsmaschine soll gekündigt werden.

Kalischer Ich lehne jede Kugel ab, auch eine solche an den ~~gewesenen~~ P.V. Die Hauptschuld trägt Schlesinger, wir müssen persönliche Verantwortung verlangen.

Ketzlik stellt fest, dass bereits vom alten P.V. diese Untersuchung eingeleitet ~~wurde~~ und auch die Kündigung vom alten P.V. ausgesprochen wurde. Im selben Sinne spricht Riehs. Es wird beantragt, dass ~~das~~ Büro habe die Schuldfrage schriftlich zu formulieren. Einstimmig angenommen.

für
Sip schlägt Szallay vor die Katasterführung.
Neurath ist dagegen, da er ihn für fraktionelle belastet halt. Es wurde anfangs gesagt, dass ein ausländischer Genosse angestellt werden soll. Genosse Steckbauer ist aus der Tschechoslowakei ausgewiesen worden und erkönnte hier verwendet werden.

Max schlägt vor die persönlichen Fragen hier nicht zu behandeln und erst mit Runge und ~~Schlesinger~~ Sip darüber zu sprechen.

Schrott schlägt vor Szallay ein bis zwei Wochen provisorisch anzustellen. Einstimmig angenommen.

Das Büro hat bis zur nächsten P.V. Sitzung in dieser Sache Vorschläge zu machen.
Sip bringt zur Kenntnis, dass Genosse Paulik der Administration einen Betrag von 133.000.- Kr. schuldet. Er ist der Meinung, dass derselbe von ihm unbedingt zu verlangen ist. Die Genossen schliessen sich dieser Meinung an und wird dem Büro zur Erledigung überwiesen.

Kalischer spricht zur Kündigung des Vertrages mit der Druckerei Lang. Wir müssen in Betracht ziehen, dass wir keine grosse Auswahl haben. Auf jeden Fall müssen wir erst einen Sachverständigen über diese Angelegenheit urteilen lassen.
Schrott Im Vertrag ist festgelegt, dass ein Hilfsarbeiter angestellt werden muss und nur in seiner Gegenwart die Maschine verwendet werden darf. Ich beantrage daher, dass diese Klausel ~~aufgehoben~~ ausgenützt und ein Hilfsarbeiter angestellt wird. Dafür spricht auch Ketzlik.

Der Antrag wird angenommen.
Sip gibt dafür sich erst um eine Druckerei umzusehen und dann beide Verträge (Rotationsmaschine und „R.F.“) zu kündigen.

Sip wird beauftragt sich um eine neue Druckerei umzusehen und Erkundigungen einzuziehen ~~über~~ der Betrag der gegenwärtig für die „R.F.“ bezahlt wird nicht zu hoch ist.

Kalischer meint, man solle trachten eine Druckerei zu finden, bei der man sich durch Beistellung der Rotationsmaschine als Teilnehmer beteiligen kann.-- Genosse spricht dann über die Verhältnisse in der Redaktion. Meine persönliche Doppelstellung ist nicht länger aufrecht zu erhalten. Ich kann nicht die Verantwortung über das Blatt übernehmen, wenn ich nach meiner Arbeit im Büro vollkommen verbraucht abends in die Redaktion komme. Ich nehme meine Arbeit zu gewissenhaft, bin immer bis 1 oder 2 Uhr nachts in der Redaktion. Schon aus dem Grunde, weil ich das nicht auf die Dauer leisten könnte, muss die Sache geändert werden. Wir müssen uns gut überlegen ob wie ein Parteiorgan oder eine gute Zeitung haben wollen. Was den gewerkschaftlichen Teil der Zeitung betrifft, so bin ich der Meinung, dass es hier sehr krankt. Ich halte Haidt für einen tüchtigen Genossen, seine Artikel sind aber wahrscheinlich infolge Zeitmangel gänzlich unzulänglich. Irgend in einer Form muss hier Abhilfe geschaffen werden. Ich schlage vor ein Verhältnis herzustellen wie bei Mänkes und Baral. Haidt könnte als Redakteur bleiben und ein anderer Gen. sollte ihm unterstellt werden. Ich schlage hier Meth als Wirtschaftsredakteur vor. Sollte das nicht möglich sein, dann müsste man einen anderen Genossen bestimmen.

Neurath beantragt Vertagung der Sitzung. Diese Angelegenheit soll in der Bürositzung am Mittwoch erledigt werden.

Schluss der Sitzung $\frac{1}{2}$ 9 Uhr.

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

Protokoll

über die Sitzung der Parteileitung vom 4. Jänner 1924.

Anwesend: Fiala, Rihs, Ketzlik, Schrott, Schlamm, Stava, Schorr, Max, Neurath.

Vorsitz: Stava

Tagesordnung: 1. Presseaktion. 2. Finanzielles. 3. Eventuelles.

I.

Fiala berichtet über die in der Bürositzung vom 3. ds. beschlossenen Vorschläge zur Durchführung einer Presseaktion.

Schlamm Die Presseaktion ist notwendig. Vor allem muss die Zeitung besser werden. Ich schlage vor, die Aktion um eine Woche zu verschieben, da in der Woche vom 13. bis 20. in Verbindung mit der Liebknecht Feier eine Werbeaktion der Jugend durchgeführt werden soll.

Rihs ist für den Antrag Schlamm. Die Presse muss lebendiger gestaltet werden. Es soll nicht eine grosse Aktion durchgeführt werden, sondern die Betriebe Sprengelweise bearbeitet werden.

Fiala In der Provinz würde die Aktion erst begonnen, bis sie in Wien bereits zu Ende geführt ist.

Richter ist für den Vorschlag des Genossen Rihs, die Betriebe Sprengelweise zu bearbeiten. Wir müssen aber imstande sein die Presse zu verbessern. Bei der Aktion soll womöglich das Abonnement monatlich eingehoben werden.

Max hält die Zeit für sehr günstig. Wir müssen auch bedenken, dass wir die finanzielle Lage der Presse heben müssen.

der 1

In weiteren Debatte beteiligen sich die Genossen Stava, Schrott, Ketzlik, Rihs, Stava tritt für die Verbesserung der Presse ein, die anderen drei Genossen sprechen für die Teilung der Aktion. Erst müssen wir alle Parteimitglieder kontrollieren, ob sie die Zeitung beziehen, wenn dies der Fall ist können wir uns dann an die aussenstehenden wenden. Für die Teilung ist auch Gen. Schorr, jedoch soll sie terminisiert vorgenommen werden. Schlamm spricht sich gegen die Teilung der Aktion aus.

Neurath Ich halte es für notwendig sofort mit der Aktion zu beginnen. Wir werden trachten das Blatt besser auszugestalten.

Fiala Die Kritik an der Zeitung soll nicht über unsere Sitzung hinausdringen. Eine Teilung der Aktion ist sehr schwierig. An der Aktion müssen alle Mitglieder der Partei bis zu den Mitgliedern der Parteileitung mitarbeiten.

Antrag Schrott Die Aktion um 14 Tage hinauszuschieben, wird abgelehnt

Antrag Schlamm Die Aktion um eine Woche zu verschieben, wird ~~er~~ angenommen.

mit dem Grossantrage soll am Montag den 14ds.
eine Sitzung der Parteileitung mit Pressekommission
und Redaktion stattfinden, anschliessend die Aktionen
gemäss den Vorschlägen des Büros.

II.

Schrott

berichtet über die finanzielle Lage der Partei.
(Siehe Budgetbeilage.)

Schlamm

es sollen Kunstabende und Zwecksteuern zur Finanzierung
der Partei veranstaltet und durchgeführt werden.

Max

Der Bericht des Gen. Schrott zeigt uns am deutlichsten, wie
krank die Partei ist. Wir müssen imstande sein, die Ein-
nahmen der Partei zu erhöhen.

Riehs

ist gegen dieses Budget. Wir sind nicht wert unterstützt
zu werden.

Fiala

polemisiert gegen Riehs und tritt für das vorgeschlagene
Budget ein.

Katzlik

ist der Meinung, dass der Schwurgerichtsprozess (Presse-
prozess), der wahrscheinlich 5 Millionen Kosten wird, nicht
aufgenommen werden soll.

Max

verlangt, dass das Büro für die nächste Sitzung konkrete
Vorschläge wegen Erhöhung der Einnahmen machen soll.

Riehs

ist gegen die Subvention von 500.000.- Kronen monatlich
an die Soldatengruppe.

Schorr

bedauert, dass Schrott als Referent keine Vorschläge zur
Erhöhung der Einnahmen gemacht hat. Ist gegen die Landes-
sekretäre, für welche die Landesleitungen nicht selbst auf-
kommen können. Fragt an über das finanzielle Verhältnis
der Arbeiterbuchhandlung, es sollen Theaterveranstaltungen
veranstaltet werden, deren Reinertragnis der Partei zu-
fliesst.

Stava

stellt fest, dass vom Landessekretariat Niederösterreich
monatlich 2-3 Millionen einlaufen. ~~Die Ausgaben der~~ Der
Parteiapparat soll auf das Mindestmass beschränkt wer-
den.

Schrott

weist in seinem Schlusswort darauf hin, dass die frühere
Kassierin, Genossin Strömer, die Schulden viel zu niedrig
angesetzt hat. Wir sind von 7 Millionen Einnahmen auf
vier herabgesunken. Es ist dies vor allem auf die Erschüt-
terung der Partei zurückzuführen.

K

Genosse Schrott wird beauftragt, der nächsten Sitzung
ein Budget vorzulegen, welches die verschiedenen Anregun-
gen berücksichtigt.

III.

Das Programm für die Liebknecht-Luxemburg feier wird
zur Kenntnis genommen.

Schlamm

schlägt vor, anschliessend an die Liebknecht-Luxemburg-
feier in allen Lokalorganisationen zur Unterstützung
der Werbeaktion der Jugend Referate über das Verhältnis
der Jugend zur Partei abzuhalten.

Zur 25%igen Erhöhung der Angestelltengehälter soll in der
nächsten Sitzung der Parteileitung Stellung genommen wer-
den.

Schluss 1/2 11 Uhr.

Protokoll der Parteileitungssitzung vom 19. Jänner 1924.

Anwesend: Ketzlik, Fiala, Richter, Schrott, Schorr, Schlämm, Donauer, Marx.

Vorsitz: Fiala.

Tagesordnung: 1. Protokoll und Einlauf.

2. Einberufung des Parteitages.

3. Bericht des Büros.

4. Eventuelles.

I. Bei der Verlesung des Protokolls entwickelt sich eine Debatte über das Vertretungsrecht der Jugendorganisation. Ketzlik und Marx sind dagegen, Donauer schlägt vor, dass nur in dringenden Fällen ein von der Jugendzentrale bestimmter Genosse statt Schlämm den Sitzungen der Parteileitung beiwohnen kann. Dieser Vorschlag wird von Gen. Schlämm zum Antrag erhoben. Und dafür stimmen: Schlämm, Richter, Schrott, dagegen Ketzlik.

Antrag ist angenommen.

Das Protokoll wird genehmigt.
Über eine Zuschrift der internationalen Bauernorganisation entspinnt sich eine längere Debatte. Max hebt die Wichtigkeit der Arbeit unter den Bauern hervor. Kx

Ketzlik schlägt vor, mit dieser Arbeit den Genosse Rothe zu betrauen.

Donauer und Fiala sind dafür, dass dies dem Kommunä- und Agrarsekretariat zugewiesen wird.

Diesem Vorschlag wird zugestimmt.

Fiala verliest eine Zuschrift der K.P.Tsch. in welcher erklärt wird, dass Genosse Neurath nicht ständig in Wien arbeiten kann, auch nicht bis zum Parteitag. In einem beiliegenden Schreiben sagt Genosse Neurath dasselbe. Fiala bemerkt anschliessend, dass es sehr bedauerlich ist, dass Neurath keine Zeit habe gleichzeitig aber in seinem Schreiben von einer Reise nach Berlin und von Beschaffung eines Visums in die Schweiz spricht. Die Abhaltung von Konferenzen in der Provinz, welche Neurath in seinem Schreiben vorschlägt, hält Genosse Fiala nicht für zweckmässig. Fiala tritt zum Schlusse für die Berufung Strassers nach Wien ein.

Marx schlägt vor, sich nochmals an die K.P.Tsch zu wenden, da in der nächsten Woche in einer ausserordentlichen Sitzung über die Einberufung gesprochen werden muss. Ist unbedingt notwendig, dass Genosse Neurath herkommt.

Ketzlik hebt hervor, dass Genosse Neurath nicht einmal seinen Verpflichtungen, einige Tage in der Woche hier zu arbeiten, nachkommt. Wir stehen vor einer wichtigen Presseaktion. Neurath kann nicht als ständiger Mitarbeiter für die Presse in Betracht kommen. Ketzlik beantragt daher, dass die Parteileitung beschliesst, Genossen Strasser nach Wien zu berufen.

Schorr ist dafür bei dem alten Beschluss zu bleiben. Strasser soll herberufen werden, um mit ihm zu verhandeln.

hat

Schrott Wenn die Internationale 5 Genossen weggeschickt, so muss sie die der Partei entzogenen Kräfte wieder ersetzen. Es sollen dies Genossen sein, die nicht fraktionelle belastet sind.

Vor dem Parteitag dürfen wir uns keine Experimente erlauben. Ich bin daher gegen die Berufung Strassers.

Donauer

Mit der Lösung der Tomannfrage sind grosse Teile der Partei nicht einverstanden. Es gehen Gerüchte in der Partei herum, dass Tomann am Parteitag hier sein wird. Eine Berufung Strassers wird in der Partei schwere Konflikte herbeiführen. Ueber alle diese Fragen muss der Parteitag entscheiden.

Marx

spricht für die Berufung Strassers.

Schlamm

ist gegen Strasser. Er war der schärfste Exponent einer Fraktion in Moskau, hat dort auf das Schärfste gegen die Opposition Stellung genommen. Man hat in Deutschland 75% der Kräfte abbauen müssen. Es muss möglich sein, einen Genossen davon für die K.P.Oe. freizubekommen.

Schorr

beantragt, die Entscheidung über diese Sache bis zur nächsten Sitzung der Parteileitung zu verschieben, da heute nicht alle Genossen anwesend sind.
Für den Antrag stimmt: Ketzlik gegen Schrott und Richter.

Antrag ist abgelehnt.

Antrag Schorr, welcher noch einmal fordert, dass Neurath bis zum Parteitag ständig hier arbeite,

einstimmig angenommen.

Antrag Ketzlik: Strasser herzubrufen. Dafür stimmt: Ketzlik, dagegen Richter, Schlamm, Schrott.

Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag Schlamm: Die Parteileitung hat sofort an die Zentrale der K.P.D. zu schreiben, dass ~~Genossen~~ von den freigeordneten Kräften in der K.P.D. Genossen der K.P.Oe. zugewiesen werden.

einstimmig angenommen.

Donnerstag solle eine ausserordentliche Parteileitungssitzung, stattfinden welche sich mit der Einberufung des Parteitages befasst und zu der Genosse Neurath herberufen wird.

Für die Jugendversammlung wird als Referent der Partei Genosse Fiala bestimmt. Zur Landeskonferenz Niederoesterreich wird Schrott delegiert.

II. entfällt.

III. Ueber die Fälschungen der Bücher durch Genossen Paulik berichtet Genosse Sip.

Sip:

Bisher wurde festgestellt, dass Paulik in einem Buche um 456.000.- Kronen die Partei geschädigt habe. Die anderen Bücher sind unauffindbar. Paulik wurde vorgeladen und gestand sip, dass er die Partei um oca. 1.2 Millionen geschädigt habe. Auf die Frage, wohin die anderen Bücher hingekommen seien, erklärt er, dies nicht zu wissen. Paulik rechtfertigte sich damit, dass er nach dem Einbruch in der Zentrale das Geld immer mit nach Hause genommen habe. Bei dieser Gelegenheit wurde ihm einmal ein grösserer Betrag gestohlen. Er versuchte denselben durch Aenderungen in den Bücher heranzubringen und ~~will~~ wollte den Betrag später der Partei zurückzahlen. Paulik richtet an

die Partei in einem Schreiben das Ersuchen, von einer Anzeige abzusehen und die Anfrage, ob er weiter in der Partei bleiben und Funktionen bekleiden könne. Sip ist dafür, Paulik auszuschliessen und die Anzeige zu machen.

Schorr

ist gegen eine Anzeige.

Richter

ist für das schärfste Vorgehen. Wir müssen endlich solche Leute in der Partei erledigen. Schrott und Donauer sind ebenfalls für die Anzeige.

Marx

Wir müssen sofort veröffentlichen, dass Paulik wegen schwerer Schädigung der Partei ausgeschlossen wurde. Ueber die Anzeige müssen wir noch sprechen, er könnte uns vor Gericht grossen Schaden zufügen.

Riehs

ist für den sofortigen Ausschluss und gegen die Anzeige.

Fiala

wäre für die Anzeige, sie könnte aber schwere Folgen für die Partei haben.

Antrag; auf sofortigen Ausschluss

einstimmig angenommen.

Antrag: den Fall der Polizei zu übergeben,

wird abgelehnt.

Wegen der Ausschlussformel soll Fiala mit Genossen Schönhof sprechen. Paulik soll aufgefordert werden, sein Versprechen auf Rückzahlung des veruntreuten Betrages, einzulösen.

Mayer
(Baden)

Der für die Landesleitung Niederösterreich erschienen ist, Marx erstattet den Kassa- und organisatorischen Bericht. Die Lokalorganisationen erholen sich vom dem Rückschlag, den die Parteikrise und der Wahlausgang verursacht hat. Wir sind von 3700 Mitgliedern auf 2700 zurückgegangen. Die Konsolidierung geht vor sich, für die nächste Zeit haben wir aber die Hoffnung uns selbst erhalten zu können. Wir schulden gegenwärtig der Parteikasse 8 Millionen und ersuchen, uns diesen Betrag zu stunden, da wir sonst das Sekretariat auflösen müssten. Ueber die Abrechnung muss die Parteileitung einen Beschluss fassen. Der Kassabericht des Genossen Mayer deckt sich mit dem in der Burzsitzung vom 17. I. dem Präsidium der Landesleitung Niederösterreich vorgelegten Bericht.

Fiala

verliest eine Zuschrift der Landesleitung Oberösterreich, welche ebenfalls um Stundung der Beiträge ersucht, da sie sonst die Kosten für das Sekretariat nicht aufbringen könnten. Obwohl weder Gehalt noch Remunerationen bezahlt werden, belaufen sich diess auf 1,2 Millionen monatlich.

Riehs

ist im Prinzip gegen die Stundung der Beiträge. Mit Rücksicht auf die Organisation soll man aber der Landesleitung Niederösterreich eine Ausnahme machen. In Oberösterreich steht die Sache anders, dort bestehen keine Organisationen.

Donauer

tritt dafür ein, dass beide Landesleitungen unterstützt werden.

Schorr

ist dafür, dass die Schulden gestundet werden, die Beitragsabrechnung muss aber in Zukunft unbedingt durchgeführt werden. Dies gilt für beide Landesleitungen. Das Budget der Landesleitungen soll untersucht werden.

Marx

ist dafür, dass Genosse Schrott oder Genossin Schorr die Landesleitungen aufsuchen und Budget kontrollieren. Vorher soll kein Beschluss gefasst werden.

Vorschlag Marx wird zugestimmt.

Schorr:

bespricht: im Büro über die Herausgabe einer Frauenzeitung zu bestimmen. Die Parteileitung muss endlich dazu Stellung nehmen. Eine Frauenzeitung, die einmal monatlich erscheint, würde nur ein kleines Defizit verzeichnen, das aber durch einen Pressefond hereinzubringen sei. Wir ersuchen die Parteileitung uns neben der Frauenzeitung noch wöchentlich zwei Spalten in der "Roten Fahne" für die Propaganda unter den Frauen zur Verfügung zu stellen.

Ketzlik

hält die Herausgabe einer Frauenzeitung für zu verfrüht. Es sollen erst die organisatorischen Vorbereitungen geschaffen werden.

Schorr

polemisiert gegen Ketzlik. Wir haben keine Gelegenheit unter den Frauen Propaganda zu machen, da sich die "R.F." dazu nicht eignet.

Genossin Schorr beantragt: Die Frauenzentrale gibt ~~monatlich~~ eine Zeitung heraus, die einmal monatlich erscheint. Zwei Spalten in der "R.F." werden weiterhin der Frauenzentrale zur Propaganda zur Verfügung gestellt.

Rischs

beantragt, mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit und da nur mehr 3 Mitglieder der Parteileitung anwesend sind, diese Angelegenheit in der nächsten Sitzung zu erledigen.

wird angenommen.

Schluss der Sitzung 10 Uhr.

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

Tagessordnung: 1. Protokoll, 2. Die innere politische Lage,
3. Bericht des Büros, 4. Eventuelles.

Vorsitz: Schrott.

I. Protokoll wird genehmigt.

II. Wird für die nächste Sitzung die am Dienstag den 5. stattfinden soll, zurückgestellt.

Fiala:
III. Berichtet über die Vorschläge des Büros wegen Änderungen der Redaktion. Neurath wird als Chefredakteur vorgeschlagen. Bis auf die Genossen Maitt, Bergler und Brill sollen alle anderen Redakteure entlassen werden.

Donauer berichtet, dass nur in Bezug auf Gen. Kallischer und ~~XXXX~~ Barral die Kündigung ausgesprochen wurde. Wegen der anderen Genossen soll erst Neurath, nachdem er die Arbeiten in der Redaktion begonnen hat, Vorschläge machen.

Neurath spricht im Sinne der Ausführungen des Gen. Fiala. Die Parteileitung soll diese Sache heute endgültig bereinigen. Wir haben als Mitarbeiter auch den Gen. Grün gewonnen.

Ketzlik: Tritt für die Entlassung des Gen. Samisch ein. Ich bin dafür das Neurath bis zum Parteitag die Chefredaktion des Blattes übernimmt. Wenn aber Neurath abreist oder diese Arbeit nicht ständig führen kann, so soll dieser Antrag rückgängig gemacht und Gen. Strasser herberufen werden.

Neurath ist gegen diesen Antrag. Vor dem Parteitag soll nichts unternommen werden.

Schorr ist für Strasser, schliesst sich aber der Meinung Neurath an. Da bei Kündigungen immer Genossen auf Abfertigungen und andere finanzielle Leistungen Anspruch erheben, soll mit jedem Genossen eine schriftliche Vereinbarung getroffen werden. Die Genossin beantragt ferner: Ein Genosse dem nachgewiesen werden kann, dass er über Beschlüsse und ~~XXXX~~ Berichte andere Genossen informiert, ist für einige Zeit von den Sitzungen auszuschliessen.

Schlamm: Wenn der Redaktionsstab abgebaut werden soll, dann müssen die Genossen die bleiben, allen Aufgaben gewachsen sein. Samisch ist schon lange in der Redaktion tätig und daher allen anderen Genossen vorzuziehen.

Donauer: Es zeigt sich, wo letzten Endes die Sache hinausläuft. Ketzlik hat bereits wieder für Strasser gesprochen. Wir sollen nicht neuerdings Konflikte schaffen.

Riehs polemisiert gegen Donauer, der seiner Ansicht Argumente gegen Strasser zu finden sucht, die nicht vorhanden sind. Wenn wir Genossen finden, dann sollen beide Genossen, Samisch und Bergler, abgebaut werden, wenn nicht, dann Samisch allein. Schlägt als Genossen die zur Mitarbeit heranzuziehen sind, Renner und Meier Hans vor.

Schrott bestätigt, dass nur für die beiden Genossen Kallischer und Barral die Kündigung ausgesprochen wurde. Neurath ist ja jetzt verantwortlich, er soll auch die Genossen vorschlagen. Auch ich bin dagegen dass Samisch jetzt entlassen wird, auch Renner sollte nicht vor dem Parteitag angestellt werden.

Fiala Ich halte Strasser für den einzigen Genossen, der für uns als Leiter der R. F. in Betracht kommen kann und erkläre offen dass ich auf dem Parteitag auch einen diesbezüglichen Antrag stellen werde. Wenn die R. F. besser geworden ist, so deshalb, weil der Redaktionsstab vergrössert wurde. Ich warne die Genossen mit fraktionellen Massnahmen zu drohen. Wenn die Gen. Kampf abstimmungen auf dem Parteitag haben wollen, so werden sie damit das Gegenteil erreichen, Es wird gegen die andere Seite mit brutaler Gewalt vorgegangen werden.

Donauer: Wenn wir von Fraktionen sprechen und erklären wollen, dass wir dagegen auftreten, so müssten wir hier ~~XXXXXX~~ oben schon eingreifen. Stundenlang sitzen die Genossen beisammen, Brodnig versucht Max zu beeinflussen, für die ~~XXXXXXXXXX~~ Änderung der Schlüsselzahl einzutreten. Genossen erklären

Neuzeit

gung der Kommandeure ist und bemühen sich eine Änderung durchzusetzen. Die Drohung des Gen. Fiala ist überflüssig. Eine Vergewaltigung des Parteitagcs durch Fraktionen würde die Zertrümmerung der Partei bedeuten.

Wir haben uns nicht gegen Kallischer ausgesprochen, sondern ihn nach seiner Fähigkeit angestellt. Auch gegen Strasser kann niemand stichhältige Argumente aufbringen.

Die beiden Anträge der Genossin Schorr werden einstimmig angenommen.

Ketzlik zieht seinen Antrag auf Herberufung Strassers zurück.

Antrag des Büros an Stelle des austretenden Gen. Schallei zwei Genossinnen in die Administration aufzunehmen, wird nach längerer Debatte angenommen.

Vorschläge des Büros wegen Beschleunigung der Vorbereitungen für die Gemeinderatswahlen in der Provinz werden angenommen.

Für den Vorschlag des Büros, zu Erledigung einer Grenzdienstangelegenheit Gen. Doubler der kompetenten Stelle vorzuschlagen, stimmen die Genossen Schlamm und Fiala, gegen Ketzlik und Rihs. Schrott entscheidet für, dem Vorschlag wird zugestimmt.

Dem Antrag des Büros, den Genossen Lukasz mit der ~~Verfassung~~ Verfassung eines Leninbroschüre zu betrauen, welche durch die Arbeiterbuchhandlung verlegt wird, wird im Prinzip zugestimmt. Schrott und Schorr sollen mit der Arbeiterbuchhandlung diesbezüglich Rücksprache pflegen.

111.

Ketzlik schlägt vor, Lenin-Verschlussmarken, und für den XIX 1. Mai Lenin-Blankette herzustellen. Dem Vorschlage wird zugestimmt; Schrott und Schorr werden beauftragt Kostenvoranschläge einzuholen.

Zu den Jahresversammlungen Grünbach und Neunkirchen Sonntag den 3. d. wird Donauer delegiert.

Schorr beantragt: Um den verschiedenen Gerüchten entgegenzutreten, erklärt die Parteileitung, dass sie zur Einberufung des Parteitagcs vollstes Vertrauen habe. Nach einer längeren Debatte wird die Formulierung eines solchen Antrages dem Büro zugewiesen.

Donauer: Das Büro wurde beauftragt, die Schuldfrage über die Misstände in der Administration zu formulieren. Es wurde folgender Beschluss gefasst:

Auf Grund einer fachmännischen Prüfung wurde die Buchhaltung und der grösste Teil der Arbeit in der Administration in einem vollkommen chaotischen Zustand vorgefunden. Da es sich hier um schwer herein gebrachte ~~xxx~~ Gelder einer Arbeiter Partei handelt, ist diese leichtsinnige Verwaltung doppelt zu verurteilen. Es wird daher dem Gen. Schlesinger, der verantwortlicher Leiter der Administration war, die ~~xxxx~~ schärfste Rüge ausgesprochen.

Rihs ist gegen diese Formulierung. Man kann Schlesinger keine unehrenhafte Handlung nachweisen, daher ist der Passus von den schwerhereingebrachten Arbeitergeldern zu ~~xxxx~~ streichen. Im selben Sinne spricht Ketzlik.

Donauer: Es ist sonderbar, dass gerade jene Genossen, welche immer als die ehrlichen Arbeiter aus dem Betriebe auftreten, einem Genossen wie Schlessinger vertheidigen. Dadurch kommt es soweit, dass Schlessinger, der allen Grund hat, sich nicht in die Sonne zu wagen, auf Vertrauensmännerkonferenzen auftreten und den Genossen Lehren über ~~xxxx~~ Organisationsfragen gibt. Wenn wir dem nicht entgegenreten, so wird in einiger Zeit Schlesinger wieder in irgendeiner Stellung sein.

Neurath ist dafür, dass die Schuldfrage anders formuliert wird und schlägt vor:

Auf Grund fachmännischer Prüfung wurde festgestellt dass die Administration der R.F., für die Genosse Schlessinger verantwortlich war, vollkommen ~~unzulänglich~~ unzulänglich geleitet und dass die Verwaltung in ~~einem~~ einem chaotischen Zustande angetroffen wurde. Auf Grund dieser Tatsachen spricht der Parteivorstand dem Genossen Schlessinger eine scharfe Rüge aus.

Donauer beantragt: Genosse Schlessinger kann in Zukunft für ~~keine~~ keine Parteienszelle mehr in Betracht kommen.

Gegen den Antrag Donauer sprechen Ketzlik, Riels und Neurath und sind der Meinung, dass die Parteileitung nicht für den späteren P.V. Beschlüsse fassen könne. Für den Antrag ist Schrott, Fiala nur soweit er für die jetzige Parteileitung in Betracht kommt.

Antrag Neurath wird einstimmig angenommen.

Antrag Donauer wird abgelehnt. Dagegen stimmen Riels Ketzlik; Schlamm enthält sich der Stimme.

Schluss der Sitzung 10 Uhr.

Vorsitz:

Schriftführer:

Schlessinger führt in einem Schreiben Beschwerde gegen den Bericht des Genossen Runge, welcher die Verwaltung der Administration überprüfte. Runge habe die Leitungsführung nicht für zweckmässig befunden, sie aber dann doch beibehalten. Er fordert die Annullierung der ihm erteilten Rüge.

Dieses Schreiben wird nicht zumutend beantwortet und in der Tagesordnung fortgeschritten.

Einen Zuschrift des ausgeschlossenen Paulik wird dem Büro zugewiesen.

Genossin Grün sendet einen schriftlichen Bericht über die "Rote Hilfe" und fordert dass die Genossin Prexl, welche über die Verwaltung der Gelder der R.H. Gerüchte verbreitet, von der erteilung verhalten wie diese vor demselben Forum zu widerrufen.

Donauer

erklärt, dass er diesen Bericht kontrolliert, die Genossin Grün sich tatsächlich ehrlich bemüht für die Emigration und bereits Erfolge zu verzeichnen hat, wir müssen der Genossin Grün unser Vertrauen aussprechen.

Max:

Schorr:

Es soll mit der Genossin Prexl gesprochen werden.

Richs:

Es ist nicht notwendig, dass von gesammelten Geldern ein Angestellter bezahlt wird.

Donauer:

Genossin Grün bekommt nur die Hälfte ihres Gehalts von den Einnahmen der Roten Hilfe. Es ist unmöglich, dass die Beschaffung von Schlafstätten, die Interventionen bei der Polizei und viele andere Arbeiten irgend wie anders als durch eine Angestellte bewältigt werden können.

Diese Angelegenheit wird im Sinne Schorr erledigt.

Protestresolution der Lok. Org. Graz wird zur Kenntnis genommen.

Schreiben der Landesleitung Steiermark und Kärnten betreffend Absage des Anbotens auf Einheitsliste für die S.P. wird zur Kenntnis genommen. Es soll dementsprechend in der Presse ausgenützt werden.

Es wird ein Gen. beauftragt, über die Tätigkeit der K.A.P. Erhebung zu pflegen.

Viola schlägt vor in der Sache Wallasch und Gubisboeck ein Schiedsgericht einzusetzen. Es werden die Gen. Schraml, Wallaschek, Mödlagel in das Schiedsgericht bestimmt.

Schluss der Sitzung \pm 11 Uhr nachts.

Vorsitz:

Schriftführer:

J A H R E S - B E R I C H T :

der Landesorganisation Nieder-Österreich der Kommunistischen Partei

für das
Berichtsjahr vom 1. Oktober 1922 bis zum 30. September 1923.

+++++

P o l i t i s c h .

war im Berichtsjahr eine volle Auswirkung im Landesmaßstabe durch die Nichtvertretung im niederösterreichischen Landtag nicht gegeben. Dieser Hebel im Landesparlament fehlte der Partei, um aktiv in der Landespolitik eingreifen zu können. Die Koalition, ferner das Fehlen einer revolutionär proletarischen Opposition im Landtag hat diesen zu einem vollkommenen Klasseninstrument des Grossbauerntums gemacht. Trotz der Koalition im Landtag hatte die arbeitende Klasse nur Nachteile, eine Schlappe um die andere erlitten. Es ist noch kein Schritt zur Demokratisierung der Verwaltung, zur Beseitigung der selbstherrlichen Wirtschaft der Bezirkshauptmannschaften getan worden, das geschaffene Gesetz über die Landarbeiterkrankenkasse ist eine Missgeburt nach dem eigenen Geständnis der Koalitionshelden der S.P., ein systematischer Abbau des fortschrittlichen Lehrerstandes zu Gunsten der Klerikalen ist im Gange, für die Arbeitslosen hatte dieses Scheinparlament nur leere Versprechungen statt wirkliche grosszügige produktive Arbeitslosenfürsorge, das ist so ungefähr das Fazit der Koalition zwischen dem Grossbauerntum und der Sozialdemokratie, aus der die Ersteren auf der ganzen Linie als Sieger hervorgegangen sind.

Niederöst.
Landtag

Eine politische Belebung des Landtages kann nur erfolgen durch Sprengung der Koalition, durch das Eindringen von Kommunisten, die dieser Grossbauernpolitik und der politischen Arbeitsgemeinschaft der S.P. mit der Bourgeoisie eine Politik der arbeitenden Klasse des Land- und Industrieproletariats und des schaffenden Bauernstandes gegenüberstellen.

/Dorf-

In den Gemeindestuben, wo die Partei sich Vertretung erang, konnte sich der Einfluss der K.P. nicht voll auswirken, erstens durch das Fehlen eines festumrissenen Gemeindeprogrammes der Partei wodurch eine einheitliche Politik aller kommunistischer Mandatare im Lande sich als unmöglich erwies, in zweiter Linie durch den Umstand, dass die komm. Fraktionen in den einzelnen Gemeindestuben einer kompakten Mehrheit von Sozialdemokraten und Bürgerlichen gegenüberstanden und jeder Antrag von komm. Seite unter den Tisch fiel. Positive Erfolge und da auch nur im geringen Ausmass, können von Seiten der K.P. Gemeinderäte gebucht werden durch die Initiative und Anträge für die Arbeitslosen, denen Geldbeträge, Lebensmittelsubussen auf Druck der komm. Fraktionen ausgefolgt wurden.

Gemeinde-
räte.

Bei den Neuwahlen in den einzelnen Gemeinden hatte die Partei Erfolge aufzuweisen; an Stimmenzuwachs und etliche Mandate. (Bruck a./d.L. Deutsch-Wagram)

Terror der
Sozialdemokr.

Der offene Terror der Sozialdemokraten gegen die K.P. scheute selbst vor der Verfolgung kommunistischer Gemeinderäte nicht zurück.

Gen. Auf einem organisatorisch schwachen Punkt der K.P. erpresste die S.P. die Mandatniederlegung eines mit der offenen Drohung, ihn sowie seine Familie dem Hunger auszuliefern. Überhaupt lastet der Terror besonders stark auf jenen Genossen, die vereinzelt in abgelegenen Orten ohne organisatorischen Rückhalt dem Machtapparat der S.P. sowie der Gewerkschaftsbürokratie ausgeliefert sind. Sie werden unter ständigen ökonomischen Druck gehalten, von jeder Arbeitsgelegenheit abgesperrt bis sie durch diese Brutalität müde gemacht, entweder zu Kreuz kriechen oder auszuwandern gezwungen sind. Die S.P. scheuen weder Denunziation noch brutale Gewaltanwendung zur Vertreibung der Kommunisten von ihren Arbeitsstellen. Diese Methoden der S.P. hemmen naturgemäß die Ausbreitung der komm. Bewegung im Lande. Die drohend geschwungene Hungerpeitsche ist immer noch ein wirksames Mittel, um die Arbeiter vor dem Anschluss an die K.P. anzuschrecken. Es gehört unter diesen Verhältnissen am Lande eine tüchtige Portion Mut sowie auch Liebe zur Partei, um diesem ständigen Druck standzuhalten und aktiv für die Partei tätig zu sein.

Eine politische Pression auf unsere Mitglieder und Organisationen von Seiten des bürgerlichen Machtapparates ist nur in einzelnen Fällen in agrarischen Gebieten erfolgt. Den Schutz und die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Gesellschaft vor den Angriffen der Kommunisten besorgt in der Regel die Sozialdemokratie.

W i r t s c h a f t l i c h
Arbeitslosenbewegung litt die Arbeiterschaft im Lande unter der ökonomischen Krise. Die seit der Seipelsanierung einsetzende Arbeitslosigkeit erfasste besonders die kommunistische Arbeiterschaft. Der ständige Lohndruck und Kurzarbeit presste die Lebenshaltung des Industrieproletariats auf eine unglaublich tiefe Stufe. Löhne von 100 bis 200 Tausend für Vollarbeiter sind in vielen Orten die Regel, die Entlohnung der Kurzarbeiter stand oftmals unter der staatlichen Arbeitslosenunterstützung selbst. Diese Wirtschaftskrise hat keine Stärkung der K.P. gebracht, wie es manche Genossen erhofften. Im Gegenteil, starke Arbeitslosigkeit oder geringe Verdienst- und Lohnverhältnisse hat die Parteiorganisationen vollkommen passiv werden lassen, einige sind zur Bedeutungslosigkeit zurückgesunken (Winzendorf, Steinabrückl, Vöslau etc.) Selbst die Aktivierung der Arbeitslosenbewegung von Seiten der Partei konnte nur insoweit standhalten in den einzelnen Orten und Bezirken, solange materielle Erfolge zuerreichen waren. Schwand die Hoffnung auf Letzteres, sank die Bewegung in Nichts zusammen. Noch weniger war die Partei in der Lage, die Arbeitslosenbewegung für sich auszuwerten.

Gewerkschaftsbewegung

Wohl die schwersten Schläge erhielt die Partei auf gewerkschaftlichen Boden selbst. Aus rein verkehrstechnischen Gründen war, trotz gutem Willen der Partei und Versuche eine straffe Organisation, die Durchführung der Beschlüsse der Partei und Profintern nicht möglich. Zum Teil ist es diesem Umstande zuzuschreiben, dass die K.P. Niederlagen erlitten überall dort, wo es zum offenen Konflikt mit dem Unternehmertum gekommen ist und diese Kämpfe direkt unter der Leitung der Kommunisten gestanden sind. Die Streiks in Markt, Grünbach, Liesing und zuletzt in Möllersdorf

waren verlorene Kämpfe der K.P. auf wirtschaftlichen Boden, Kämpfe gegen zwei Fronten, gegen das Unternehmertum und die Gewerkschaftsbürokratie, die diese Kämpfe indirekt bis zum Ausbruch des Konfliktes gefördert, um die Arbeiter zuletzt an den Unternehmern auszuliefern und den Einfluss der K.P. zu brechen. Leider verlor die Partei durch diese Kämpfe wichtige Stützpunkte im Lande Niederösterreich. Es war dies eine harte Schule, aus der die Partei in gewerkschaftlicher Taktik gereifter wurde.

Ein Aktivposten auf gewerkschaftlichen Boden ist insofern zu verzeichnen, dass die Partei tatsächlich bei den Landarbeitern Fuss gefasst haben. Es ist ein Gutshof unter komm. Einfluss und zum Teil politisch organisiert (Katherinnenhof bei Fischamend), woselbst auch ein Gemeinderat zur K.P. übertrat. Das Eis wäre somit gebrochen. Die Schwierigkeiten in der Agitation bei den Landarbeitern werden kaum in Kürze bewältigt werden können, da eine straffe Erfassung durch das Fehlen von gut funktionierenden Lokalorganisationen in den agrarischen Gebieten ein Hindernis ist, die den Landarbeitern ständig zur Seite stehen könnten.

Landarbeiter

Organisations-Bericht.

Bericht der Landesleitung.

=====
 27 Sitzungen des Präsidiums der Landesleitung.
 6 Vollsitzungen der erweiterten
 2 Obmännerkonferenzen der Landesorganisation
 1 Betriebsräte & Gewerkschaftl. Vertrauensmännerkonferenz
 2 Landesreferentenbesprechungen.

Organisationsbewegung:

Stand am 1.X.1922	41	Lokalorg.	11	Zahlstellen
Zugang (Gründungen)	5	"	1	"
Verluste	7	"	7	"
Tatsächlicher Verlust	2	"	5	"
Stand am 30.XI.1923	39	"	5	"

Der Verlust an Organisationen ist in drei Fällen durch den Kommunistenerlass in der Wehrmacht verständlich. (Melk, Hainburg, Klosterneuburg). Drei weitere Organisationen sind durch das Versagen der verantwortlichen Funktionäre eingegangen. Trotz Versuche war eine Wiederaufrichtung nicht möglich, da die Verständigung erst nach der Auflösung erfolgte. Benfurth ist eingegangen durch die Parteikrise, da der Gründer nach dem Parteitag zur S.P. übergetreten ist. Der Verlust der Zahlstelle ist erfolgt durch die Abreise der Vertrauensmänner.

Witgliederbewegung.

Witgliederstand am 1.X.1922	3.700
Zugang	927
Abgang	1.882
Tatsächlicher Verlust	955
Stand am 30.IX.1923	2.745
Davon waren am 30. September gezählt	
322 Frauen	
549 Aktive	
583 Arbeitslose	
1.995 Beitragszahler	

Der Witgliederverlust ist zurückzuführen auf die Streichung von Nichtzahlern und durch das Einsetzen der Arbeitslosigkeit. Empfindliche Verluste erhielt die Partei durch verlorene Streiks.

Im allgemeinen muss gesagt werden, dass sich der innere Wert der Mitgliedschaft ständig verbessert. Eine natürliche Auslese erfolgt ständig durch die für die K.P. momentan noch ungünstigen Bedingungen. Was faul ist, scheidet von selbst aus. Der eigentliche Kern der Partei bessert sich dadurch.

Veranstaltungen der Organisationen.	Ausschuss-Sitzungen der Org. total	530
	Funkt. & Vertrauensmännerkonferenzen	203
	Diskussionsversammlungen	213
	Vollversammlungen	188
	öffentliche Versammlungen	133
	Demonstrationen	22
	Bezirkskonferenzen	25
Sonstige Veranstaltungen	9	

Die Angaben sind zum Teil richtig, zum Teil angenommen, da nicht alle Organisationen über das Parteileben und Veranstaltungen Berichte erstatten. Die vorhergehende Zählung der Aktiven, das heisst der Funktionäre und aktiv tätigen Gen., dürfte zu hoch gegriffen sein. Gerade diese wichtige Rubrik sind von den Organisationen nicht ausgefüllt worden.

Landessekretariat

Posteingang an Briefen u. Drucksachen	937
Postausgang	1.760
Verrechnete Marken an Zentrale	21.188
Versammlungen, Sitzungen & Konferenzen waren besucht vom Landessekretär	177

Rechnungsabschluss vom 1.X. 1922 bis 30. September 1923 der Landeskassa

E i n n a h m e n		
Saldo 1.X. 1922	683.786	
Saldo Postsparkasse	100	683.886
Lokalorg. d. " "	58.659.958	
" " bar einbezahlt	3.408.158	
Wahlfond " "	1.015.300	
Rechenfehler	27.000	
Zinsen 1922	3.723	
Diverse Einnahmen	979.008	64.178.142
		=====
Insgesamt		64.862.028

Ausgaben		
An die Reichspartei	17.840.997	28 %
Reichswahlfond	1.956.650	3 %
Für Wahlausgaben	5.279.300	8 %
Für Propaganda u. Organisation	8.654.678	15 %
Sekretariatspesen	5.084.787	8 %
Gehalt des Sekretärs.	21.198.640	35 %
Für Drucksachen	432.600)	
Rückzahlungen	153.850)	3 %
Posterlagscheine u. Schnecks	166.000)	
Provisionen an Postsparkassa	22.921)	
Darlehen an Landesgewerkschaftsrat	200.000	
Diverse Ausgaben	807.100	61.797.523
Saldo Kassa am 30. IX. 1923	1.808.850	
Saldo Postsparkassa	1.245.650	3.064.505
Insgesamt		64.862.028

Die Linie des 2. ausserordentlichen Landesparteitag im September 1922 betreffend der Selbsterhaltung der Partei in Niederösterreich konnte im Allgemeinen eingehalten werden. Erst in den letzten Monaten des Berichtsjahres trat infolge der Auswirkung der Arbeitslosigkeit ein Rückgang in den Einnahmen ein, so dass die Landesorganisation ihren Verpflichtungen der Reichskassa gegenüber nicht

im vollen Masse gerecht werden konnte.

Organisa-
torische
Mängel.

Abschliessend zum Organisationsbericht ist, folgendes zu bemerken. Es war der Landesleitung nicht möglich unter der Organisationsform, wie es das Reichsstatut bedingt, alle Lokalorganisationen, Betriebsgruppen und Zahlstellen so zu befruchten, wie es im Parteiinteresse gelegen wäre. Eine organisatorische Zentralstelle im Lande kann mit bestem Willen nicht alle Bedürfnisse und Anforderungen befriedigen. Dieser Mangel macht sich besonders in der Agitation, in der Erfassung und Erhaltung der Organisationen störend bemerkbar. Da der Verkehr mit den Organisationen in der Regel nur durch die Post vor sich gehen kann, geht alles schleppend vor sich. In der Frage der organisatorischen Erfassung, der Agitation, Bildung und Frauen, Gewerkschaftsbewegung und Ordnerorganisation muss eine organisatorische Verbesserung getroffen werden und zwar im Sinne der Einführung der Bezirksorganisation.

Republi-
kanischer
Schutzbund

In eine gänzlich unhaltbare Stellung ist die Partei in der Frage des republikanischen Schutzbundes geraten. Die Sozialdemokraten stehen in den meisten Orts- und Bezirksausschüssen auf dem Boden der Nichtzulassung der Kommunisten und werfen rücksichtslos unsere Parteimitglieder aus dieser Organisation hinaus mit der Begründung, dass der republikanische Schutzbund eine rein sozialdemokratische Organisation darstellt. Hier müssen Wege und Mittel gefunden werden, um diese unproletarische Einstellung zu brechen, eventuelle eine wirkliche proletarische Schutzorganisation ins Leben zu rufen.

Frauen-
bewegung.

Die Frauenbewegung selbst konnte, obwohl über 300 Frauen im Lande organisiert sind, weder im Lokal- noch im Landesmaassstab befriedigend gelöst werden. Eine Aktivierung und straffere Organisation der Frauenbewegung war nicht gegeben. Zum Teil sind organisatorische Mängel, zum Teil aber auch liegt die Schuld an den Organisationen selbst, die der Frauenbewegung passiv gegenüberstanden.

Jugendbe-
wegung.

Ende des Berichtsjahres bestanden folgende Jugendgruppen: Neunkirchen, Markt, Ternitz, Liesing, Inzersdorf, Göttlesbrunn (Landarbeiter), Mistelbach und Zahlstelle Hirtenberg, die die Kreisorganisation Tr. Neustadt bilden mit 120 zahlenden Mitgliedern. Der Einfluss in der Arbeiterjugend ist allerdings grösser. Die Fluktuation der Mitglieder ist gross, ein Grossteil der Neugründungen brachen wieder zusammen. Leider mangelt es der jungen Kreisorganisation an Mitteln, um das Land und ihre Organisationen richtig zu bearbeiten. Im Berichtsjahr fanden 2 Obmännerkonferenzen, mehrere Bezirkskonferenzen und ein Delegiertentag statt. Die Kreisleitung besteht aus 6 Genossen, deren drei Exekutivmitglieder aus Wien sind. An Aktionen für die Arbeiterjugend ist der Abwehrkampf gegen die Kleinmeister zu bemerken, die im neuen Fortbildungsschulgesetz den Tagesunterricht abschaffen wollten. Trotz anfänglicher Erfolge bei dem Kampf, an dem sich Teile der Gewerbeschüler, sowie auch Gruppen der S. A. J. angeschlossen, wurde diese Aktion von der Führung der S. A. J. sabotiert. Zwischen Christl. und S. P. kam ein Kompromiss zustande auf Grundlage des 7. Uhrschluss. Zu Pfingsten fand in Berndorf ein Jugendtreffen statt, Teilnehmerzahl cca. 400 Personen. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Kreisorganisation zwar nicht alle

Aufgaben lösen konnte, doch wurden die einzelnen Gruppen gefestigt. Ein Stock fester Jugendlicher ist vorhanden. Das Verständnis der Parteiorganisationen im Lande für die komm. Jugendbewegung wurde geweckt, dass Zusammenarbeiten dadurch ermöglicht.

+++++

Schlussbemerkung.

Die Mängel die sich im Berichtsjahr gezeigt, und beseitigt werden konnten, der Rückgang an Mitgliedern der Landesorganisation sind keineswegs Anzeichen einer Schwäche der Parteiorganisation im Lande Niederösterreich. Die junge Organisation hat sich trotz aller Widerwärtigkeiten, trotz der schleichenden Parteikrise innerlich gefestigt in Berichtsjahr, dass die Partei allen Angriffen, allen Erschütterungen standhalten konnte, ist der zähen, aufopferungsvollen Arbeit der aktiven Genossen zu verdanken. Die geleistete Arbeit der Genossen hat Früchte getragen. Zu Ende des Berichtsjahres stand das Gerippe einer festen, disziplinierten kommunistischen Partei auch im Lande Niederösterreich auf Wacht.

Nationalratswahlen 1923.

Nachtrag.

Die Landesorganisation ging nicht unvorbereitet in den Wahlkampf, gegenüber den Wahlen im Jahre 1920. In 2 Obmännerkonferenzen, in 11 Bezirkskonferenzen wurde die Wahlarbeit besprochen, Richtlinien für die Organisationen herausgegeben, diese dann in den Vollversammlungen der Organisationen der Mitgliedschaft zur Kenntnis gebracht. Um die technische Wahlarbeit zu vereinfachen, wurden in den einzelnen Bezirken Bezirkswahlkomitees geschaffen, die zum Grossteil wirkliche praktische Wahlarbeit leisten konnten. Die Arbeit der aktiven Kommunisten zu den Wahlen war eine erfreuliche zu nennen. Die Agitation selbst kann befriedigend genannt werden. Konnten doch 111 Wählerversammlungen in Niederösterreich abgehalten werden, davon 35 Versammlungen in Orten, wo die Partei weder eine Lokalorganisation, noch irgend eine Anzahl Kommunisten besass. Die Agitation beschränkte sich nicht allein auf die Industriegegenden, es wurden auch in rein bäuerlichen Gemeinden Versammlungen abgehalten. Durch die Landesleitung wurden 66 Versammlungen, durch die Reichspartei 45 Wählerversammlungen mit Referenten besichtigt.

Wahlarbeit

Wahl- ergeb- nis.	Es erhielt die K.P. Niederösterreich in den drei Wahlkreisen des Landes an Stimmen:		Gewinn	Verlust
	Stimmen am 21. X. 1923	Stimmen am 17. X. 1920		
St. Pölten	7806	1:727	-	2 921-107%
Wr. Neustadt	3.405	3.203	202-2/3%	-
Unt. Manhartsbg.	325	653	-	328-100%
Total	4.536	5.583	-	1.047-20%

Bemerkungen zu den Resultaten.

Besonders starker Stimmenverlust ist in den Industriebezirken St. Pölten und Neunkirchen zu verzeichnen (über 100%). Dies ist darauf zurückzuführen, dass im Jahre 1920 diese Bezirke die stärksten Organisationen der Partei waren, durch den Übertritt von Funktionären der S.P. auch die Masse stark hinter der Partei stand. Der Einfluss, sowie die Parteiorganisationen in diesen Bezirken gingen durch das Ausscheiden eines grossen Teiles dieser ehemaliger S.P. Vertrauensmänner erheblich zurück.

Ihr Übertritt zur S.P. hat auch den Einfluss der K.P. in den Massen erschüttert, die Partei geschwächt.

Positives ist nur zu büchen, dass selbst in reinen Bauerngemeinden eine ansehnliche Stimmenanzahl für die K.P. aufgebracht wurden. Politisch ist der Wahlausgang auch für das Land Niederösterreich eine schwere Niederlage. Im allgemeinen muss konstatiert werden, dass trotz Aufholens und Hebung der Stimmenanzahl in den Bezirken Liesing, Breichsdorf etc. Verluste überall zu verzeichnen sind. Bei Begleichung gegenüber den ~~Kassan~~ letzten Landtags- und Gemeinderatswahlen oder gar der einzelnen Nachwahlen in den einzelnen Orten ist der Verlust der K.P. noch bedeutender. Über die eigentlichen Ursachen der Wahlniederlage soll hier nichts gesagt werden, da es im Rahmen dieses Berichtes zu weit führen würde. In der Arbeit der unteren Parteiorganisationen lag es nicht.

Folgen des
Wahlausgangs
im Lande Nie-
derösterreich.

Politisch wird die K.P. am Lande von Seiten der S.P. weder in der Presse, noch in den Arbeiterversammlungen beachtet. Der offene Terror der S.P. gegen die Kommunisten hat im aufgehört, sie haben jetzt die Taktik der Überredung in Anwendung gebracht. Sie haben indirekt leichteres Spiel durch die Parteikrise selbst. Wenn auch die Landesorganisation und ihre Organisationen selbst nicht vernichtet werden konnte, so hat die Partei durch den Wahlausgang und Parteikrise empfindliche Verluste erlitten.

Direkte Verluste an Organisationen sind zu verzeichnen: Lokalorganisation Wimpasing, Zahlstelle Payerbach. Vollkommen erschütterte Lokalorganisationen sind: Breichsdorf, Guntramsdorf, Pottendorf, Steinabrückl mit deren Verlust zu rechnen ist, da fast alle Mitglieder ausgetreten sind. Vollkommen passiv geworden sind: Vöslau, Bergassing, Schranbach. Eine genaue Übersicht lässt sich bei Abschluss dieses Berichtes noch nicht feststellen.

Mitglieder-
verluste.

Auf Grund statistischer Angaben der Lokalorganisationen ist der Mitgliederstand um 619 Mitglieder zurückgegangen. Davon allein der Bezirk Neunkirchen durch Wimpasing und Ternitz 396. Da noch nicht alle Organisationen Bericht erstattet haben, müssen noch 200 Mitglieder als verlustig erklärt werden, da fast jede Organisation mehr oder minder Einbußen erlitt. Der Gesamtverlust an Mitgliedern ist rund mit 820 zu beziffern. Bei Abschluss des Berichtes dürfte der Mitgliederstand zwischen 1.900 und 2000 sein. Ein Drittel der Mitgliedschaft ist durch den Wahlausgang und Parteikrise als verlustig zu betrachten. Die Auswirkung zeigt sich auch in der allgemeinen Flaute der Organisationen.

Nachlassen der
Aktivität der
Organisationen.

In vielen Organisationen steckt das Parteileben oder erholt sich erst jetzt. In den Monaten November und Dezember konnte die Landeskasse nur deswegen ihrer Verpflichtung nachkommen, da sie noch einen Überschuss der Vormonate aufwies und der Reichskasse nichts abführte. Es sind in diesen zwei Monaten insgesamt nur 1563 Marken abgerechnet worden, also nicht einmal 800 Marken im Monat. Dies ist in erster Linie auf die allgemeine Depression zurückzuführen. Durch die eben aufgezeigten Verluste ist die Landesorganisation

finanziell in Schwierigkeiten gekommen. Es liegt an den Funktionären der Partei durch doppelte Energie diese Scharte auszuwetzen und der Partei durch regelmäßige Abrechnung die Möglichkeit zu geben, finanziell sich aufrecht zu erhalten.

Wahlfonds-
Kassenbericht.

Die in diesem Bericht errechneten Ziffern sind nur zur Orientierung der Organisationen. Der genaue Bericht kann nicht abgeschlossen werden, da noch immer Organisationen mit Gelder des Wahlfonds im Rückstand sind. Die ordentliche Rechnung über Einnahmen und Ausgaben finden sich im Hauptkassenbericht.

Einnahmen:
Von den Organisationen 12,390.700
Aus der Landeskassa (Zuschuss) 1,152.450
=====

13,543.150

Ausgaben:
An den Reichswahlfond 1,956.650
Propaganda u. Organisation 5,144.400
Telefon und Post 3,009.500
Subventionen an Organisation
u. Wahlhilfe des Sekretariats 3,000.000
Drucksachen 482.600
=====

13,543.150

=====

Trübe Besorgnisse über die Partei im Lande Niederösterreich zu hegen wäre trotz dieses Berichtes nicht kommunistisch. Diese Verluste sind die Auswirkungen des Wahlausganges und der Parteikrise. Die Organisationen sind schon zum Teil wieder aktiv, manchen Organisationen hat der Wahlausgang keinen Schaden beigebracht. Sind die Hemmungen innerhalb der Gesamtpartei beseitigt, ist ein neuerliches Ansteigen der Partei nicht nur möglich, sondern gewiss. Der Stock der Partei ist im allgemeinen gefestigt, er gibt die Gewähr, dass diese Krisenerscheinungen baldigt beseitigt werden.

(Rededisposition)

Die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsordnung.

A. Die Klassenkämpfe.

Die Gesellschaft ist in Klassen gespalten. Wir unterscheiden in der Regel zwei Hauptklassen: die Besitzenden und die Besitzlosen. Der Klassencharakter des kapitalistischen Staates hat im Zeitalter der imperialistischen Entwicklung, der Konzentration des Kapitals, besonders scharfe Formen angenommen. Schon vor Ausbruch des Krieges vollzog sich eine solche ökonomische Entwicklung, die die Vereinigung grosser Vermögen in verhältnismässig wenige Hände bedingte. So waren es z. B. schon vor Ausbruch des Krieges etwa 300 grosser Finanzleute, die tatsächlich den grössten und den entscheidenden Einfluss auf die wirtschaftlichen Verhältnisse Europas nehmen konnten. Die Konzentration der grossen Vermögen auf der einen Seite, Reichtum, Wohlleben und Überfluss innerhalb eines verhältnismässig kleinen Kreises von Menschen auf dem anderen Pol, bedingte das Massenelend, die Massennot auf dem anderen Pol.

Der Proletarier, der Angehörige der grossen Armee der Arbeitenden, ist charakterisiert durch seine Besitzlosigkeit: er besitzt nichts als die Kraft seiner Hände Arbeit, die er verkaufen muss, wenn er leben will. Und er kann nur leben, wenn er jemanden findet, der ihm diese Arbeitskraft abkauft. Im Laufe der kapitalistischen Entwicklung wurden immer von neuen grosse Schichten des Bürgertums und auch des Bauerntums proletarisiert, d. h. besitzlos gemacht und in das grosse Lager des Proletariats hinabgestossen. Diese arbeitenden Menschen bilden die ungeheure Mehrzahl der Gesellschaft. Diese Mehrzahl ist bis jetzt einer Minderheit unterworfen, sie ist ihr fast völlig ausgeliefert. Die Minderheit der Gesellschaft, die Besitzenden, sind nicht dadurch charakterisiert, dass sie überhaupt etwas besitzen, sondern dass sie sich in den Besitz der Produktionsmittel befinden. Sie bestimmen was produziert werden soll und sie formulieren die Bedingungen unter denen sich die Produktion vollziehen muss.

Die Arbeitenden sind also in der ungeheuren Mehrheit, sie bilden die ökonomische Wurzel der Gesellschaft—ohne ihre Tätigkeit kann diese Welt nicht existieren und sich vor allem nicht weiter entwickeln. Wie ist es möglich, dass diese grosse, unentbehrliche Mehrheit der Gesellschaft von einer kleinen Minderheit in Schach gehalten, furchtbar unterdrückt und ausgebeutet werden kann?

B. Der Staat und seine Organe.

Der bürgerliche Staat ist nichts weiter als ein Herrschaftsmittel in den Händen der herrschenden Minderheit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Im Staat organ die herrschende Klasse ihre ganze Macht, sie schafft sich ihn viele Mittel, die ihr als geeignet erscheinen, die grosse Mehrheit der Menschheit weiter zu unterdrücken und auszubeuten. Der kapitalistische Staat ist ein reiner Klassenstaat, er ist der Staat der Herrschenden gegen die Beherrschten. Die politische Macht der ausbeutenden Minderheit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist also in ihrer Staatsorganisation fest verankert. Der Kampf, den die beiden Klassen um die politische Macht führen ist zugleich der Kampf um die Organisation des Staates. Solange die herrschende Minderheit ihren Staat behaupten, dass heisst, solange sie ihn nach ihren Bedürfnissen

einrichten und ausbeuten kann, solange wird sie befähigt bleiben, die arbeitenden Massen politisch zu knachen und wirtschaftlich auszubeuten. Es ist nötig, dass wir uns die verschiedenen Machtmittel des Staates, über die die herrschenden Klassen verfügen, näher ansehen.

1.: Der Parlamentarismus gibt den herrschenden Klassen die Möglichkeit alles, was sie gegen die arbeitenden Massen tun, mit dem Schein der Gerechtigkeit auszustatten. Alle Gesetze werden infolge eines Mehrheitsbeschlusses zustande gebracht. Da dem Parlament angeblich die Vertreter aller Schichten der Bevölkerung angehören, so erwecken die Parlamentsbeschlüsse wirklich den Anschein, als ob sie dem Willen und den Bedürfnissen vor allem der arbeitenden Massen der Bevölkerung entsprechen würden.

Wir wissen, dass die herrschenden Klassen jeden Wahlkampf unter ausserordentlich günstigen Bedingungen führen können, dass sie ihre ganze wirtschaftliche Macht in den Dienst der Wahlaktion stellen, dass sie hunderte und tausende Tageszeitungen zur Verfügung haben, dass sie durch eine Unmenge von Kanälen die Wähler beeinflussen können. Jede Lüge, die die Bourgeoisie mittels ihrer Presse in die Welt hinausschleudert wird sofort von der Blätterwelt der bürgerlichen Presse ausgeschlachtet und unter grosser Aufmachung verbreitet. Die Arbeiterpresse ist in dieser Hinsicht der Übermacht der bürgerlichen Presse nicht gewachsen. Was die bürgerliche Presse an einem einzigen Tage, namentlich während der Wahlzeit, über Sowjetrussland und über die Kommunistische Internationale zusammenbringt, das könnte die Kommunistische Presse nicht in einen Monat wiederlegen.

Der moderne Parlamentarismus hat das sogenannte allgemeine und gleiche Wahlrecht ~~bedeutend~~ zur Voraussetzung. Das bürgerliche demokratische allgemeine Wahlrecht bedeutet, dass der Faulenzor, der Ausbeuter, dass jeder gesellschaftliche Parasit dasselbe Wahlrecht hat, wie die produktiven Arbeiter. In allen wichtigen Fragen richten sich die Beschlüsse des Parlaments gegen die Interessen der arbeitenden Massen, (Steuerfragen, Militärbudget, Kultusbudget, Sicherheitsdienst u. s. w.) Dadurch, dass sich 1. die Ausbeuter selbst einen grossen Teil der Mandate im Parlament sichern und dass sie ferner auf die von ihr materiell stark abhängigen Mittel- und Beamten-schichten entscheidenden Einfluss nehmen, ist ihnen die Mehrheit im Parlament garantiert. Aber nur solange, solange sie mit Hilfe ihrer korrupten Mittel einer solchen Mehrheit sicher sind, dulden sie das Parlament und den Parlamentarismus. Sobald sich zeigt, dass trotz aller Gewaltakte die parlamentarische Mehrheit entschlossen sein konnte, nicht mehr zu parieren, pfeift die Bourgeoisie auf das Parlament und auf die Demokratie. (Der Referent soll in diesem Zusammenhang einige konkrete Ereignisse besprechen: Italien, Jugoslawien, Deutschland.)

Die Bourgeoisie hat dem Parlamentarismus gleichsam als Kullisse benützt, hinter der sie ihre Diktatur aufrichtete und vollendete. In den meisten kapitalistischen Staaten kann sich die Bourgeoisie schon leisten, diese Kullisse beiseite zu schieben und ganz unverhüllt und offen die Diktatur der ausbeutenden Minderheit proklamieren. (Der Referent wird hier über die ausserordentliche Verschlechterung der Klassengegensätze sprechen und zeigen, dass diese Art der Vernichtung des Parlamentarismus begleitet ist von dem Absterben vieler demokratischer Illusionen in den Köpfen der Arbeiterklasse, die immer deutlicher erkennt, dass ihre Befreiung nicht auf dem Wege parlamentarischer Beschlüsse, sondern nur im harten Klassenkampfe (Bürgerkrieg) erfolgen kann.

2.: Im Militär und der Polizei wie in der Gendarmerie schafft sich die herrschende Minderheit jene bewaffnete Söldnertruppe, die das Privateigentum zuschützen, die Autorität der herrschenden Klassen und dem bürgerlichen Staat gegen jeden Angriff zu verteidigen haben.

formuliert wurden, gegen jeden Versuch, diese kapitalistische Ordnung zu stören, einzuschreiten. Die bürgerliche Justiz ist also das, was wir eine Klassenjustiz nennen. Sie dient ausschliesslich den Interessen der herrschenden Klassen und sie ist aus diesem Grunde gegen die Interessen der Beherrschten gerichtet.

4. Die Schule ist vielleicht die wichtigste Einrichtung im Interesse der in der Gesellschaft herrschenden Minderheit. In der Schule wird die Proletarierjugend im Geiste der herrschenden Klasse erzogen, d.h. es wird ihr der Respekt vor dieser herrschenden Minderheit und allen Einrichtungen des kapitalistischen Staates, vor allen aber des Privateigentums, beigebracht. In der Schule werden die Kinder zur Bescheidenheit erzogen und dahin gebracht, dass sie nicht "begehrlich" werden und dass sie begreifen lernen, dass diese die beste aller Welten, die Gottgewollte Ordnung sei - dass es immer so war wie es heute ist, dass es stets Arme und Reiche, Unterdrückte und Unterdrücker, Herren und Knechte gegeben habe. In der Schule wird also den Proletarierkindern ein Klassengeist eingepflanzt, der sich gegen ihre eigenen Interessen richtet, der sie zu willenlosen Werkzeugen der herrschenden Klassen machen soll. Willig, gehorsam und ~~xxxixixix~~ freudig sollen die heranwachsenden Arbeiterkinder dem bürgerlichen Staat dienen, sie sollen ihn mit ihrem Leben gegen den äusseren sowohl wie gegen den "inneren" Feind, d.h. also gegen die eigenen Leidensgenossen verteidigen. In der bürgerlichen Volksschule wird also der Proletarier dazu erzogen, im Interesse seiner Ausbeuter gegen sich selbst, d.h. gegen seine Klasse Stellung zu nehmen. Auf Grund solcher moralischer und sittlicher Grundsätze gelingt es der herrschenden Minderheit sich gegen die ungeheure Mehrheit der Gesellschaft zu behaupten - diese Mehrheit zu zwingen, schwer zu arbeiten und schlecht zu leben im Interesse einer verhältnismässig kleinen und parasitären Gesellschaftsminderheit.

5. Die Kirche steht im Dienste der herrschenden Minderheit aller kapitalistischen Staaten. Jene oben erwähnten sittlichen und moralischen Grundsätze wie sie in der Schule den Kindern vermittelt werden, werden mit Hilfe der Kirche und ihrer angestellten Beamten gehegt und gepflegt und den der Schule Entwachsenen weiterhin eingepflanzt.

6. Die bürgerliche Presse ist das bedeutendste und das gefährlichste Mittel, das vom bürgerlichen Staat, von der herrschenden Minderheit gegen die breiten Massen der Arbeitenden ins Treffen geführt wird. Was von der Schule, der Kirche oder der Justiz nicht ganz oder nur mangelhaft vollbracht werden kann, muss mit Mehrerfolg von der bürgerlichen Presse besorgt werden. Hinter der bürgerlichen Presse steht die grosse, scheinbar völlig unbezwingbare Macht der kapitalistischen, der besitzenden Kreise dieser Gesellschaft. Hinter der bürgerlichen Zeitung steht die ökonomische Macht der besitzenden Klassen - der grösste Teil der bürgerlichen Presse steht unter dem Einfluss des Kapitals ~~xxxx~~ bürgerlicher Zeitungen.

Die bürgerliche Zeitung knüpft an die niedrigsten Instinkte der arbeitenden Menschen an. Man muss sich vergegenwärtigen unter welchen Verhältnissen die grosse Masse der Proletarier aufwächst. Not und Entbehrungen sind seine ständigen Begleiter vom ersten Tage seines Lebens an. Er kennt fast keine, wenigstens keine angenehme Jugendzeit. Unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen besucht er die Schule. Dass was ihm ~~ix~~ die Schule im besten Fall vermittelt, macht ihn zunächst zu einem willigen und gehorsamen Ausbeutungsobjekt des Kapitalismus. Der Kapitalismus braucht aber auch verhältnismässig intelligente Arbeiter. Die Schule muss also dem Proletarier auch Brauchbares vermitteln. Das wenige Gute, das die Volksschule dem Proletarier geben kann nimmt er unter den widerlichsten Verhältnissen

wenig, was der Proletarier an positiven Wissen aus der Schule davontragen kann.

Sowie der Proletarier der Schule entwachsen ist, beginnt sein Leben als Ausbeutungsobjekt der kapitalistischen Ordnung. Schwere, schlecht entlohnte Arbeit verrichtet er gleichfalls unter den unerträglichsten Bedingungen. Und dabei ist es für ihn noch eine relativ günstigste Situation, wenn er überhaupt Arbeit findet. In stättem Kampfe gegen tausend Sorgen und Tagesnöten, immer im Kampfe um das Stück Brot, das ertäglich zunächst nur für sich, später für Frau und Kind nötig hat, führen muss. Unzulängliche Lohnverhältnisse, schlechte Kleidung, Entbehrungen und viele andere Sorgen machen dem Arbeiter das Leben schwer. Berücksichtigt man diese Tatsachen, dann ist es verständlich, dass es die Herrschenden nicht sehr schwer haben, ihr öffentliches "Erziehungswerk" fortzusetzen und den erwachsenen Arbeiter mit Hilfe der bürgerlichen Presse vollkommen zu verderben. Sensationelle Nachrichten, verlogene Darstellung aller politischen und wirtschaftlichen Ereignisse, raffinierteste Ausnützung der in den Arbeiter verborgenen Leidenschaften - das macht im Wesentlichen den Inhalt der bürgerlichen Presse aus. Welche Macht die bürgerliche Presse hat, das konnten wir im Jahre 1914 bei Kriegsausbruch und während des ganzen Krieges beobachten. Die bürgerliche Presse ist ein wohlorganisierter, grosszügig angelegter und tadellos funktionierender Vergiftungsapparat, der tatsächlich den Charakter tausender und aber tausender Arbeiter verderben könnte und noch verderbt, der durchaus geeignet ist die Gehirne der Proletarier zu benebeln, die Arbeiter davon abzuhalten, über ihre Klassenlage und über ihre besonderen Aufgaben nachzudenken, sich zu verständigen, zu organisieren und organisiert die Macht ihrer Peiniger zu vernichten.

Organisierter Klassenkampf des Proletariats.

A. Die Klassenkampforgane der Arbeiterschaft.

Der Referent wird nun gut tun, zu sprechen über die Bedeutung der nationalen Gewerkschaften, der politischen Organisation und der Internationalen Zusammenfassung auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiete. Der Konzentration des Kapitals auf der einen Seite entspricht auch die Konzentration der Proletarier zu Hunderttausenden in den grossen Industriestädten, die Nivellierung ihrer Lebensbedingungen, die wieder zu ihrer bewussten Zusammenfassung, zur Organisierung des revolutionären Massenkampfes führen.

Die klassenbewussten Proletarier müssen in erster Linie den Kampf aufnehmen gegen die Erziehungseinrichtungen des bürgerlichen Staates, sie müssen mit zäher Energie alle bürgerlichen Vorurteile, die dem Proletarier in der Schule, der Kirche und vermittels der bürgerlichen Presse beigebracht werden, rücksichtslos bekämpfen. Das Proletariat kann diesen Kampf nur mittels seiner eigenen Presse führen. Sowie die bürgerliche Presse im Kampfe der herrschenden Minderheit gegen die ungeheure Mehrheit der produzierenden Proletarier die wichtigste Waffe darstellt, so bildet umgekehrt die Arbeiterpresse die entscheidendste Waffe des klassenbewussten Proletariats nicht nur im Kampfe gegen das Bürgertum, gegen den Kapitalismus, sondern auch im Kampfe gegen die Vorurteile in den eigenen Reihen die beste, die unentbehrlichste, die erfolgreichste Waffe. Will der Proletarier seine und infolgedessen die Befreiung seiner Klasse, dann muss er sein grösstes Augenmerk auf die Entwicklung, auf den Inhalt seiner Presse lenken. (Der Referent soll nun ausführlicher davon sprechen wie der Proletarier sich selbst schadet, gegen sich selbst Stellung nimmt, seine Ehre verletzt, sein Gewissen belastet, wenn er die bürgerliche Presse abonniert oder nichts tut, um seinen Klassengenossen davon abzuhalten, die bürgerliche Presse zu abonnieren, wie er seinen und den Interessen seiner Klasse dient, wenn er für seine Zeitung wirkt, indem er ihr Abonnenten schafft und auch für die Informierung der Zeitung sorgt.

B. Die Kommunistische Zeitung.

Die herrschende Minderheit verfügt über eine ungeheure Erfahrung im Klassenkampf. Auf ihrer Seite hat sie nicht nur die wunderbaren technischen und die bedeutenden materiellen Machtmittel des Staates, auf ihrer Seite kämpft der grösste Teil der bürgerlichen Wissenschaft, die in den Dienst des Klassenkampfes zu Gunsten der ausbeutenden Minderheit gestellt ist. Diese herrschende Minderheit hat es alle Zeit verstanden, nicht nur von ihren Machtmitteln, soweit sie ihr unmittelbar zur Verfügung stehen, Gebrauch zu machen, sie hat es auch stets verstanden und versteht es heute besser als früher, sich im Lager des Klassengegners, also im Lager der arbeitenden Verbündete zu schaffen. Bei Ausbruch des Krieges haben wir das zum ersten Mal mit erschreckender greuenvoller Deutlichkeit gesehen, als die Führer der zweiten Internationale überall mit den kriegsführenden Mächten gemeinsame Sache machten gegen die breiten Massen der arbeitenden Klassen; die sie zu Millionen in die Schützengräben trieben, damit sie sich dort wechselseitig im Interesse der Kapitalisten aller Länder die Schädelschlugen. Wir haben das während des Krieges schon viele Male erleben können und ganz besonders plastisch haben die Führer der österreichischen sozialdemokratischen Partei dem Proletariat gezeigt, dass sie in jeder kritischen Stunde lieber gemeinsame Sache mit der Bourgeoisie machen, ehe sie sich entschliessen könnten, den revolutionären Kampf des gesamten Proletariats gegen seine Ausbeuter zu organisieren.

Die Kommunistische Zeitung hat nicht nur den Kampf gegen die ungeheure Macht der bürgerlichen Presse aufzunehmen und gegen die Vorurteile in den Reihen der Arbeiter zu führen, sie muss auch den breiten Massen der Arbeitenden die Bedeutung der reformistischen Presse klarmachen, sie muss dem Proletariat zeigen, dass es die bürgerliche so wenig unterstützen darf, wie jene sogenannte Arbeiterpresse, die zwar auf ihrer Stirne das Zeichen des Klassenkampfes trägt, die aber in ihren Spalten direkt und indirekt der Zermürbung der Kräfte des Proletariats dient. (Und nun soll der Referent ausführlich dartun, dass dieser Charakter der reformistischen Presse nicht genügend aufgezeigt wird, indem man leidenschaftlich schimpft, sondern indem man sich bemüht, an den Tatsachen des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiter und des Verhaltens der reformistischen Blätter während dieser Kämpfe, den schädlichen Charakter dieser Organe aufzeigt.)

Einige praktische Fragen.

Die Referenten müssen davon sprechen, dass die Partei erfolgreich bemüht ist, allmählich eine jetzt schon sehr deutlich sichtbare Verbesserung der R.F. zu ermöglichen, dafür zu sorgen, dass eine direkte Verbindung zwischen der Parteimitgliedschaft, den Betrieben und der Redaktion hergestellt werde. Im übrigen verweisen wir hier auf die praktischen Weisungen des Zentralsekretariats, die wir Tuch mit gleicher Post übermitteln.

vorhanden?

A. Die Wehrmacht.

Geschichtlicher Rückblick. In die Revolution trat die Sozialdemokratie mit vollkommen pazifistischer Einstellung ein. Das sozialdemokratische Heeresminister Deutsch wurde nicht müde zu predigen, nicht mit den Waffen des Soldaten werde das Proletariat siegen, sondern mit den Waffen des Geistes und der Organisation. Als sich das alte Herr auflöste, dachte in der Tat kein sozialdemokratischer Führer daran, eine neue Wehrmacht und schon garnicht eine proletarische Wehrmacht ins Leben zu rufen.

Revolutionäre Soldaten schufen die Rote Garde. So gering ihre militärische Kraft war, - und die Kommunisten darin, verhinderten durch ihre Zielunklarheit in militärischer Erstraffung statt sie zu fördern - so gab die rote Garde doch den ersten Anstoss zur Bildung der Volkswehr: um den Zustrom zur roten Garde abzufangen, schufen die sozialdemokratischen

Führer die Volkswehr. Gleichzeitig sollte die Volkswehr das Sammelbecken sein für die von der Front zurückströmenden durch den Krieg radikalisierten, zunächst arbeitslosen Soldatenelemente. Volkswehrlöhne und Naturalverpflegung waren als eine Art Arbeitslosenunterstützung gedacht um die radikalisierten Soldaten, soweit sie nicht sofort Arbeit fanden, beruhigen. Die Volkswehrlente für die Uebergangszeit zur Bewachung der staatlichen Güter zu verwenden, sie allmählich in den Produktionsprozess zu überführen und so allmählich die Volkswehr abzubauen, das war das faktische Militärprogramm der Sozialdemokratie.

Das schliesslich aus der Volkswehr doch eine militärische Organisation wurde, dass die konterrevolutionären Elemente daraus zum grossen Teil verdrängt wurden, dass die Volkswehr zu einem proletarischen Machinstrument wurde, dass war ausschliesslich das Werk der Soldatenräte und der Soldaten, die mit aller Kraft von den Kommunisten und den Linken unterstützt wurden. Jeder einzelne Schritt vorwärts, der in der Wehrmachtsfrage in Oesterreich erzielt wurde, wurde gegen den äussersten Widerstand der sozialdemokratischen Führer erkämpft.

So wie die Hochflut der revolutionären Erhebung vorüber gerauscht war, ging die Sozialdemokratie planmässig daran, die revolutionäre Volkswehr zu einer republikanischen Wehrmacht abzubauen. Die Positionen der Soldatenräte wurde geschwächt, den reaktionären Offizieren wurde immer grösserer Spielraum gegeben, die revolutionären Elemente in der Wehrmacht wurden durch Stellen, durch Beförderung planmässig korrumpiert, und so wie es nicht gelang, wurden sie aus der Wehrmacht verdrängt. Deutsch löste die Rote Garde auf, aber seine Hauptleistung war, die Zerschlagung der Volkswehrebataillone. Statt die neue Wehrmacht auf die alten Volkswehrebataillone aufzubauen, zerriss er sie vollkommen bewusst in lauter kleine Teilchen, um den in den revolutionären Kämpfen geschmiedeten kameradschaftlichen Zusammenhalt der Volkswehrmänner, der die grösste Kraft der Volkswehr war, zu sprengen und es so den reaktionären Offizieren zu erleichtern, ihren Einfluss wieder zu gewinnen.

Die Militär-Gewerkschaften wurden geschaffen und den Soldaten und Arbeitern Sand in die Augen zu streuen. Sie sollten die alten Positionen leichter aufgeben, in der Meinung, in der Militär-Gewerkschaft Gott weis welches Bollwerk zu gewinnen.

So wurde schliesslich folgender militärischer Zustand erreicht: Bindung der proletarischen Mannschaft durch die reaktionären Offiziere um umgekehrt; Die Wehrmacht untauglich, als revolutionäres Instrument aber auch unverwendbar im Kampf gegen die Arbeiter.

Das ist im grossen und ganzen auch der heutige Zustand, der sich im einzelnen wie folgt charakterisiert: Das Offiziers-Korps - reaktionär, zum Überwiegenden Teil monarchistisch. Der Teil der Offiziere, der sich nur um die Existenz-Frage kümmert, ist sehr gering. Noch geringer aber ist die Zahl der mit dem Proletariat auch nur sympathisierenden Offiziere. Von den eigentlichen Volkswehr-Offizieren (dass sind die aus dem Mannschaftsstande in der Volkswehr zu Offizieren ernannten Unteroffiziere. Im ganzen hat Deutsch 100 Volkswehr-Offiziere ernannt und zwar in echter demokratischer Weise 1/3 aus Sozialdemokraten, 1/3 aus Christlich-sozialen und 1/3 aus ...

von den sozialistischen Offizieren (es gab solche zu Zeit der Ueberführung der Volkswehr in die neue Wehrmacht, etwa 800 im Verband der sozialistischen Offiziere, aber davon waren kaum 1/3 Truppen-Offiziere und kaum 1/30 aktive Offiziere und alle zusammen waren sie nur Streber, die einfach in die neue Wehrmacht übernommen werden wollten) ist ebenfalls fast garnichts übrig geblieben.

Die Mannschaft ist durchwegs proletarisch, höchstens 5% bäuerlich. Das dies so ist, ist kein Verdienst der Sozialdemokratie, die Versuche, die die christlich-sozialen unternahmen, bäuerliche Elemente in grösserer Zahl einzuführen, sind gescheitert nicht an dem Widerstand der Sozialdemokratie sondern weil die Bauernsöhne aus materiellen und anderen Gründen einfach nicht wollten.

Der Einfluss der Soldatenräte ist null. Nicht einmal der Name besteht

Der Einfluss der Militärgewerkschaft ist null.

Der Einfluss der Kommunisten in der Wehrmacht ist mit dem Schwinden des letzten Restes von Ansehen das die K.P. noch hatte, zurückgegangen, aber er ist noch immer relativ stärker, als der Einfluss der K.P. in der Arbeiterschaft.

Revolutionäre Anknüpfungspunkte in der Wehrmacht.

Mannschaft und Soldatenräte der Wehrmacht bieten ein sehr zugängliche Feld für revolutionäre Agitation. Die bürgerliche Regierung ist konsequent darauf aus, alle Rechte, auch die materiellen der Soldaten zu schmälern, die Wehrmacht überhaupt zu beseitigen. Die aufrechten, nackensteifen proletarischen Elemente, seien sie auch sozialdemokratisch, werden Mann für Mann entfernt und zwar durch dieselben Mittel, die Deutsch der Bourgeoisie in die Hand gegeben. (Disziplinarkommissionen, Militärstrafprozess Ordnung.) Die Sozialdemokratie führt gegen all das nur einen Kampf mit dem Mund.

Mag sein, dass in der jetzigen Phase der neuen sozialdemokratischen Erwägungen die Zahl der „sozialistischen“ Offiziere wieder etwas anschwellen wird, es werden das in der Hauptsache wieder nur Streber sein, sodass die Aussicht im Verband der sozialistischen Offiziere revolutionäre Anknüpfungspunkte zu finden, als sehr gering bewertet werden.

B. Polizei und Gendarmerie.

Gleich nach dem Umsturz wurde die Polizei durch den christlich-sozialen Innenminister Matteis um etwa 5000 kleinbürgerlich-proletarische Elemente verstärkt, die sogenannte Stadtschutzwache. Diese wurde jedoch von der revolutionären Welle rasch nach links geschleudert. Der sozialdemokratische Innenminister Eldersch liess dem Polizeipräsidenten Schoberg freie Hand, die radikalisierten Elemente abzubauen. Der Rest 1000 - 1500 entwickelte sich allmählich nach rechts und wurde von der alten Polizeimannschaft vollkommen aufgesogen. Die Polizei ist vollkommen in der Hand Schobers und diesem treu ergeben. Es besteht eine Polizei-Gewerkschaft, die nur rein materielle Ziele verfolgt.

Ähnlich bei der Gendarmerie. Nach dem Umsturz wurde die Bahn-Gendarmerie geschaffen. Etwa 1500 Mann, die rasch radikalisierten, unter Eldersch wurden die Radikalen hinausgedrängt, der Rest wurde von der alten Gendarmerie-Mannschaft aufgesogen. Auch die Gendarmerie-Mannschaft hat eine Gewerkschaft, die rein materielle Ziele verfolgt.

Polizei, Gendarmerie, überhaupt alle Sicherheitsorgane, d.h. deren Mannschaft haben zusammen eine Reichsgewerkschaft, Reichsverband der Sicherheitsorgane.

Polizei und Gendarmerie sind heute in Oesterreich gewiss keine revolutionären Faktoren, sie sind fest in der Hand ihrer Offiziere und die sind absolut konterrevolutionär.

Aber die Polizei- und Gendarmerie-Gewerkschaften, mögen sie heute noch so zahm sein, sollen sorgsam im Auge behalten werden. Es wird ein Zeitpunkt kommen, wo sich günstige, revolutionäre Anknüpfungspunkte bieten werden. (Grade in diesen Tagen führte die Polizei-Gewerkschaft einen Lohnkampf, die Sanierungspolitik zwingt die Regierung materiell der Polizeimannschaft mindestens nicht entgegen zu kommen).

Der
C. Republikanischer Schutzbund.

Der republikanische Schutzbund ist keine Schöpfung der Sozialdemokratie, sondern so taufte die sozialdemokratischen Führer die proletarische Ordner-Organisation um, deren Organisierung sie zulassen musste, nachdem die Kommunisten und die Linken wiederholt im Arbeiterrat zwingende Beschlüsse durchgedrückt hatten. Zuletzt im Reichsarbeiterrat im Mai 1920 aber auch dann noch sabotierten die sozialdemokratischen Führer mit aller Macht. Gerade in der Zeit, da sie in der Regierung sassen, wo sie die Ordnerorganisation leicht hätten fördern können, sabotierten sie am meisten. Erst im Jahre 1921 machten die sozialdemokratischen Führer eine Wendung, sie erklärten, nun im Gegensatz zu früher, die sozialdemokratische Partei müsse die Ordnersache gründlich in die Hand nehmen. Und gingen sie systematisch darauf aus, den Offensivgeist und alle Personen, die ihn vertraten, auch die sozialdemokratischen aus den Führerstellen zu verdrängen und als sie damit weit genug gekommen waren, geben sie ihren Tendenzen auch offenen Ausdruck. Die proletarische Ordner-Organisation wurde umgetauft in den republikanischen Schutzbund. Das war nicht eine blosse Namensänderung, sondern eine Programmänderung. Denn das Ziel dieses republikanischen Schutzbundes war nur mehr der Schutz der bürgerlichen Republik gegen monarchistische Anschläge.

Um die Ordner nicht unzufrieden zu machen, sie irgend wie zu beschäftigen, und der kommunistischen Agitation möglichst die Spitze zu nehmen, wurde allmählich eine Art Uniform eingeführt, eine Art Exerzieren organisiert, aber militärisch ist das ganze eine glatte Spielerei, wie überhaupt der republikanische Schutzbund militärisch eine sehr geringe Kampfkraft darstellt. Trotzdem Waffen und Munition in grösserer Zahl vorhanden sind, an verschiedenen Stellen gut aufbewahrt.

Aber dennoch ist die Bedeutung des republikanischen Schutzbundes sehr gross. Er ist eine moralische Kraft die das Selbstvertrauen der Arbeiterschaft stärkt. Und botzenziell stellt er selbst militärisch einen bedeutenden Faktor dar. Es ist gar kein Zweifel, dass in einem entscheidenden Augenblick der Kampfwille und die Kampfenergie der Ordner sich sprunghaft entwickeln werden, sodass eine in Oesterreich vorhandene selbst kleine aber zielklare und straff organisierte revolutionäre Partei grosse Möglichkeiten haben wird, den republikanischen Schutzbund ins revolutionäre Fahrwasser hinüberzuleiten.

Der republikanische Schutzbund bietet auch heute gute revolutionäre Anknüpfungsmöglichkeiten. Zwar sind die Führer und selbst Unterführer gut ausgesuchte sozialdemokratische Barrierestücke - auch militärische Qualität wird da sehr wenig geschaut - aber unter der eigentlichen Mannschaft sind viele sozialdemokratische Arbeiter, die ein stark revolutionäres Fühlen und selbst Denken haben.

Die Kommunisten werden fast durchwegs von den Führerstellen ferngehalten. Aber unter der Mannschaft haben sie zeitweise starken Einfluss gehabt, der jetzt aber mit dem Ansehen der Partei stark gesunken ist.

D. Die Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften sind in Oesterreich eine sehr grosse Macht, aber sie sind vollkommen reformistisch, nicht nur die Gewerkschafts-Bürokratie sondern mit ganz geringen Ausnahmen auch der Vertrauensmänner-Körper ist aus lauter altgesottene Reformisten zusammengesetzt. Nichtsdestoweniger bieten sich auch hier besonders unter den Bergarbeitern, Metallarbeitern und Eisenbahnern revolutionäre Anknüpfungsmöglichkeiten.

E. Die Genossenschaften.

Sie sind noch reformistischer als die Gewerkschaften. Wirtschaftlich sind sie aber durch die Geldentwertung in sehr schwierige Lage gekommen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass es auf rein wirtschaftlichem Wege möglich wäre, einen gewissen Einfluss auf die Genossenschaften zu gewinnen.

F. Die gemischt-wirtschaftlichen Anstalten.

Neben dem Arsenal besteht eine Schuhfabrik im Grund am Gebirge ferner die Heilmittelstelle und noch einige andere gemischt-wirtschaftl.

Unternehmen.

grösserer Bedeutung ist nur das ehemalige Arsenal. Hier war die wichtigste Gewehr- und Geschützherstellungsstätte in der alten Monarchie. Heute werden dort an Waffen nur Pistolen und Jagdgewehre erzeugt. Aber ein grosser Teil der Arbeiterschaft hat Erfahrung in der Geschütz- und Gewehrerzeugung. Die Arsenal-Arbeiter genossen ein bedeutendes Ansehen unter der Arbeiterschaft. Das Arsenal ist noch immer eine bedeutende Machtposition.

Die gemischt wirtschaftlichen Betriebe werden von der Bourgeoisie stark angefeindet. Nicht nur propagandistisch, sondern auch wirtschaftlich vor allem finanziell. Sie haben vielfach Mühe, sich auf den Beinen zu erhalten. Hier bietet sich eine sehr günstige Gelegenheit durch Ueberweisung von Aufträgen die Stimmung der Arbeiterschaft wirksam zu beeinflussen.

G. Die Sozialdemokratie.

Unter den Führern der Oesterreichischen Sozialdemokratie gibt es gegenwärtig nicht einen einzigen der radikal, geschweige denn revolutionär eingestellt wäre.

Auch der Vertrauensmänner-Körper ist durch und durch geliebt und ganz in der Hand der reformistischen Führer. Soweit sich darunter Arbeiter befinden, die durch die K.P. Oesterreichs hindurch gegangen sind, sind sie der K.P. ganz besonders feindlich gesinnt.

Innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterschaft gibt es aber trotz der starken Rechtsentwicklung und der neuen Illusionen, die das oesterreichische Proletariat erfasst haben, viele radikal eingestellte und revolutionär fühlende Arbeiter. Sie treten wohl nicht politisch auf, aber bei besonderen Gelegenheiten insbesondere bei aktivem Eingreifen der Faschisten zeigt sich, dass noch viele Arbeiter im Grunde revolutionär gestimmt sind. Eine Fühlungsnahme mit bestimmten radikalen Kräften innerhalb der Sozialdemokratie ist heute nicht möglich, weil es heute radikale Kräfte, die irgend wie Einfluss hätten innerhalb der oesterreichischen Sozialdemokratie nicht gibt.

Wohl aber ist durchaus möglich, eine Fühlungsnahme mit den Führern der Sozialdemokratie nach folgender Richtung: Abkommen über gegenseitige Unterstützung, im Falle versucht werden sollte. Sei es die Monarchie in Oesterreich, sei es die Monarchie in Deutschland aufzurichten. Vielleicht wäre es sogar möglich, bis zu einem gewissen Grade Vereinbarungen zu erzielen, zwecks gegenseitiger Unterstützung bei der Bekämpfung der Vorbereitungen zu obigen monarchistischen Aktionen.

Die gegenseitige Unterstützung könnte sich erstrecken:

- a) auf Nachrichtenaustausch, wenn auch die Sozialdemokratie einen Nachrichtenapparat im eigentlichen Sinne nicht besitzt, so hat sie durch ihre Beziehungen zur Wehrmacht, Polizei, Gendarmerie usw. die Möglichkeit, sehr viel zu erfahren.
- b) Waffen- und Munitionslieferungen aus Oesterreich.
- c) Durchlassen von Munitions- und Waffentransporten durch Oesterreich.

H. Die kommunistische Partei.

Die Abhängigkeit vom Ausland im Bezug auf Lebensmittel und Rohstoffe die kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Verhältnisse des Landes, die ausserordentliche organisatorische Stärke der S.P. (ihr Parteiapparat ursprünglich bestimmt für die Monarchie konzentriert sich jetzt auf 1/6 dieses Gebietes) schliesslich die unzweifelhafte Qualität der sozialdemokratischen Führer, das waren und sind sehr starke Hindernisse für die Entwicklung der K.P.

Aber diese Tatsachen einmal gegeben war und ist die Hauptursache, dass die revolutionären Möglichkeiten, die in Oesterreich vorhanden waren, und zum Teil noch vorhanden sind, nicht ausgenutzt wurden und auch heute nicht ausgenutzt werden, der Zustand der kommunistischen Partei selbst.

Rund 2 mal Hunderttausend oesterreichische Arbeiter sind seit dem Umsturz durch die Reihen der oesterreichischen K.P. gegangen. Die Partei hat davon fast gar nichts ~~festhalten~~ festgehalten. Mehr noch, aufs tiefste enttäuscht stehen heute diese Arbeiter der K.P. mit ganz besonderem Misstrauen, ja feindselig gegenüber.

Trotz der starken Rechtsentwicklung innerhalb der oesterreichischen Arbeiterschaft sind heute innerhalb der Sozialdemokratie noch immer viele

lich revolutionär fühlende Arbeiter vorhanden. Aber die K.P. Oesterreichs
... auf sie nicht die geringste Anziehungskraft aus.

Eine Sammlung der revolutionär gestimmten Elemente innerhalb der Sozialdemokratie ist unmöglich. Dazu ist der organisatorische Apparat der Sozialdemokratie zu stark, zu schlagfertig und die Führerschaft zu gewitzigt. Die Sammlung dieser revolutionären Elemente kann nur von aussen her erfolgen durch einen revolutionären Kern.

Weil die K.P. Oesterreichs es bis heute zu keinem revolutionären Kern gebracht hat, der ein festes Zentrum abgeben könnte, darum ist in Oesterreich die Sammlung der revolutionären Arbeiter bis heute nicht gelungen.

Die Bildung dieses revolutionären Kerns innerhalb der K.P. Oesterreichs wurde und wird unterbunden und unmöglich gemacht durch das Vorhandensein einer Anzahl vollkommen korrupter und korrumpierender Elemente.

Die oesterreichische Arbeiterschaft reagiert ausserordentlich stark auf Korruption. Die Liberalen sind unterlegen, weil es dem christlich-sozialen gelang, sie vor den Massen als Korrupt hinzustellen. Die christlich-sozialen bekamen die schwersten Niederlagen, so oft der Sozialdemokratie gelang, die Korruption der christlich-sozialen aufzuzeigen.

Seit 6 Jahren stehen die Dinge in Oesterreich so, dass die K.P. d.h. vor allem ^{dem Teil der} Führer-Elemente vor den Massen als korrupt dastehen, während die sozialdemokratischen Führer, mögen Teile der Masse mit ihrer Politik noch so unzufrieden sein, als moralisch einwandfrei eingeschätzt wird.

Es genügt übrigens, darauf zu verweisen, dass im Laufe der Jahre seit der Gründung der Partei immer der grosse Teil der Mitgliedschaft der K.P. von der Korruptheit eines Teiles der Führer-Elemente vollkommen überzeugt war und auch heute vollkommen überzeugt ist.

Die Partei hätte schon längst diesen Giftstoff aus sich entfernt, durch eigene Kraft, wenn diese korrupten Elemente nicht von Anfang an bis heute immer wieder die Unterstützung derjenigen Personen gefunden hätten, ^{die} sei es als Vertreter der Komintern, oder sonst als Verbindungsleute, Beobachter und dergl. (männlichen und weiblichen Geschlechtes) dort fungierten.

Selbstverständlich wurde dadurch nicht nur die K.P. Oesterreichs, sondern auch das Ansehen der kommunistischen Internationale selbst beim oesterreichischen Proletariat gewaltig geschädigt. Denn die oesterreichischen Arbeiter nahmen und nehmen an, dass diejenigen Personen, die in Oesterreich als Vertreter der Komintern oder sonst in einer ähnlichen Funktion standen, zu jedem ihrer Schritte konkrete Aufträge der Komintern haben. Die oesterreichischen Arbeiter wussten und wissen nicht, dass die Komintern leider nicht die Zeit hat, sich ~~um~~ auf das kleine Oesterreich zu kümmern und sich daher damit begnügen muss, Vertreter und dergleichen mit Blankovollmacht nach Oesterreich zu entsenden. Die bisherigen Vertreter und dergl. die die Komintern nach Oesterreich entsandt hat, haben sich nicht nur als unfähig erwiesen, mehr noch, sie haben die Blankovollmacht, die sie von der Komintern erhalten haben, gegen das Interesse der Komintern missbraucht, indem sie immer und immer die korrupten Elemente gehalten, gestützt haben.

So ist es unter anderem gekommen, dass der einzige ernste Versuch, der gemacht wurde (beginnend 1920) die Partei innerlich zu konsolidieren, und aufwärts zu führen - ein Versuch, der wenn auch langsam so ~~schliesslich~~ doch deutlich sichtbare Erfolge hatte, - schliesslich doch misslang. Wieder fanden die korrupten Elemente Rückendeckung ~~in~~ aktiver Unterstützung bei den Vertretern, Vertrauensmännern und dergl. der Komintern. Unter den Augen der Vertreter und Vertrauensmänner der Komintern wurde von den Korruptionisten der gute Geist der Partei buchstäblich mit Nachttöpfen erschlagen und immer wieder hielten Vertreter und Vertrauensmann der Komintern schützend die Hände über die Korruptionisten. Die nebenbei gesagt, weder politisch, noch gewerkschaftlich, noch organisatorisch ja nicht einmal agitatorisch Fähigkeiten aufweisen, die auch nur irgend einem Durchschnitt wenigstens entsprächen.

Die Wirkung war furchtbar: jene sozialdemokratischen Arbeiter, die ehrlich revolutionär sind, und immer wieder mit dem Entschluss kämpften, ob sie nicht doch zur revolutionären Partei gehen sollen, wandten sich mit Ekel und Verachtung von der K.P. ab. Einige 1000 Kommunisten, die schwere Jahre hindurch es trotz allem bei der Partei ausgehalten haben, haben der Partei den Rücken gekehrt und vor allem, jene, die treu ausharrten, deren bemächtigt sich langsam, aber sicher eine immer grössere Verzweiflung. Der Verzweiflung an der Partei aber auch ~~die~~ Verzweiflung an der Internationale. Diese Genossen wissen aus mehrjähriger Erfahrung

dass eine Gesundung der K.P. Oesterreichs nur möglich ist, nach absoluter Liquidierung der Korruptionisten, aber sie wissen ebenso, dass die Liquidierung nicht möglich ist, dass sie die ~~Kra~~ die reinen Elemente die Kraft dazu nicht haben, solange die Vertreter usw. der Komintern die Korruptionisten halten und unterstützen.

Der wichtigste revolutionäre Faktor in Oesterreich ist trotz alledem und alledem die K.P. Das wichtigste Mittel, die revolutionäre Möglichkeit in Oesterreich auszunutzen, bleibt trotz alledem und alledem die K.P. Die Grundvoraussetzungen für die Gesundung und den Vormarsch der K.P. Oesterreichs ist die Bildung eines festen revolutionären Kerns. Die unumgängliche Voraussetzung dazu ist die restlose, erbarmungslose Liquidierung aller korrupten Elemente, die ihren Kopf haben in den Toman, Forst, Glas, Weber und Schlesinger.

Die Abrechnung mit diesen korrupten Elementen darf nicht hinter den Kulissen geschehen, sondern muss so erfolgen, dass das ganze oesterreichische Proletariat klar sieht, die sechsjährige Periode der Korruption wird endgültig liquidiert und liquidiert wird auch der bisherige Missbrauch der Blankovollmacht der KOMINTERN durch ihre Vertreter, Vertrauensmänner und dergl. Darum ist ^{Neurath} eine Desavouierung aller dieser Personen insbesondere des letzten Vertreters bei dem der Missbrauch der Blankovollmacht den höchsten Gipfel der Schamlosigkeit erklimmen hat, in aller Form notwendig, mindestens so, dass jedes einzelne Mitglied der K.P. Oesterreichs klar sieht, dass die Komintern nicht gewillt ist, einen Missbrauch der von ihr erteilten Vollmachten zu erdulden.

Gewiss eine Anzahl ehrlich revolutionärer Arbeiter steht auf der Seite der Korruptionisten, aber hätten die Toman und Genossen nicht immer wieder die Unterstützung der Kominternvertreter gefunden, so wie sie auch heute noch ihre Unterstützung finden, so wäre es der Partei schon längst gelungen diese ehrlichen, revolutionären Arbeiterelemente von Toman und Kop. zu trennen.

Neurath

J. Anarchistische Bewegung.

Anarchistische Gedankengänge innerhalb der oesterreichischen Arbeiterschaft sind verhältnismässig schwach vertreten.

Aktivistische Anarchisten sind in Oesterreich nicht mit der Lupe zu finden. Da bieten sich keine Anknüpfungspunkte.

Lieber F r e y !

Reichenberg, am 16. Feber 1924

Meine Schwägerin schreibt mir, dass Du sie besucht hast und mich durch sie bei dieser Gelegenheit bitten liessesst, Dir zwei Fragen zu beantworten.

Was die erste Frage, nämlich die einer evtl. Rückkehr betrifft, so kann ich Dir nur wiederholen, dass mein Standpunkt genau derselbe geblieben ist wie in meinem letzten Brief, dessen Empfang Du mir ja bestätigt hast und dass ich von dem dort darüber gesagten alles aufrecht erhalte.

Was die zweite Frage betrifft, die Frage einer evtl. Teilnahme am Parteitage, so halte ich die Aussichten dafür für sehr gering. Es ist nicht anzunehmen, dass die Partei mich als Delegierten hinschicken würde, wozu sie ja nicht die geringste Veranlassung hat.

Wie ich von meiner Schwägerin auch hörte, erwartest Du, in den nächsten Tagen Vater zu werden, wozu ich Dir schon jetzt meine herzlichsten Glückwünsche ausspreche. Ich glaube, dass Dir ein erweitertes Familienleben auch persönlich sehr von Vorteil sein wird, abgesehen von den Vaterfreuden, die ja auch, wie ich Dir aus Erfahrung bestätigen kann, mit mancherlei Vaterleiden verbunden sind. Aber die Sache ist nicht so schlimm. Richte jedenfalls herzlichste Grüße an Deine Frau von mir und Magda aus und sei herzlichste begrüsst

von

Deinem Viktor

Lieber Genosse F r e y !

Auch w ich wünsche Ihnen und Ihrer lieben Frau zu Ihrem Kindchen viel Glück und Freude. -- Es hat lange gedauert, dass wir wieder einmal etwas von Ihnen zu hören bekamen. Sie sind jetzt wahrscheinlich durch Ihre Ehe auch mehr in Anspruch genommen als früher und kommen nicht zum Schreiben. Wir haben auch schauderhaft viel Arbeit sodass unsere Briefe gewöhnlich monatelang unbeantwortet bleiben, aber diesmal mussten wir Ihnen doch gleich schreiben.

Herzlichste Grüße auch von

Ihrer

Protokoll

der Schiedsrichtersitzung in der Angelegenheit
Stawa - Maresch am 21. Febr. 1924.

Anwesend: Ferdini, Wunderl, Panzenboeck, als Schiedsrichter;
Schmiedberger, Braun, Krachnak als Zeugen; Fiala
von der Parteileitung, Maresch von der Landes-
leitung.

Zeugenaussagen:

Schmiedberger: Auf der Bezirkskonferenz in Lössing hat nach den Berichten der Genossen Maxer und Maresch Genosse Stawa erklärt: Maresch hat schon 8 Monate keinen Beitrag an die Reichskasse abgeführt. Er begeht dadurch einen Betrug an der Reichspartei. Ebenso Genosse Hanna. Dies hat Stawa zweimal wiederholt. Wir hielten ihm vor, dass er dies beweisen müsse. Genosse Neurath war anwesend, äußerte sich aber zu diesen Anschuldigungen nicht, nahm diese ruhig zur Kenntnis. Erst auf unsere Aufforderung erklärte er, Stawa habe nicht gesagt, dass die beiden Genossen Betrüger seien, sondern nur dass hier ein Betrug vorliege. -- In seinen weiteren Ausführungen sagte Stawa, dass Maresch nur um den Futtertrog zu tun sei. Schrött habe zu ihm gesagt, dass Niederösterreich schon seit August nicht abgerechnet hat.

Krachnak:

Das Bezeichnende ist meiner Ansicht nach, dass sich Stawa seine Richtlinien von der Parteileitung geholt hat. Er sagte, dass sich Maresch mit dem Gelde der Partei abgerechnet hat. Er führte tatsächlich aus, dass sich Maresch dadurch eines Betruges schuldig gemacht hat. Ich betone nochmals, dass ich der Ansicht bin, dass Stawa diese Informationen aus der Parteileitung hat.

Braun:

Stawa sprach in der Debatte und erklärte, Maresch fühle den Kampf nur um den Futtertrog. Dass er schon viele Monate nicht abgerechnet habe sei ein Betrug an der Partei.

Fiala:

Wunderl

fragt an, ob Stawa gesagt habe, Maresch hätte absichtlich nicht abgerechnet. Krachnak bejaht dies, Schmiedberger und Braun verneinen es.

Krachnak:

Es ist nicht notwendig, dass Stawa erst betont, Maresch habe es absichtlich getan, da seine Darstellung so war, dass man dies annehmen müsste.

Panzenboeck stellt an die Genossen einige Fragen:

1. Hat Stawa der Landesleitung einen Offenen Betrug vorgeworfen, weil sie 8 Monate nicht abgerechnet hat?

Krachnak: Ja. Schmiedberger: Es wurde in Bezug auf Maresch und Hanna gesagt. Braun: Für die beiden Genossen. Das es Absicht war, hat er aber nicht gesagt.

2. Hat Stawa erklärt, dass die Landesleitung Niederösterreich die Autonomie anstrebt?

Krachnak und Maresch bejahen dies, Schmiedberger und Braun können sich nicht erinnern.

3. Hat Stawa erklärt, dass die Geschäfte der Landesleitung nicht einwandfrei sei, keine Gelder abgeführt wurden und Maresch der geistige Urheber dieser Angelegenheit sei, um sich seinen Posten als zu sichern?

Schmiedberger, Krachnak und Braun erklären, dass in seinen Ausführungen ein, dass Maresch dies betonen.

Maresch

In seinem Schlussworte erklärte er, dass nicht

sondern Genosse Hanna Kassier sei, also ein grosser Teil der erhobenen Beschuldigungen ihn betreffe. Was den Vorwurf der Autonomiebestrebungen betrifft, so muss dies untersucht werden, da dies nicht ohne weiteres hingenommen werden kann. Es ist das erste Mal, dass mir jemand Unregelmässigkeiten in der Kassaführung vorwirft; dass Stawa nur mich gemeint hat, darüber besteht bei keinem Genossen ein Zweifel. Er sagte auch, dass keine Kassakontrolle durchgeführt werde.

Fiala :

Stawa wurde niemals von der Parteileitung beauftragt, in dieser Sache zu sprechen. Die Parteileitung sah sich, trotzdem die Landesleitung schon 8 Monate nicht abgerechnet hat, nicht veranlasst, gegen dieselbe vorzugehen. Selbstverständlich wird die Parteileitung nach Kenntniss dieser Vorwürfe auf die Kontrolle der Kassaführung bestehen ~~wird~~. Ich kann hier keine Erklärung darüber abgeben ob diese genau korrekt war oder nicht. Was die Autonomiebestrebungen betrifft, so konnten von der Parteileitung keine festgestellt werden. Tatsächlich wurde an die Zentrale nicht abgeführt und von diesen Geldern die Auslagen fuer das Sekretariat gedeckt. Nach der Bezirkskonferenz Liesing fand eine gemeinsame Sitzung des Bueros mit der Landesleitung statt, wo auf Grund der Ausführungen der Genossen Hanna und Mayer, die Parteileitung die Stundung der Beiträage aussprach. - Ich muss bei dieser Gelegenheit feststellen, dass auch Oberoesterreich und einige Lokalorganisationen nicht abgerechnet haben.

Maresch :

Ich habe noch einiges festzustellen und ersuche das Schiedsgericht dies zu untersuchen. B. Während noch der alte P.V. in Funktion war wurde Mayer beauftragt, diesen zur Kenntniss zu bringen, dass wir nicht in der Lage sind, wie bisher regelmässig abzurechnen, ihn aufzufordern, dazu Stellung zu nehmen, damit nicht später in die Sache Vorwürfe gemacht werden. In der ersten Sitzung nach dieser Mitteilung fasste das P.V. den Beschluss auf Stundung der Beiträage. Das war vor dem Wahlausgang, im September, wir hatten damals als letzte Abrechnung 3 Millionen abgerechnet. Einige Genossen sind der Meinung, dass diese Sache aufgebauscht wird. Ich kann dies nicht so hinnehmen. Mir wird hier nicht politische Unfähigkeit vorgeworfen, was leichter hinzunehmen wäre, sondern Unregelmässigkeiten in der Kassaführung. Die Abrechnungen haben sich um einige Wochen (1 1/2 Monate) verzögert, aber dadurch, dass wir einige Auslagen zu decken hatten. Ich habe Schrott gesagt, dass die restlichen Beiträage in Kuerze nachgetragen werden. Mit der Kontrolle der Kasse habe ich nichts zu tun. ~~XXXXX~~ Ich bekomme von Hanna immer einen Betrag zugewiesen, der am Monatsende ~~in~~ immer verrechnet wird. Zu diesem Zweck habe ich ein separates Sekretariats-Kassabuch angelegt, dass jeden Monat vom Genossen kontrolliert wird. Kassa und Buchführung wurde bisher bei jeder Sitzung der Landesleitung von den Revisoren ueberprueft.

Schluss der Sitzung 8 Uhr Abends.